



# Breslauer

# Zeitung

Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

Nº 252.

Sonntag den 28. Oktober

1849.

Breslau, 26. Oktober.

„Das Steuerbewilligungsrecht ist ein Recht, das jede Regierung im Interesse der Neuzeit ihren Regierten einräumen muß, will sie nicht Misstrauen säen, wo nur Vertrauen ernten darf, ein Recht, das nur auf seiner Nachtseite Steuerverweigerung heißt; allerdings eine Nacht, aber aus der immer wieder Morgentöhe hervorbrechen muß, und infofern ist dabei allerdings auch die sittliche Bedeutung des Staates außer Zweifel gestellt, was der Eingang des Art. 108 der Verfassung sagt, daß die bestehenden Steuern und Abgaben forterhoben werden. — Für unsere Vertreter war es daher eine Nothwendigkeit, diesen Eingang zu streichen. Sie mussten ihre höchste Ehre darein setzen, auch dem Volke sein Recht außer Zweifel zu stellen, ein Recht, welches der König am 6. April 1848 nicht unter dem Zwange einer schnöden Gewalt, sondern aus der freien Entschließung den Staat auf Grundlagen dauernder Ordnung wiederherzustellen, verliehen hat. Wenn demnach im Tit. VIII. der Verfassung, der ein Theil des Gebäudes auf seinen Grundlagen ist, das Fundament nicht verläugnet werden darf, wenn die Steuerbewilligung ein Recht ist, welches die Seele des Staatshaushaltes sein muss, so durfte der Art. 108 schon um seiner möglichen schlechten Anwendung nicht geduldet werden, darum hat ihn jene glänzende Majorität der Kammer für immer aus der Verfassung gestrichen, und darum nennen wir die Tilgung dieses alten

Schuldbriefes eine patriotische Handlung, welche auf die schönen Reden jenes Tages folgte.“ — So hieß es vor einiger Zeit in einem Artikel der Schlesischen Zeitung (Nr. 229), welcher die Bedeutung des Möckerschen Amendements erklären sollte, und der, wenn wir uns nicht sehr täuschen, von dem Urheber jenes Amendements selbst herrührte. Was wird dieser aber nun zu seinem H-Kollegen sagen, welcher in der gestrigen Zeitung den Beschlüsse der ersten Kammer mit lebhafter Zufriedenheit begrüßt hat, durch welchen der für immer aus der Verfassung gestrichene Artikel wiederhergestellt und das Steuerbewilligungsrecht vernichtet worden ist? Der jene „glänzende Majorität“ — glänzend freilich nicht durch eine so große Zahl jünger und früherer Minister, Gesandten, höchsten Staatsbeamten, wie sie die 84 der ersten Kammer umschloß, wohl aber durch ihr numerisches Uebergewicht von 212 gegen 93, und durch die Namen der Männer, welche ihre Führer waren, — der, sagen wir, jene glänzende Majorität wacker schulmeistert, von ihrem persönlichen Verlebtsein durch den Beschluss der ersten Kammer berichtet und andeutet, wie deren „verlebte Eitelkeit“ noch zu weitern Schritten, um ihrer Ansicht Geltung zu verschaffen, führen könnte. Wir glauben allerdings, daß jene Männer, denen auch die beigezählt werden müssen, welche in der ersten Kammer in der Minderheit geblieben sind, das Steuerbewilligungsrecht, welches sie wohl nicht erst seit gestern als eine der Grundsäulen der konstitutionellen Verfassung erkannt haben, nicht so leicht aufgeben, und sei es jetzt, sei es später, wo nach ihrer Einsicht und Gewissen die geeignete Gelegenheit sich dazu bietet, den Kampf dafür wieder aufnehmen werden. Wir glauben ferner, daß jene Männer, in deren Reihen sich der besten Bielle befinden, die Preußen und Deutschland mit Freuden die Seinen nennen, daß sie, die bewährten Freunde der Krone, wie Verfechter einer freien Verfassung, ein Unrecht haben, auch von denen, welche ihre politische Überzeugung nicht theilen, nicht wie verrannte Thoren behandelt zu werden, und vor Allem, daß man ihrem Handeln, wo es die höchsten Interessen des Vaterlandes gilt, nicht kleinliche persönliche Motive unterstellt. Schon müssten sie sich in der Kammer: „Steuerverweigerer“ nennen hören. Werden auch in der konservativen Presse die Geister des weiland Rheinischen Beobachters wieder lebendig? — Der Artikel, welcher uns zunächst zu dieser Frage veranlaßt, erkennt der Rede von Stahl den Preis zu, und schreibt ihr einen nicht geringen Anteil an dem freudig begrüßten Siege zu. Wir haben schon viel von Stahl's oratorischer Begabung vernommen, wir kennen seinen Scharfum und sein Wissen, wir haben von ihm Manches gelernt und

werden möglicher Weise auch noch ferner von ihm lernen; aber niemals haben wir uns mit seinem politischen Systeme und Ansichten, deren Kenntniß wir nicht erst aus seinen Reden geschöpft haben, zu befreunden vermocht; nie haben wir geglaubt, daß seine auf das Maß des bundesgesetzlichen s. gen. monarchischen Prinzips zurückgebrachte konstitutionelle Verfassung, welche noch andere Opfer als das des s. g. Steuerverweigerungsrechts, wie er es nennt, fordern würde, etwas anderes sei, als ein etwas verbrämter Absolutismus. Das etwas herb gefasste Urtheil Dahlmanns darüber in seiner Politik ist schon längst bekannt. Auf den Inhalt jener Rede können wir nicht eingehen, wollen aber nur bemerken, daß wenn Stahl sagt: daß einer illegalen Regierung gegenüber, welche die Verfassung brechen will, auch das Steuerverweigerungsrecht nicht ausreicht, — das Steuerbewilligungsrecht gerade den Versuchen zur illegalen Regierung und damit den Revolutionen vorbeugen soll, und sicher oft schon vorgebeugt hat, wiewohl nichts, was Menschen begründen, unter allen Verhältnissen ausreichend sein wird. Man sagt immer, die Nichtbewilligung der Steuern sei ein Hervorufen der Revolution; man läßt aber dabei unerwähnt, daß die Revolution: die Widersehlichkeit der Staatsbürger, die Verweigerung der geforderten Steuern zu zahlen, erst dann entstehen könnte, wenn ein Ministerium, wenn das Budget vollkommen abgelaufen, und vor Zustandekommen des neuen, unbewilligte Steuern einfordern lassen, also die Verfassung verletzen würde.

Den 27. Oktober.

Wie würden was in dem Vorstehenden über den Ton gesagt ist, welchen ein bekannter Stimmführer in der Schlesischen Zeitung gegen die Konstitutionellen, — wie meinen die von der früheren Zeit, vom vereinigten Landtag her, nicht die nachmärzlichen, — angestimmt hat, kaum geschrieben haben, wenn der heutige in gleicher Weise gezeichnete Artikel uns bereits vorgelegen hätte. Der Verfasser desselben steht nicht mehr, wie es uns früher schien, auf Seiten dieser, mindestens doch gegen die äußerste Rechte, er steht nicht mehr, wie wir bisher glaubten, zwischen, oder wenn man will, über jenen „Alt-Liberalen“ und dem Ministerium; er ist bei dem ersten Hervorbrechen eines Konflikts entschieden auf die Seite des Letzteren getreten; er greift jene in der Weise und mit den Waffen der Kreuzzeitung an. Wir sind mit ihm fertig, denn persönliche Polemik ist nicht unsere Sache. — Ja das Ministerium hat das Vaterland gerettet! Ihm gebührt der hohe Dank desselben. Und die Konstitutionellen werden darin nicht zurückbleiben, trotz daß sie bei dem ersten Eintritt desselben, sich eines hangenden Misstrauens nicht erwehren konnten. Wir denken in unserer früheren Geschichte, in den Parteistellungen liegt wohl der genügende Erklärungs- und Rechtfertigungs-Grund dafür. Sicher werden die Konstitutionellen, denen das Wohl des Vaterlandes, nicht minder hoch steht als ihren Gegnern, sicher würden die Männer, die wir vor Augen haben, gern das Bekennnis ablegen, daß sie im Unrecht, daß ihr Misstrauen ein ungerechtfertigtes gewesen, und in Dank und Anerkennung sich verwandelt hat. — Soll oder darf aber dieses so weit ausgedehnt werden, daß jetzt, wo es sich um die Feststellung der wichtigsten Rechte des Landes handelt, die eigenen festen Überzeugungen und Grundsätze ohne Weiteres Preis gegeben werden? Allerdings konnte man 1847 nicht verlangen, worauf jetzt zu bestehen, nothwendig erscheint. Man war und mußte ja schon zufrieden sein, nur die Periodicität einigermaßen zu erstreiten. Und war oder hielt man dies schon für eine konstitutionelle Verfassung? Höchstens war damit eine Bahn eröffnet, zu einer konstitutionellen Verfassung zu kommen. — Ja das Ministerium hat das Vaterland gerettet! Wer hat aber den Thron schützend umstanden, als die G. fair so plötzlich, so drohend und gewaltig hereinbrach, und keine rettenden Thaten geschenkt? Wer hat jener Partei, die jetzt wieder die Zügel allein in die Hand nehmen möchte, wenigstens so viel Raum geschaffen, um sich wieder besinnen und sammeln zu können? Und seid Ihr so kurzen Gedächtnissen, um schon vergessen zu haben, wo die ersten wahhaft rettenden Thaten für Deutschland geschehen sind; ohne welche vielleicht die

in Preußen gar nicht hätten erfolgen können? In Frankfurt sind sie vollführt worden, in jenem Spätsommer, der den berühmten Novembertagen voranging; durch jene ehrenhafte Majorität, in deren Händen damals die größte Macht in Deutschland gelegt war; — Es ist eine lügenhafte Redensart, daß die Constitutionellen sich ängstlich an die sogenannten Conservativen angeklammert hätten, wie wir neulich in einer Breslauer Korrespondenz der Reform lasen. Es ist namentlich unwahr bei uns. Wer war es, der schon im April v. J. sich der hereinbrechenden Gewalt der Demokratie entgegengestellt? Wer war es, der den Kampf fortgesetzt hat unter allen Wechseln der Zeiten und Zustände? Wo war denn aber die konservative Partei, ehe eine entschiedene Staatsgewalt, ehe eine äußere Macht hervortrat, an die man sich anlehnen mochte? Wilda,

Preußen.

## Kammer-Verhandlungen.

II. Kammer. 42. Sitzung vom 26. Oktober.  
Auf der Tages-Ordnung steht: 1) Erläuterung und Beantwortung der Interpellation des Abg. Reichensperger an das Finanzministerium. 2) Fortsetzung und Berathung des Berichts der Kommission für Revision der Verfassung, betreffend Tit. V. „Von den Kammern.“

Auf der Ministerbank: v. Manteuffel, v. d. Heydt, Nabe und Simons.

Die Sitzung wird um 12½ Uhr durch den Präsidienten eröffnet.

Nachdem das Protokoll verlesen und genehmigt und über eine Neuwahl berichtet ist, wird die bekannte Interpellation des Abg. Reichensperger nochmals verlesen.

Abg. Reichensperger: Der Ritterstand hatte früher die Steuerfreiheit, weil ihm der Kriegsdienst oblag. Die Geistlichkeit unterhielt Kirchen und Schulen. Die Steuerbefreiung war früher recht und billig. Dasselbe Baum des Lebens aber, der früher seine Früchte hat, will sie auch heute treiben, und er bevorzugt von sich ab. 1810 wurde ausgesprochen, daß eine gleiche Steuerverteilung nötig sei und alle Exemtionen beseitigt werden müssten. Vorwürfe hiergegen, wenn sie auch gemacht sind, können wenigstens aus dem Munde eines Unterkhanen nicht kommen, dieser Prinzipien wegen wurde Friedrich Wilhelm III. der Gerechte genannt, sie sind noch maßgebend. Meine Herren, das Heute gehört unser, das Morgen vielleicht nicht. Von den rein principiellen, fast doctrinären Fragen müssen wir den Blick einen Augenblick auf dem Materiellen ruhen lassen. Ein Wort nur möchte ich noch richten an den Abgeordneten für Brandenburg. Wenn die Bewohner der östlichen Provinzen sich wirklich bei der jetzigen Steuerverteilung so wohl befinden, so werden gewiß auch die der westlichen zu stolz sein, darüber klagen zu führen. Allein hierfür muß der Beweis noch geliefert werden. — Ich wünschte übrigens nicht bloß die Aufhebung der Steuerexemptionen, sondern zugleich, daß schon mit einer gleichen und angemessenen Vertheilung der Steuern vorgeschritten werde.

Finanzminister Nabe: Die gestellte Frage beantwortete ich dahin, daß im Finanzministerium bereits ein Entwurf ausgearbeitet ist, behufs der Steuerexemptionen und gleicher Steuervertheilung und daß hierüber den Kammern nächstens Mittheilungen zugehen werden. Hiernach halte ich für jetzt die Angelegenheit für erledigt.

Man kommt zum zweiten Gegenstande der Tages-Ordnung der Verfassungs-Revision.

Art. 64. Die Legislatur-Periode der ersten Kammer wird auf sechs Jahre festgesetzt.

Die Kommission hat keine Veränderung vorgeschlagen.

Art. 65. Wählbar zum Mitgliede der ersten Kammer ist jeder Preuse, der das 40ste Lebensjahr vollendet, den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses nicht verloren und bereits 5 Jahre lang dem preußischen Staatsverbande angehört hat.

Die Kommission beantragt, nachfolgenden Zusatz (Art. 84. Alinea 1.) aufzunehmen:

Die Mitglieder der ersten Kammer erhalten weder Reisekosten noch Diäten.

Zu Art. 65 sind Amendements eingereicht, welche jetzt verlesen werden.

Das Amendement des Abg. Schöppenberg will: Die Mitglieder der ersten Kammer erhalten Diäten.

Ein zweites Amendement von Rhoden: Sie erhalten Diäten und Reisekosten.

Ein drittes von Häffner: Sie erhalten Diäten und Reisekosten, sofern sie nicht am Orte, wo die Versammlung tagt, ihren Wohnsitz haben.

Abg. Schöppenberg für Diäten (in allen Fällen), man werde sonst vorzugsweise Berliner wählen. Das Volk sieht übrigens seine Prinzen nicht, (wieemand für den Fall fürchtete, daß die Prinzen in der ersten Kammer sitzen, ohne daß man eine Paire geschaffen hat), als Karitäten an, sondern als wahre Söhne des Vaterlandes.

Abg. v. Bodelschingh-Hagen gegen Diäten und Reisekosten. Alles komme darauf an, der ersten Kammer eine hervorragende Stellung zu geben.

Abg. Rhoden für seinen Antrag, da durch den Kommissionsantrag die Wählbarkeit für die erste Kammer indirekt an einen sehr hohen Gensis geknüpft wird.

Hierauf spricht der Abg. Häffner für seinen Antrag.

Abg. Riedel: Der vorzugsweise Beruf der ersten Kammer ist, das konservative Element zu vertreten, ein Gegengewicht zu gewähren gegen die Beweglichkeit des Volkslebens. In dieser Beziehung haben wir sie vorzugsweise gemacht zur Vertreterin des Grundeigenthams, der Korporationen u. s. w. Diesem Prinzip entspricht es ganz, von den Mitgliedern der ersten Kammer auch diese unabhängige Stellung, diese Vermögenslage zu verlangen, welche Diäten und Reisekosten nur ungern acceptiren würden.

Referent v. Beckerath: Nach den Verhältnissen in unserm Lande würde die Freiheit durch eine solche Bestimmung eine Süße erhalten. Kommen wir dahin, die Diäten auch einst für die Mitglieder der zweiten Kammer erheben zu können, so wird unsere Freiheit einen großen Tag erleben.

Es kommt zur Abstimmung.

Der Antrag des Abg. Rhoden wird verworfen.

Eben so der Antrag von Häffner.

Art. 64 und 65 mit dem Kommissions-Antrag werden angenommen.

Man kommt zu Art. 66.

Art. 66: Die zweite Kammer besteht aus 350 Mitgliedern. Die Wahlbezirke werden nach Maßgabe der Bevölkerung festgestellt.

Nach dem Vorschlag der Kommission soll dieser Artikel folgende Fassung erhalten:

Die zweite Kammer besteht aus 350 Mitgliedern. Die Wahlbezirke werden durch das Gesetz in der Weise festgestellt, daß mindestens zwei Abgeordnete von einem Wahlkörper gewählt werden.

Abg. Landermann für ein von ihm gestelltes Amendement, welches in der Fassung der Kommission die Worte „durch das Gesetz“ entfernen will.

Abg. v. Saucken betritt die Rednerbühne und beginnt:

Meine Herren! Es ist gestern vom Minister des Innern eine Neußerung gefallen, die Ihnen wohl allen noch zu lebendig im Gedächtniß steht, als daß ich sie näher zu bezeichnen brauche. (Wiederholen.)

Meine Herren! Ich enthalte mich in diesem Augenblick näher auf diese Neußerung einzugehen; hat aber der Herr Minister — wie ich nicht glauben mag, sich auf eine Majorität außerhalb des Hauses, der Majorität dieses Hauses gegenüber berufen wollen, so muß ich gegen eine Neußerung feierlich protestiren, die unsre ganze Wirksamkeit und Existenz als Volksvertreter in Frage stellt.

Es erhebt sich darauf ein solcher Lärm von Seiten der Rechten, daß der Redner, der ohne Zweifel über Art. 66 sprechen wollte, die Rednerbühne verläßt.

Abg. Schimmel ist gegen die Bestimmung, daß in jedem Wahlkreise zwei Abgeordnete gewählt werden sollen. In Kreisen, wo die Stadt, in der gewählt wird, nicht in der Mitte liegt, können ungewöhnliche Kosten daran erwachsen. Der Redner beruft sich auf seinen Wahlkreis, wo kurz hinter einander zweimal habe man wählen müssen.

v. Manteuffel: Als die Verfassungsurkunde ausgearbeitet wurde, hatte man es sich zur Regel gemacht, so viel Bestimmungen als möglich von den Bestimmungen der Nationalversammlung beizubehalten. Daher ist auch diese Bestimmung in die Verfassung gekommen. Was dieselbe an sich betrifft, so kann ich die Bedenklcken, welche der Vorredner ausgesprochen hat, in diesem Punkte nur für vollkommen begründet erachten, bitte aber jedenfalls festzusehen, wie viel Abg. in einem Wahlbezirk zu wählen sind.

Nach wenigen Worten des Referenten kommt es zur Abstimmung.

Landermann's Amendement wird verworfen, die Fassung der Kommission angenommen.

Man geht zu Art. 67 über.

Art. 67. Jeder selbstständige Preuße, welcher das 24. Lebensjahr vollendet, nicht den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses verloren hat, ist in der Gemeinde, worin er seit 6 Monaten seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat, stimmberechtigter Urwähler, insofern er nicht aus öffentlichen Mitteln Armenunterstützung erhält.

Die Kommission beantragt, diesen Artikel in folgender Fassung anzunehmen:

Jeder selbstständige Preuße, welcher das 24. Lebensjahr vollendet, nicht den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses verloren hat, ist in der Gemeinde, in welcher er

an den Gemeindewahlen Theil zu nehmen berechtigt ist, stimmberechtigter Urwähler.

Ein Amendement wird verlesen, aber nicht unterstützt.

Abg. Trojan spricht für den Kommissions-Antrag. Es sei eine unglückliche Art, für Rechte zu kämpfen, die schon gewährt sind. Solche Rechte aber, die dem Volke noch nicht gewährt sind, die wollen wir ihm mit allen unseren Kräften erkämpfen, dann werden wir die ungeheure Majorität für immer haben! (Bravo!)

Abg. v. Seckendorf bringt das Amendement ein, den letzten Theil des Art. 67 so zu fassen:

„ist in der Gemeinde seines Wohnorts, wenn er daselbst an den Gemeindewahlen Theil zu nehmen berechtigt, stimmberechtigter Urwähler.“

Minister des Innern v. Manteuffel: Ein Redner hat auf meine gestrigen Worte Rückicht genommen. Ich habe dieselben gestern gesagt, als behauptet wurde, das Ministerium beeinträchtige die Rechte des Volkes bei der Verfassungs-Revision. Ich habe gesagt, daß das Ministerium sich der redlichen Absicht bewußt ist, das Wohl des Volkes anzustreben. Ich habe in diesen Worten der Majorität nicht zu nahe treten wollen. Sie können uns aber wohl den Stolz gönnen, daß die bisherige Verwaltung des Ministeriums dem Lande nicht zum Schaden gereicht hat, weiter habe ich damit nichts ausdrücken wollen. (Bravo rechts.)

Abg. Landermann ist gegen den Kommissions-Entwurf. Es ist ihm zweifelhaft, ob diejenigen, die keine direkten Steuern zahlen, ausgeschlossen werden sollen. Die preußische Regierung habe selber am 24. Mai bei den Verhandlungen über das Reichswahlgesetz sich gegen Requisit der direkten Steuern ausgesprochen, „auf Grund statistischer Ermittlungen.“ Nach 4 Tagen habe sie freilich wieder ihre Meinung geändert, warum, das erkelle nicht aus den Akten, die der Kommission vorliegen. Jedenfalls aber hätte man andere statistische Ermittlungen in diesen 4 Tagen nicht vornehmen können. Es sei daher um so mehr zu überlegen, ob eine Institution, die schon ins Leben eingeführt ist, wieder abgeschafft werden soll. Gefahrlos ist sie nicht, im Gegenteil heilsam. Der Kreis der politischen Theilnahme im Staate habe sich immer weiter ausgedehnt und dehne sich immer weiter aus — entweder mit Gewalt und unter heftigen Stürmen oder auf dem Wege friedlicher Reform. — Die Sache habe aber noch eine andere Seite. Die tiefste Wunde brenne in unserm sozialen Verhältnissen. Ausgeholt wird

diese Wunde nicht werden, Arme werden wir immer haben. Aber dafür müssen wir sorgen, daß sie nicht weiter frist, daß sie nicht in den Leib zurücktritt und den Organismus zerstört. Den Theil des Volkes nun, der sich aus dem Proletariat ergänzt, und zu ihm zum Theil zurückkehrt, an der politischen Thätigkeit Theil nehmen zu lassen, das halte ich für das beste Mittel, die Augen uns offen zu halten, und die Gefahr nicht zu ignorieren.

Abg. Tellkampf bringt ein Amendement ein, Art. 67 zu streichen. (Nicht unterstützt.)

Abg. v. Bodelschingh (Hagen) spricht für den Kommissions-Entwurf; in demselben sei keine neue Änderung vorgenommen, noch etwas Bestehendes abgeschafft worden. Der Vorredner habe übersehen, daß nach unserer Steuerverfassung jeder, der nicht Almosen empfängt, direkte Steuern zahlt. Die wenigen Exemptionen werden demnächst abgeschafft werden. Diejenigen, welche honoris causa keine Steuer zahlen, werden jedenfalls auch an den Gemeindewahlen Theil nehmen. Im Uebrigen könne der, welcher das geringere Recht der Gemeindewahlen nicht ausüben dürfe, auch das höhere der Abgeordnetenwahl nicht ausüben.

Abg. Landermann (zur persönlichen Bemerkung): Diese Anführungen des Vorredners seien ihm wohlbekannt, nur hätte er die Gestaltung einer ganz gewissen Zukunft im Auge gehabt.

Nachdem Referent Abgeordneter v. Beckerath noch mit kurzen Worten den Kommissionsentwurf zu Art. 67 vertheidigt, wird derselbe mit großer Majorität angenommen.

Sodann kommt der Zusatz zu Art. 67 zur Diskussion.

Als Art. 68 wünscht die Kommission Folgendes eingeschaltet zu haben:

Das Wahlrecht der aktiven Militärpersonen ist unabhängig von dem Verhältniß zu einem Gemeinverband.

Abg. Schimmel bringt hierzu folgendes Amendement ein:

Die hohe Kammer wolle beschließen, dem Artikel 68 des Kommissionsvorschages folgende Fassung zu geben:

„Art. 68. Das Urwählerrecht der nach Art. 32 zum Dienste im stehenden Heere oder der Landwehr Verpflichteten ruht, während sich dieselben im aktiven Militär-Dienste befinden.“

Das Urwählerrecht derjenigen im aktiven Militärdienste stehenden Personen, welche nach Arti-

kel 32 der allgemeinen Wehrpflicht im stehenden Heere und der Landwehr Genüge geleistet haben, ist unabhängig von dem Verhältniß zu einem Gemeinverbande, kann aber nur in der Gemeinde ausgeübt werden, in welcher der dem Militärstande angehörige Urwähler sich zur Zeit der Wahl seit dreißig Tagen in Standquartier befindet und Einkommen- oder Klassensteuer zahlt.“ (Ausreichend unterstützt.)

Abg. v. Griesheim spricht für den Kommissions-Entwurf. Derselbe stelle keine Prärogative für die Soldaten fest, sondern schütze sie nur vor Nachtheil.

Schimmel: Durch jedes Wahlrecht, das man dem Heere einräume, untergrabe man die Kameradschaft, die ein wesentlicher Faktor der Leistungen der Armee sei. Man habe dem Heere auch schon das Recht dadurch genommen, daß man ihm das Recht jeder Berathschlagung verweigert habe. — Er verweist auf die jetzigen Wahlen der Armee in Sachsen, auf die vorjährigen Wahlen eines Theiles des französischen Heeres; diese bewiesen, wie gefährlich es sei, dem Heere das Wahlrecht zu lassen. — Die Armee dürfe aus Gründen der allgemeinen Sicherheit nicht wählen; aber andererseits müsse die Armee auch mit der Verfassung in einiger Verbindung bleiben, und Männer, welche ihr ganzes Leben Militärs blieben, müßten sich doch auch an den parlamentarischen Schlachten des Landes beteiligen können. Für die Landwehr sei das Opfer, das er fordere, nicht groß. Von der Linie fordere er nur, daß sie 8 Jahre auf ihr Wahlrecht verzichte.

v. Reyher erklärt sich entschieden gegen Schimmele's Amendement, das von falschen Voraussetzungen ausgeinge und für den Kommissions-Antrag, den zum Schluss noch der Referent v. Beckerath empfiehlt. Der Kommissions-Antrag, (Art. 68) Zus. zu 67, wird angenommen.

Ein Antrag auf Vertagung wird verworfen.

Art. 69. Ulfert will, daß die Eintheilung der Urwähler in drei Abtheilungen nicht von den „direkten Staats-Steuern“, sondern von den „direkten Steuern“ abhängig gemacht werde. — Geppert unterstützt das Amendement. — Minister v. Manteuffel (als Abg.) stellt den Antrag, anstatt „die Abtheilungen können in mehrere Wahlversammlungen eingetheilt werden, deren keine mehr als 500 Urwähler in sich schließen darf“ zu sehen: „die Abtheilungen können in mehrere Wahlverbände eingetheilt werden“ u. s. w. — Vertagung der Debatte. — Schluss 3¾ Uhr, nächste Sitzung morgen 12 Uhr.

### Der deutsche Verwaltungs-Nach.

Berlin, 26. Okt. Die am Schlusse der Sitzung des Verwaltungs-Rathes vom 17. d. angekündigten bestimmten Vorschläge der königlich preußischen Regierung sind in der Sitzung vom 19. d. durch den königl. preuß. Bevollmächtigten gemacht worden. Die protokollarische Feststellung ist nachstehend mitgetheilt.

Verhandelt Berlin, 19. Okt. 1849, Abends 6 Uhr, in Gegenwart:

des königl. preußischen Bevollmächtigten und Vorsitzenden im Verwaltungsrathe, Staats-Ministers v. Bodelschingh;

des königl. sächsischen Bevollmächtigten, Staatsministers v. Beschau;

des königl. hannoverschen Bevollmächtigten, geheimen Legationsraths v. Wangenheim;

des großherzogl. badischen Bevollmächtigten, Kammerherrn und Legations-Raths, Frhr. v. Meyenbug;

des kürfürstlich hessischen Bevollmächtigten, Obersteuer-Direktors Pfeiffer;

des großherzogl. hessischen Bevollmächtigten, geh. Rathes und Kammerherrn, Frhr. v. Lepel;

des Bevollmächtigten der Regierungen von: Großherzogthum Sachsen-Weimar, Herzogthum Sachsen-Altenburg, der Fürstenthümer Schwarzburg-Sondershausen und Schwarzburg-Rudolstadt und der beiden Fürstenthümer Reuß älterer und jüngerer Linie, Staatsraths Seebeck;

des großherzogl. mecklenburg-schwerinschen Bevollmächtigten, Kammerherrn und Legations-Raths v. Schack;

des großherzogl. mecklenburg-strelitzschen Bevollmächtigten, geh. Justizraths v. Petersen;

des großherzogl. oldenburgischen Bevollmächtigten, Oberst Mosle;

des herzogl. nassauischen Bevollmächtigten, Präsidenten Völpracht;

des herzoglich braunschweigischen Bevollmächtigten, Legationsraths Dr. Liebe;

des herzogl. anhalt-bernburgschen Bevollmächtigten, Ober-Konsistorial-Raths Dr. Walther;

des Bevollmächtigten der freien Hansestadt Bremen, Bürgermeisters Smidt;

des Bevollmächtigten der freien Hansestadt Hamburg, Syndikus Dr. Banks.

Das Protokoll führt der königl. preuß. geh. Justiz-Rath Bloemer.

Der königl. sächsische Bevollmächtigte erklärt, daß er sich nicht wohl mehr in der Lage befindet, an der Wahl-Kommission Theil zu nehmen, und daher ansuche, in seine Stelle ein anderes Mitglied des Verwaltungs-Rathes eintreten zu lassen. Bei der zum Zwecke der Neuwahl erfolgenden Abstimmung erhalten der großherzogl. mecklenburg-schwerinische und der kurfürstlich hessische Bevollmächtigte die meisten Stimmen, und zwar beide in gleicher Zahl. Der großherzogl. mecklenburg-schwerinische Bevollmächtigte spricht die Überzeugung aus, daß der kurfürstlich hessische Bevollmächtigte, Ober-Steuer-Direktor Pfeiffer, durch Kenntnisse wie Erfahrungen sich der Kommission besonders nützlich erweisen werde, und verbindet damit die Bitte, aus diesem Grunde von der auf ihn selbst mitgefallenen Wahl abzusehen. Demnach tritt an die Stelle des königl. sächsischen Bevollmächtigten der kurfürstlich hessische Bevollmächtigte als neu gewähltes Mitglied der Wahl-Kommission.

Die in der Sitzung vom 17. Oktober d. J. seitens der königl. preußischen Regierung gegebene Beantwortung der königl. hannoverschen Rechtsausführung wurde von dem Vorsitzenden mit der Erklärung geschlossen, daß er von seiner Regierung beauftragt sei, bestimmtere, auf die Einberufung des nächsten Reichstages abzielende Vorschläge im Verwaltungsrath vorzubringen. An diese Erklärung anknüpfend, stellt der Vorsitzende Namens der königl. preußischen Regierung folgende Propositionen:

- 1) den Verfassungs-Entwurf denjenigen Modifikationen zu unterwerfen, die in dem von dem Vorsitzenden übergebenen, dem gegenwärtigen Protokolle zu annehmenden Exemplare des Entwurfs durch Lösungen und Zusätze näher angegeben sind; wobei ausdrücklich hervorgehoben wird, daß es jeder anderen der verbündeten Regierungen selbstverständlich völlig freigestellt bleibt, anderweitige Modifikationen vorzubringen;
- 2) als allgemeinen Wahltag für die Abgordneten zum Volks-Hause der nächsten Reichs-Versammlung den 15. Januar 1850 anzunehmen, sobann die Behörden anzuweisen, sofort alle Vorarbeiten in Angriff zu nehmen, damit jedenfalls dieser Wahltag eingehalten und seinerzeit durch gemeinschaftlichen Beschluss des Verwaltungs-Rathes zum Ausschreiben der Wahlen vorgeschritten werden könne;
- 3) als den Ort des nächsten Reichstages die Stadt Erfurt zu bestimmen;
- 4) die Verhandlungen der verbündeten Regierungen beziehungsweise des Verwaltungs-Rathes mit dem Reichstage durch drei Kommissarien führen zu lassen, von denen die königlich preußische Regierung einen zu ernennen hätte, die beiden anderen aus der freien Wahl des Verwaltungs-Rathes hervorgehen würden.

Die erste Proposition bezweckt zunächst nur, die um der veränderten Umstände willen thells für nöthig, theils für räthlich zu erachtenden Abänderungen des Verfassungs-Entwurfs, der Berathung des Verwaltungs-Rathes zu unterlegen.

Was die proponirten Abänderungen selbst betreffe, so scheine es angemessen, bei dem beschränkteren Umfange, welchen der Bundesstaat wenigstens vorläufig erhalten werde, den Ausdruck „Reich“ durch „Bundesstaat“ zu ersetzen und diesen in den Zusammenschlüssen mit „Verein“ alterniren zu lassen, welche letztere Bezeichnung in dem Worte „Union“ bereits eine gewisse staatsrechtliche Geltung erlangt habe.

Durch den Zusatz zu § 1 solle die Fortdauer des Rechtsverhältnisses des Bundesstaates zu den außer ihm verbleibenden deutschen Bundesstaaten deutlich ausgesprochen werden.

In § 10 sei, wie dies schon in dem früheren ausführlichen Berichte hervorgehoben, die Absicht kundgegeben, daß das der Vereinsgewalt übertragene Recht des Krieges und Friedens die vertragsmäßigen Rechte und Pflichten des Bundes von 1815 nicht beeinträchtigen dürfe.

Der nämliche Gedanke sei auch in dem Zusatz zu §§ 53 und 74 ausgebracht.

Der Abänderungsvorschlag zu § 67 solle durchaus nicht voreilig sein; er sei nur als eine Meinungsäußerung dargeboten; jede andere Einigung der Bundesglieder über die Zusammensetzung der Kurien, auch unter Beibehaltung der Kurienzahl des ursprünglichen Entwurfs, werde Preußen genehm sein, sowie es auch dem Beschlüsse nicht entgegen sein werde, den § ganz unverändert und also die Stelle für die vorläufig nicht eintretenden deutschen Staaten einstweilen offen zu lassen. Der Vorsitzende persönlich würde dem lechteren sogar den Vorzug geben.

Bei § 85 bestehe der Abänderungsvorschlag lediglich in Weglassung der Namen derjenigen Staaten, welche dem Bunde für jetzt nicht beitreten zu wollen erklärt haben; das Verhältniß der Stimmen zur gesamten Seelenzahl werde dadurch nicht geändert. Preußen werde indes etwaige Wünsche auf Modifika-

tion auch in dieser Beziehung möglichst berücksichtigen. Der Zusatz zu § 194 solle die nachfolgende Aufnahme hinzutretender Bundesmitglieder erleichtern.

Hinsichtlich der zweiten Proposition glaubt der Vorsitzende, sich lediglich auf das Resultat der bisherigen Berathung über den Antrag des herzoglich nassauischen Bevollmächtigten zurückzuziehen zu sollen.

Die dritte Proposition sei eben auch nur eine Proposition. Entscheide die Majorität für einen anderen Ort, so werde sich Preußen dieser Entscheidung fügen.

Bei der vierten Proposition habe Preußen es seiner Stellung und seinem Verhältniß zum Bundesstaate angemessen finden müssen, sich die Bestellung eines der drei Kommissarien zu sichern. Die Wahl der beiden übrigen Kommissarien bleibe gemeinschaftliche Angelegenheit des Verwaltungsrathes.

Auf diese Proposition der königlich preußischen Regierung erklärt der königlich sächsische Bevollmächtigte, nicht in der Lage zu sein, an desselbigen Diskussionen weiteren Anteil zu nehmen. Was die

erste Proposition im Besonderen betreffe, so werde er dieselbe zur ungesäumten Kenntnissnahme seiner Regierung bringen, und sich nach Eingang der ihm zu Theil werdenden Instruktion ferner aussprechen. Eine gleiche Erklärung giebt der königlich hannoversche Bevollmächtigte. Der großherzoglich mecklenburg-strelitzsche Bevollmächtigte erklärt, daß da seine frühere Abstimmung über den Antrag des herzoglich nassauischen Bevollmächtigten auf anderen Gründen als auf denen von Sachsen und Hannover, und namentlich auf Zweckmäßigkeitsrücksichten beruhe, er, soweit es namentlich und zunächst die erste Proposition betrifft, sich der Majorität unterwerfe, und dies zwar um so mehr, als es sich Inhalts dieser Proposition vorerst nur um einen Beschluss, nicht univolvirende Annahme eines Wahltermins handle. Die übrigen Bevollmächtigten treten der zweiten Proposition der königlich preußischen Regierung, zum Theil mit der Überzeugung, alle aber mit dem Wunsche bei, daß die Wahl für den nächsten Reichstag jedenfalls am 15. Januar 1850 in Vollzug trete.

Zur vorbereitenden Berathung und demnächstigen Berichterstattung im Verwaltungsrath über die erste und vierte Proposition soll nach übereinstimmendem Beschlusse sämtlicher Mitglieder des Verwaltungsrathes, die Bevollmächtigten der königlich sächsischen und der königlich hannoverschen Regierung ausgenommen, in der nächsten Sitzung eine Kommission gewählt werden, und die Diskussion über diese Propositionen jedenfalls in 14 Tagen stattfinden.

Die vorbehaltene Erledigung der dritten Proposition ist hiervon unabhängig.

Die heutige Berathung des Verwaltungsrathes über die von der königlich preußischen Regierung zum Zwecke der Einberufung des nächsten Reichstages gemachten Propositionen schließt mit dem Resultat:

Mit Ausnahme des königlich sächsischen und des königlich hannoverschen Bevollmächtigten haben die sämtlichen Bevollmächtigten der auf Grund des Vertrages vom 26. Mai d. J. verbündeten Regierungen sich zu folgender Feststellung vereinigt:

- 1) Der 15. Januar 1850 ist als derjenige Tag angenommen, an welchem die allgemeine Wahl der Abgröndneten zum Volks-Hause für den nächsten Reichstag, nach einem von dem Verwaltungsrath vorher zu beschließenden gemeinschaftlichen Ausschreiben derselben, in dem ganzen Bereich der verbündeten Staaten stattfinden wird;
- 2) die betreffenden Regierungen werden von ihnen sie hier vertretenden Bevollmächtigten ersucht werden, die Landesbehörden mit Anweisung zu versehen, die benötigten Vorarbeiten sofort in Angriff zu nehmen, und möglichste Vorkehr zu treffen, damit demnächst das Ausschreiben der Wahlen beschlossen und der Wahltermin selbst eingehalten werden kann.

Die Sitzung schließt Abends 9 Uhr.

Das Protokoll ist in der Sitzung vom 22. Oktbr. verlesen, von den in dieser Sitzung anwesenden Mitgliedern genehmigt und von diesen und dem Protokollführer unterzeichnet worden.

von Boden-Schwingh. von Meysenbug. Pfeiffer. von Lepel. Seebeck. von Schack. von Dethen. Mosle. Vollpracht. Blömer.

Machträglich genehmigt:

Walther.

Berlin, 26. Oktober. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: den halbinvaliden Unteroffizieren Liebenthal von der 3ten und Hinze von der 3ten Artillerie-Brigade das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; und den bei Allerhöchstthrer Gesandtschaft in Konstantinopel angestellt gewesnen Hülfssoldaten in Handelsfachen, Karl Ferdinand Levenhagen, zum General-Konsul in Rotterdam zu ernennen. Se. Königl. Hoheit der Prinz von Preußen ist nach Frankfurt a. M. abgereist.

Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht, dem General-Lieutenant v. Peucker die Erlaubnis zur Anlegung des von dem Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen Durchlaucht ihm verliehenen Ehrenkreuzes erster Klasse des hohenzollerschen Hauses-Ordens; so wie dem Major v. Hertell und dem Premier-Lieutenant v. Mandelsloh des 8. Kürassier-Regiments zur Anlegung des von des Großherzogs von Sachsen-Weimar königl. Hoheit ihnen verliehenen resp. Kommandeur-Kreuzes und Ritter-Kreuzes erster Klasse vom weißen Falken-Orden zu ertheilen.

Der Thierarzt erster Klasse Gustav Herrmann Nappe ist zum Kreis-Thierarzt des aus den Kreisen Goldberg-Haynau und Lüben, Regierungs-Bezirks Liegnitz, gebildeten Bezirks ernannt worden.

P. C. Berlin, 26. Okt. [Erste Mahnung.] Unser Blatt hat den Kammer- und dem Ministerium stets festes Zusammenhalten empfohlen und wiederholt vor Verwirrungen gewarnt, deren häufige Wiederholung nur zu leicht zur Spaltung führt. — Leider scheint von beiden Seiten unser Rath nicht befolgt zu werden. — Die erste Kammer zieht querfeldein, ohne sich umzusehen, ob die Nation hinter oder vor ihr ist. Die zweite fängt an, sich auf Angriffe der Personen einzulassen und Parteilager zu bilden, welche ihre Kräfte in unwesentlichen Dingen aufzufraben. — Hatte die Nationalversammlung die Krankheit der Interpellationen, so leidet die jetzige 2te Kammer an einem Amendementsieber, welches alle Kuchenbäcker der Hauptstadt mit Papier versorgen könnte. Mit aller Hochachtung von den politischen Einsichten der Verfasser gesprochen, will uns demohnerrachtet bedanken, als ob sehr häufig Dr. Ballhorn den Autoren seine Feder geliehen hätte! Es muß ein eigenhümlicher Reiz darin liegen, seinen Namen gedruckt zu sehen. — Gestern hatte die Kammer das ungemeine Vergnügen, sich mit 14 Abstimmungen durch eben so viele Amendments zu schlagen, um den Antrag der Kommission zu verwerfen, der offenbar besser war, als sein Erbe. Hätte die äußerste Rechte anstatt der Ritterspiele sich herabgelassen, die Kommission zu unterstützen, so würde der Zweck erreicht worden sein, den großen Grundbegriff hinreichend vertreten zu sehen. — Auch das Ministerium lieferte seinen Beitrag, um die Konfusion zu vergrößern. Herr von Mantouffel that nicht wohl, seine ältesten Freunde anzugreifen und hätte bedenken sollen, daß, wenn eine Majorität vorhanden ist, er sie diesen Getreuen verdankt. — Nehmen wir die gestrigen Abstimmungen zum Maßstab, so erscheint diese Majorität in der Kammer eben nicht so ungeheuer. Blicken wir auf die Nation, so müssen die Demokraten wohl außer der Berechnung geblieben sein; allein wir befürchten, diese Partei wird in nicht gar langer Zeit ihre Steine wieder ins Brett schen und den Weitgehenden ungemein lästig fallen. — Wir raten nochmals dem Ministerium und den Kammern, die kleinen und großen Eisensüchtlein auf Seite zu schieben und die Geschichte des Landes nicht en Detail zu führen. — Bringen die Konservativen in dieser Session ihre Geschichte nicht zum Schluss, so bleibt das Haus ohne Dach und es werden sich später andere unbekünte Baumeister finden, die noch mehr Energie besitzen und das aus der Verfassung Gestrichene wieder hineinragen! — Wozu nützen diese kleinen Fraktionen ohne kräftigen leitenden Gedanken, ohne Disziplin anders, als um die wichtigsten Beschlüsse mit geringen Majoritäten zu fassen? Genußgen die Erfahrungen der beiden früheren Versammlungen nicht? Man bilde unter Prinzipien eine Rechte und eine Linke, die entschieden wissen, was sie wollen, damit das Ministerium nicht so viele falsche Freunde auf allen Bänken habe, die heute für, und morgen gegen stimmen. Die Kammern haben die Geschicklichkeit der Nation in der Hand und nur noch zwei Monate Zeit, um sie sicher zu stellen und Gesetz und Freiheit ins Gleichgewicht zu bringen. Es war von jeher das Loos der Konservativen, durch halbe Maßregeln und Kirchhumus-Interessen zu Grunde zu gehen und warnen wir nochmals, der dringenden Aufgabe und der 12ten Stunde zu gedenken! Fort mit den Schalen, man greife zum Kern, schreite zu Thaten und meide diese Sündsluth unnlücher Worte und das System der Vertagung jeder großen entscheidenden Frage. Die ganze Verfassung wird am Ende lauten: „Das Nähtere bestimmt das künftig so Gott will zu erlassende Gesetz!“

— Nehmen die Abgeordneten mit zerbrokelter Verfassung ohne Ablösungsgesetz und kräftige, freie Gemeindeordnung und geregeltes Budgetheim, so wird das Land das Horn von der Spreu zu sondern wissen!

— Berlin, 26. Oktober. [Aus der heutigen Sitzung der zweiten Kammer.] Die Kammer vertrieb in ihrer heutigen Haltung die Nachwirkung der anstrengenden Verhandlungen der letzten 4 Tage. Es zeigte sich eine unverkennbare Aspannung; wenige Redner beteiligten sich an der Debatte und überall war die Neigung vorherrschend durch Abstimmung zum Ziele zu kommen. Der Abg. Rittmeister Schimmel

war der Einzige, der durch Ton, Haltung und Inhalt seiner Rede etwas zur Erheiterung der Kammer beitrug, dieselbe aber das ihr bereitete Vergnügen durch die Hartnäckigkeit, mit der er sich auf der Tribüne etablierte, ziemlichtheuer bezahlen ließ. Einen sehr komischen Eindruck machte es dabei, als nachdem der ehrenwerthe Abgeordnete mit äußerster Anstrengung bei der Lungenstügel den unaufmerksamen Zuhörern sämtliche Gründe für die Nichtbeteiligung des Heeres am Wahlrecht in die Ohren geschrien hatte, plötzlich der Abg. General v. Reyer sich erhob, um zu erklären, daß sein ehrenwerther Vorgänger qua Don Quixote gegen Windmühlflügel gekämpft habe. — Eine andere Episode ereignete sich am Schluss in dem Streit um die ministerielle Abgeordneten-Eigenschaft des Hrn. v. Manteuffel. Der Gutmuthigkeit des Grafen Schwerin, der die Sache kurz abzumachen gedachte, stellte sich sofort die scharfe Eifersucht Auerswald's gegenüber und diesen gedachte wieder der allezeit fertige Schirmhalter des Ministeriums, der würdige Kleist-Reizow, mit scharfer Lanze zu Boden zu rammten. Der Minister war indes klüger, er ließ sich auf den zweiselhaften Kampf gar nicht ein, sondern erklärte, freiwillig den Regeln der Geschäftsordnung als Abgeordneter gehorchen zu wollen. Dadurch vermied er eine mögliche Niederlage und erndete ein Bravo. — Wichtiger als diese kleinen Kammerpikanterien waren indes die grosslenden Töne, welche der Nachhall der gestrigen Aeußerung des Ministers v. Manteuffel heute hervorrief. Der Abg. v. Sauken sprach sich am unumwundesten aus und man kann annehmen, daß seine Worte der getreue Ausdruck der Ansichten einer großen Zahl von Abgeordneten war. Man ließ ihn aber ohne Unterstützung, weil er in der Form fehlte und die Sache als hier ungehörig bezeichnet werden mußte. Desto mehr Beifall erhielt der Abg. Tope, der seine Repliken auf eine kurze aber entsprechende Weise in den von ihm behandelten Gegenstand hineinzulehnen wußte. Dies veranlaßte denn auch den Minister zu antworten und zwar in einer Haltung, die von der gestrigen durchaus abweichend, in aller Beziehung offenbar als begütigend gelten sollte. Feder ist natürlich der beste Dolmetscher seiner Worte und somit steht denn auch uns, nachdem der Minister heute erklärt hat, wie er sie verstanden wissen wollte, kein Zweifel daran zu; ob aber in der Kammer dadurch der ungünstige Eindruck von gestern verwischt worden ist, das dürfte abzuwarten sein und wird jetzt wohl von anderen Dingen, als einer bloßen nachträglichen Gegenekklärung abhängig gemacht werden.

A. Z. C. Berlin, 26. Oktbr. [Die Aeußerung des Ministers von Manteuffel in der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer.] Gestern Abend fand, wie in der jüngsten Zeit bereits allwohentlich, am Donnerstag, die gesellige Reunion der Mitglieder beider Kammern im Mielenschen Lokale statt. Das Gespräch drehte sich fast ausschließlich um die gestrige Kammersitzung, namentlich um die vom Ministertisch gefallene Aeußerung. Es ließ sich nicht erkennen, daß dieselbe durchweg einen sehr niederdrückenden, theilweise aufregenden Eindruck gemacht hatte und es wurden harte Aeußerungen sogar auch von den Mitgliedern der ersten Kammer vernommen. Man beschuldigte das Ministerium, daß es nicht bloß bei den Verfassungsberathungen fortwährend ein von ihm selbst unterzeichnetes und somit anerkanntes Fundamentaldokument zu beschränken und beschneiden bemüht sei, sondern nun auch mit Drohungen hervortrete, die die aufrichtig constitutionellen Elemente der Kammer auf das Tiefste verlehten. Die Frage, was nun weiter zu thun sei? blieb unbeantwortet, wie denn auch zu ihrer Erledigung der Ort wohl nicht angehan war. Die Ansicht schien sich indes allgemein kund zu geben, daß man zwar nicht daran denken dürfe noch wolle, dem Ministerium eine systematische Opposition zu bereiten, in der Absicht es zu stürzen, daß ihm aber doch eine abermalige Warnung zukommen müsse. Ein grauerer Beschluß in dieser Hinsicht wird Seitens der Mielenschen Fraktion, als dem augenblicklichen Kern der Opposition, wahrscheinlich erst dann gefaßt werden, wenn ein anderer Plan, welcher darauf hinausläuft, diese Partei fester und enger durch ein spezielleres Programm zu organisiren, zur Ausführung gekommen sein wird. Dazu sollen schon heute in einer besonderen Fraktionsversammlung, welche im Mielenschen Lokal zum Nachmittage zusammenberufen ist, weitere Schritte geschehen. Einzelne Stimmen waren gestern mehrfach der Ansicht, daß, vorbehaltlich der späteren Parteibeschlüsse, gleich heute dem Ministertisch von der Tribüne aus eine Antwort auf die gestrige Aeußerung gegeben werden müsse, doch blieb man darüber getheilter Ansicht. Der Verlauf der heutigen Sitzung wird das Endresultat ergeben (s. die Kammerdebatten — oben). — Abgesehen von diesem engen Kreise hat der gestrige Vorgang auch im grösseren Publikum vielfach sehr unangenehm berührt. Man begreift mit Recht nicht, wie der Minister zu einer so provokatorischen Aeußerung kommt. Will das Ministerium dann abermals zu einer Kammerauflösung schreiten, um an

jene „ungeheure Majorität“ zu appelliren? Es giebt seit gestern viele Stimmen, die dies durchaus nicht mehr für unmöglich halten. Nach unserer und der Ansicht Alter, die nur noch ein Fünfchen von Interesse für eine ehrliche konstitutionelle Entwicklung in sich tragen, könnte das Ministerium nichts Beklagenswerthes, nichts Unpolitischeres thun. Eine neue Revolution von oben oder von unten müßte damit losbrechen. Das Ministerium sollte doch wissen, wie sein Boden von Tage zu Tage mehr unterhöhlt wird, theils durch die Junkerpartei, die ihre Steuerbevorrechtung nicht aufgeben will, theils durch die kleinrikale Partei, die für ihren kirchlichen Einfluß fürchtet; es sollte doch wissen, wie von diesen beiden Seiten, fast täglich durch Briefe, Deputationen, ja pamphletartige Brochüren mit und ohne Namen auf die Kammern eingestürmt wird. — Das Ministerium sollte dies wissen und würdigen, um den Boden, den es von seinen rettenden Thaten her sich bewahrt hat, nicht muthwillig Preis zu geben. Wahrlich, so können wir den Absolutismus oder die Republik, niemals die konstitutionelle Monarchie bekommen!

C. C. Berlin, 26. Oktober. [Die Eisenbahn von Posen nach Breslau.] Den Kammermitgliedern ist eine, den Bau der Eisenbahn von Posen nach Breslau betreffende Denkschrift des Magistrats und der Stadtverordneten in Posen zugegangen, worin die Nothwendigkeit des sofortigen Angriffs der Ostbahn und Saarbrücker Bahn zugestanden, dagegen die Dringlichkeit und Zweckmäßigkeit des sofortigen Baues der westphälischen Bahn bestritten wird. Dieselbe habe gar nicht die grosse Wichtigkeit für den Verkehr, und in politisch-strategischer Hinsicht nicht diejenige, welche man ihr vindizieren wolle, sondern nur eine lokale Bedeutung. Ganz anders verhalte es sich mit der Posen-Breslauer Bahn. Durch dieselbe werde der Weg von Breslau nach Stettin auf 47 Meilen vermindert (über Berlin beträgt er 65 1/2 M.), die Stargard-Posener Bahn erhalten dadurch erst ihre Bedeutung und könne rentabel gemacht werden. So dann werde die Bahn dazu dienen, Ober- und Mittelschlesien mit Pommern und Preußen zu verbinden, für welches letztere die Verbindung mit Schlesien dieselbe Bedeutung habe, wie die mit Berlin und den westlichen Provinzen. Die politisch-strategische Wichtigkeit liege bei einer offenen Grenzlinie von 180 Meilen Ausdehnung klar zu Tage. Ueberdies hätten auch die östlichen Provinzen, bei ihrer durch die russische Grenzsperrre verursachten Verkehrslosigkeit gerechte Ansprüche darauf, daß der Staat für Verkehrsmittel sorge. Die Länge würde über Kosten, Lissa und Rawicz 20 Meilen betragen, die Kosten bei dem gänzlichen Mangel an Terrainschwierigkeiten nur 4 Millionen. Unter solchen Umständen sei es nicht allein ungerecht und unzweckmäßig, wenn die westphälische Bahn, nach dem Regierungsplan, den Vorzug haben solle, sondern sei es sogar eine Nothwendigkeit, daß der Bau dieser Bahn auf Staatskosten sogleich neben dem der Ostbahn in Angriff genommen werde. Der Bau der Zweigbahn von Lissa nach Glogau, die kostspieliger und dennoch weniger wichtig sei, könne vorläufig aufgeschoben werden.

Berlin, 26. Okt. [Vermischte Nachrichten.] Bei der Anwesenheit Sr. Majestät in Blankenburg, als Gast des Herzogs von Braunschweig, wird auch der König Ernst August sich in der alten Harzstadt einfinden. Bei dieser Zusammenkunft der beiden Monarchen werden jedoch politische Fragen gänzlich aus dem Kreise der Unterhaltung gebannt bleiben. — Das Justizministerium hat zur Erledigung der schon seit Jahren angeregten Bedenken gegen die bestehende Einrichtung des juristischen Prüfungswesens gutachtlische Aeußerungen von den höchsten Gerichtshöfen eingefordert. Dem Vernehmen nach sind dieselben überwiegend gegen eine Verminderung der jetzt gesetzlichen Zahl von drei Prüfungen auf zwei ausgefallen, und der Justizminister soll deshalb auch entschlossen sein, in dieser Beziehung keine Änderung einzutreten zu lassen. Dagegen wird eine Festsetzung in Bezug auf die Dauer der Vorbereitung zur letzten Prüfung durch Ministerial-Reskript erwartet. Wie man vernimmt, wird dieselbe auf einen Zeitraum von 2 1/2 Jahren begrenzt werden. — Bestimmt wird heut versichert, daß der Baron v. Caniz Herrn v. Bismarck-Schönhausen zum Zweikampf gefordert habe.

C. B. [Die Aktenstücke zur deutschen Frage.] welche mit einer Denkschrift vom 22. Oktober d. J. (heute früh bereits durch die „Deutsche Reform“ veröffentlicht) der zweiten Kammer neuerdings mitgetheilt wurden, behandeln in 2 Abschnitten 1) die provisorische Bundes-Kommission und 2) das Verhältniß zu dem Bündnis vom 26. Mai nicht beigetretene Regierungen. Die Urkunden ad 1 beginnen mit der Note des Herrn v. Prokesch vom 15. Septbr., mit welcher der vom Reichsverweser durch Herrn v. Biegeleben in Wien vorgelegte und vom kaiserlichen Kabinett modifizierte „Entwurf zu einer Uebereinkunft der beiden deutschen Großmächte“ dem Minister v. Schleinitz mit dem Bemerkern überreicht wird, daß „Freiherr v. Biegeleben, wenngleich ohne offizielle Eigenschaft,

doch mit Vorwissen Sr. Kaiserl. Hoheit, auf vertraulichem Wege vorerst in Berlin die Ueberzeugung der Geneigtheit Preußens gewonnen hatte, demselben beizutreten, im Falle österreichischer Seits deshalb ein Antrag gestellt werden sollte.“ Es folgen dann die bereits bekannt gewordenen Erklärungen der preußischen Regierung und die verschiedenen Entwürfe in der ursprünglichen Gestalt, in den modifizirten Fassungen und in der Form, in welcher sie unterm 10. Oktbr. ratifizirt worden sind. Dem ursprünglichen Entwurf fehlt im Art. 1 die Erwähnung, daß die Uebereinkunft „im Einverständniß mit dem Reichsverweser“ getroffen ist. Dagegen legt im Art. 7 der ursprünglichen Vorlage der Reichsverweser seine Befugnisse in die Hände des Kaisers von Österreich und des Königs von Preußen „als ein für die Gesamtheit der Nation zu bewahrendes Gut“ nieder, — ein Vorbehalt, der in dem ratifizirten Entwurf fehlt, obgleich er sich in den modifizirten Vorschlägen aller drei Kontrahenten vorfindet. — Ad 2 werden die durch bayerische Blätter schon früher veröffentlichten Unterhandlungen mit Herrn v. d. Pförtner mitgetheilt, zu welchen auch ein vertraulicher Schriftwechsel zwischen Herrn v. d. Pförtner und Herrn v. Radowits Betreffs der von ersterem gemachten Vorschläge zur Modifikation des Verfassungs-Entwurfs gehört. Dieser Theil der Akten schließt mit der definitiven Ablehnung Boiens durch die Erklärungen vom 8. Sept. Eine Aufforderung des Herrn v. Schleinitz zu nochmaliger Erwähnung vom 17. September ist hier noch zu erwähnen. Endlich folgt die definitive Ablehnung des Beitrags Seitens der königl. württembergischen (26. Sept.) und der landgräflich hessen-homburgischen Regierung vom 14. September.

C. B. Die bereits erwähnten Gesetzentwürfe zum Schutz der persönlichen Freiheit und die Stellung unter besondere Polizeiaufsicht bestreitend, sind heute ausgegeben. Erstes enthält 12 §§. Die Verhaftung darf nur kraft eines schriftlich richterlichen Befehls erfolgen. Die vorläufige Ergreifung und Festnahme kann ohne richterlichen Befehl erfolgen 1) bei Ergreifung auf frischer That, 2) wenn spätere Umstände eine Person der That und zugleich der Flucht verdächtigen. Außerdem können Personen um ihrer eigenen oder der öffentlichen Sicherheit willen in polizeiliche Verwahrung genommen werden. Mit Rücksicht auf diese vorgenannten Zwecke und aus anderen Gründen des öffentlichen Wohles und Dienstes ist Eindringen in die Wohnungen zur Nachtzeit gestattet. Gesetz vom 24. September wird aufgehoben. — Das zweite Gesetz enthält 8 §§ und verordnet die Verurtheilung wegen Hoch- und Landesverrat, außerdem wegen einer Reihe gemeiner Verbrechen die Polizeiaufsicht.

P. C. Berlin, 24. Oktb. [Handel und Gewerbe.] Sitzung vom 23. Okt.] Stillstand ist Rückschritt, wie die Einneffabrikation uns leider trotz aller Staatsweisheit bewiesen hat.

Steinkohlen und Eisen regieren die Welt. Preußen scheint auch hier den Zaudere zu spielen, denn seit 30 Jahren flehen wir vergeblich um eine Änderung des verderblichen Systems der Bewormundung und Fiskalität.

In der heutigen Sitzung lag der interessante Bericht eines englischen Hauses vor, welcher beweist, daß in jenem Lande Kaufleute bessere Statistiker sind, als unsere Staatsanstalt. Wir geben denselben getrennt wieder, damit die Kammermitglieder aus dem allgemeinen Fortschritt die Nothwendigkeit der einheimischen Verbesserung anerkennen und nicht glauben, daß nur der Geist der Sonder-Interessen unsere Feder führe.

	Kohlen und Eisen.	Übersicht der Produktion von Steinkohlen und Eisen in Europa und Amerika.	(In Tons à 20 Centner engl.)
	Steinkohlen.	Eisen.	
England . . . . .	31,500,000	2,200,000	
Verein. Staaten v. Nordamerika	4,400,000	502,000	
Belgien . . . . .	4,960,077	150,000	
Frankreich . . . . .	4,141,617	448,000	
Preußen . . . . .	3,500,000	—	
Österreich . . . . .	700,000	190,000	
Rußland . . . . .	—	400,000	
Deutscher Zollverein . . . . .	—	300,000	
Schweden . . . . .	—	145,000	
Alle anderen europäischen Länder	—	76,000	
Total Tons	49,201,694	4,411,000	

Unter den Fortschritten, die in diesem Jahrhundert durch Wissenschaft und Arbeit gemacht worden sind, nimmt ohne Zweifel die Vermehrung in der Produktion von Kohlen und Eisen einen hohen Rang ein.

Es gewährt Interesse, den jetzigen Umfang zu kennen, noch mehr aber die Progression, die in entfernten Welttheilen der Produktion von Kohlen bevorsteht.

Diese kurzen Notizen und die obige Tabelle sind den Beobachtungen entlehnt, welche in den letzten drei oder vier Jahren durch kompetente Personen gemacht worden sind.

Lange schon hat England von beiden Gegenständen am meiste geliefert, aber die Vermehrung in den letzten 25 Jahren und die Anzeichen von fast unverstiegbaren Quellen sind so außerordentlich, daß sie für die Zukunft auf Resultate deuten, welche alle bisher erfahrenen als kleinlich erscheinend zurücklassen, aber auch zugleich die Erwartungen vernieren, von dem was die Folgezeit leisten möge, in denjenigen Zweigen des menschlichen Strebens, in welchen Kohlen und Eisen eine so große Rolle spielen.

(Fortsetzung in der Beilage.)

Mit drei Beilagen.

# Erste Beilage zu N. 252 der Breslauer Zeitung.

Sonntag den 28. Oktober 1849.

(Fortsetzung.)

Es ist wahrscheinlich, daß die Totalproduktion von Kohlen in diesem Lande um das Jahr 1830 15,000,000 Tons vielleicht nicht überstieg, um diese Zeit (1849) hat sie sich mehr als verdoppelt; viel mehr als 10,000 Seeschiffe mit einer Beladung von 100,000 Seeleuten werden nun erforderlich, um die Kohlen von dem Norden nach dem Süden der Insel und nach fremden Ländern zu bringen, und der Geldwert ist wenig mehr als die Hälfte von dem, was er in den ersten drei Decennien dieses Jahrhunderts war.

Die Zukunft läßt das gewaltige Wirken ahnen, von dem Einfluß, den Kohlen und Eisen einmal in Amerika gewinnen werden. Die nachfolgende Übersicht zeigt den Flächenraum, den die verschiedenen produzierenden Länder für „berg-harzige“ (bituminous) Kohlen besitzen:

B. St. v. N.-Amerika 133,132 engl. Q.-Mil. od. 1—17. Theil des ganzen Landes.\*  
Brit. N.-Amerika 18000 engl. Q.-M. od. 1—45. Theil des ganzen Landes.  
Spanien 3408 engl. Q.-M. oder 1—52. Theil des ganzen Landes.

Gr. Brittanien, Bitum, Kohlen 8139 engl. Q.-M. od. 1—10. Theil des ganzen Landes.

Gr. Brit. und Irland, Anthracite u. Culm (Schmiedelohlen) 3720 Q.-M. od. 1—10. Theil des ganzen Landes.

Frankreich 1729 Q.-M. od. 1—118. Theil d. g. Landes.

Belgien 518 Q.-M. oder 1—22. Theil des ganzen Landes.

Nach dieser Ansicht producirt England auf weniger wie 9000 Q.-M. über 31,000,000 Tons Kohlen, während Amerika mehr als 150,000 Q.-M. Kohlenfelsen besitzt. Wenn in 10 oder 20 Jahren erst 50 Millionen Menschen in jenem Lande leben, hört die Berechnung auf, welche jetzt gemacht werden könnte, von dem, was von dort ausgehend durch Kohlen und Eisen geleistet werden kann.

Aber auch in entfernten Theilen der Welt sind Kohlenfelsen entdeckt und werden mit großem Erfolg bearbeitet. Wir nennen: Australien, Neu-Seeland, Vancouvers Insel, Labuan (Borneo) u. s. w.

Fast in noch ausgedehnterem Grade wie Kohlen hat die Produktion von Eisen zugenommen. In diesem Lande wurden nach oberflächlichen Verhachtungen producirt:

In 1740	17000 Tons	In 1816	250000 Tons
= 1788	68000 =	= 1820	400000 =
= 1795	125000 =	= 1827	690000 =

Jetzt mehr als dreimal so viel und im Norden (Schottland &c.) scheint selbst bei dem jetzigen Werth keine Grenze für die Produktion zu sein. In Frankreich hat seit 1830 die Produktion von Eisen sich verdoppelt, aber sie beträgt dennoch nur den fünften Theil der diesseitigen.

Mehrere Zeitungen sprechen davon, daß die Prinzen von Preußen den Winter mit dem Prinzen am Rhein zubringen werde, und es wäre bereits der Hofstaat bezeichnet, welcher sie begleiten werde. Sicherer Vernehmen nach ist über diesen Plan jedoch durchaus noch nichts bestimmt. Die Prinzen ist zur Zeit immer noch leidend in Folge der Gieberanfälle, an welchen sie den Herbst über gelitten hat. Der Ort, an welchem der Prinz seine Residenz während des Winters nehmen wird, soll noch nicht definitiv bestimmt sein; indes ist es wahrscheinlich, daß Koblenz der Sitz des Hauptquartiers werden wird. Die Ausdehnung der Stellung, welche dem Prinzen zugewiesen ist, würde jedoch auch eine öftere Unwesenheit an anderen Orten im westlichen Deutschland bedingen.

C. C.

C. B. Die mehrfachen Anträge und Petitionen um Aufhebung der zu Gunsten der Gutsherren auf Mühlengrundstücken haftenden Beschwerungen, Lasten und Abgaben werden nun endlich im Wege des Gesetzes eine Erledigung finden. Bereits am 20. März d. J. stellten die Mitglieder der ersten Kammer Röbe und Denzin den Antrag, ein von ihnen vorgelegtes Gesetz über die Ablösung jener Abgaben und Lasten in Vorschlag zu bringen.

Am 22. Oktober d. J. trat nun, nachdem der Antrag durch mehrere Petitionen wieder angeregt war und dessen Berathung nur verschoben worden, weil die Regierung den Kammern ein Gesetz vorlegen wollte, eine Kommission zur Erwägung des Röbe-Denzinschen Antrags zusammen. Die Mitglieder derselben sind die Abgeordneten Kuh (Borsigender), Denzin, d. Dio, Fischer, Kesperstein, Rösler, v. Rix, Matthie, v. Kelsch, Bennecke. Die Kommission hatte darauf eine Besprechung mit den Kommissaren der Regierung, welche die Versicherung gaben, daß in kürzester Zeit das betreffende Gesetz von der Regierung vorgelegt werden würde, in Folge dessen die Kommission, nachdem man sich mit den Vertretern der Regierung über die Gründzüge jenes Gesetzes vereinigt hatte, ihre Arbeiten noch auf 14 Tage aussetzte. Diese Grundzüge sind etwa folgende: Die betreffenden Lasten, so wie die an ihre Stelle getretenen Ablösungsrenten, sowie alle Leistungen des Gutsherrn werden aufgehoben und ein Rückforderungsrecht findet nicht statt. Die Entschädigung findet in der Weise statt, daß nachdem von dem Werthe der Leistungen des Müllers die Gegenleistungen und der Ertrag der Pertinenzen, als Wecker, Gärten &c. in Abzug gebracht worden,  $\frac{1}{2}$  des Restes dem Müller erlassen,  $\frac{1}{2}$  dem Fiskus und  $\frac{1}{2}$  dem Gutsherrn vom Staate entzähigt wird. — Das zu erwartende Gesetz würde für die östlichen Provinzen und diejenigen, in welchen die westfälische Gesetzgebung diese Verhältnisse der Mühlengrundstücke nicht schon wesentlich anders gestaltet hat, in der angekündigten Weise gewiß freudig aufgenommen werden.

[Die Agrar-Kommission der zweiten Kammer] hat ihren Bericht über den wichtigsten Entwurf des Gesetzes, betreffend die Ablösung der Reallasten und die Regulirung der gutsherrlichen und bauernlichen Verhältnisse, erstattet. Der ziemlich umfangreiche Bericht zerfällt in zwei Theile, in einen allgemeinen und in einen speziellen. Im allgemeinen Theile wird zunächst der allgemeine Gesichtspunkt entwickelt, von welchem die Regierung bei dem Entwurf des betreffenden Gesetzes ausgegangen ist. Dieser Gesichtspunkt besteht vornehmlich darin, daß man alle Arten gutsherrlicher Leistungen als ein Hindernis der Landeskultur und der freien Verfügung über die Grundstücke betrach-

tet und sich deshalb für unbedingte Ablösbarkeit derselben entschieden hat. Die Verfassung vom 5. Dezember v. J. hat dieses Prinzip, welches von dem früheren Gouvernement schon in den meisten Ablösungsgesetzen verfolgt worden ist, ausdrücklich gewährleistet. Diese erfolgte Gewährleistung verlangt zunächst von der jetzigen Gesetzgebung die Aufhebung der noch in einzelnen Landestheilen bestehenden Beschränkung der Regulirungs- und resp. Ablösungs-Fähigkeit der kleinen Grundbesitzer. Es bedarf aber auch das seitliche Prinzip der Ablösung einer Modifikation; Lasten und Verbindlichkeiten aus Rechts-Verhältnissen, welche durch die veränderte Staats-Verfassung ihre Bedeutung verloren haben, oder wie die Erbunterthänigkeit längst beseitigt sind, hat die Verfassungs-Urkunde bereits ohne Entschädigung aufgehoben. Solchen Lasten müssen diejenigen Beschränkungen des Grundeigentums gleichgestellt werden, welche dem Berechtigten keinen nutzbaren Werth gewähren, den verpflichteten Grundbesitzer aber in einem belästigenden Abhängigkeits-Verhältnisse erhalten. Die Ablösung der übrigen Reallasten kann nur gegen Entschädigung erfolgen. Diese muß eines-theils dem seitherigen Nutzungs-Ertrage der ersten entsprechen, anderntheils aber unter Anwendung möglichst einfacher Ablösungsmittel in einer Weise festgestellt werden, daß auch die Erfüllung des Zwecks die baldige vollständige Lösung des Abhängigkeitsverhältnisses, in welchem der Dienst- und Abgabenverpflichtete zum Berechtigten steht, erreicht bleibt.

Da der vorgelegte Gesetzentwurf diesen leitenden Grundsätzen im Allgemeinen durchaus entspricht, so hat sich die Agrar-Kommission mit dem Prinzip und der Tendenz derselben auch nur einverstanden erklären können. Bei der Prüfung der speziellen Bestimmungen des Entwurfs hat die Agrar-Kommission zunächst die von mehreren Seiten angeregte Frage in Erwägung gezogen, ob es angemessen sei, unter Aufhebung der bisherigen betreffenden Gesetze die Bestimmungen über die Regulirungen und Ablösungen in ein neues Gesetz zusammenzufassen, oder ob es zweckdienlicher wäre, die nothwendige Abänderung und Erweiterung der gegenwärtigen Gesetze in Form von ergänzenden Verordnungen zu geben, und dadurch die seitherige Gesetzgebung einzelner Landestheile zu wahren. Die Commission hat sich für den Erlass eines allgemeinen Gesetzes entschieden. Außerdem hat man besonders in Erwägung gezogen, ob es angemessen sei, das linke Rheinufer mit unter die Herrschaft des Gesetzes zu ziehen, da die Regierung dasselbe auszunehmen beabsichtigt. Man hat sich aber bei näherer Prüfung überzeugt, daß die Zwecke des in Rede stehenden Gesetzes auf dem linken Rheinufer längst erreicht sind, und daß dort der einzige Unterschied darin besteht, daß die Ablösungsnorm nach dem 20fachen Betrage berechnet wird, während das neue Gesetz einen 25fachen Betrag festlegt. Die Commission ist also auch hier der Regierung beigetreten.

Potsdam, 25. Oktober. [Reden des Königs.] Wir haben über die feierliche Handlung, mit welcher Se. Königl. Hoheit der Prinz Friedrich Wilhelm an Höchstihrem Geburtstage in das Kapitel des schwarzen Adler-Ordens aufgenommen worden sind, bereits Bericht erstattet. Ebenfalls ist über die Aufnahme der Generale Graf v. Brandenburg und v. Wrangel in den schwarzen Adler-Ordens, welche an jene Feierlichkeit sich anschloß, seiner Zeit berichtet worden. Die Bedeutung dieser Doppelfeier ist noch besonders durch die Anrede erhöht worden, welche Se. Majestät der König an Allerhöchstihren prinzlichen Neffen und die beiden neuen Ritter gerichtet haben. Wir freuen uns, in den Stand gesetzt zu sein, diese beiden Areden nachträglich mitzutheilen.

Als der jugendliche Prinz, der an diesem Tage die Jahre seiner Mündigkeit erreicht hatte, vor den königlichen Thron trat, um die Investitur zu empfangen, wurden Höchsttheselben zuvor mit folgenden Worten Sr. Majestät des Königs an die innere Bedeutung der Feierlichkeit erinnert:

„Mein theurer Neffe! Der durchlauchtigste Stifter unserer Krone und dieses höchsten Ordens des schwarzen Adlers hat festgestellt, daß die Fürsten unseres Hauses mit ihrer Volljährigkeit in das Kapitel des Ordens durch feierliche Investitur aufgenommen werden sollen. Du bist heute volljährig und hier erschienen, um dieser Vorschrift zu genügen. Du sollst, achtzehn Jahre alt, dem höchsten Ehrenvereine Preußens zugesetzt werden. Bedenke, was das sagen will. Wir Alle fühlen, und ich hoffe, Du selbst fühlst es, daß daraus eine Gefahr für ein jugendliches Gemüth erwachsen muß, welches, nicht dem Hohen und Höchsten zugewendet, Verlangen nach eitlen Ehren trägt. So haben es unsere Väter nicht verstanden.“

„Betrachte Dir jetzt dies Zimmer. Du stehst an dem Orte, an welchem Du das Sakrament der heiligen Taufe, als die Zusicherung des höchsten Heiles, umsonst empfangen hast. Ja, umsonst. Das Wort macht edle Herzen demütig. Auch dieses Ordens Ehren empfängst Du umsonst. Der Gedanke bezeichnet die Dir wohlstandige, würdige Art, diese Ehren aufzunehmen. Möge er Dich aber zugleich entflammten, zumal in einer Zeit, die, wie kaum eine frühere, dem Eitelsten, der Gemeinheit und jeder Untreue fröhnt, ein wahres Muster christlicher Demuth, ritterlicher Kraft, hohen Sinnes, jeglicher Treue zu werden. Nur dann wirdst Du eine Zierde unserer Ritterschaft, unseres herrlichen, treuen, sieggewohnten Heeres und unseres Namens sein. Dann wird Dir diese Feierlichkeit zum Labetrunk auf dem dornenvollen Pfade werden, den gewissenhafte Fürsten jederzeit, am

gewissenst aber in dieser Zeit, zu wandeln haben. Dazu stärke Dich Gott!

Als hiernächst die feierliche Aufnahme des Prinzen Friedrich Wilhelm königl. Hoheit vollendet war, wandten Se. Majestät der König Sich an die gesammelte Versammlung mit folgenden Worten:

„Die Feierlichkeit würde jetzt beendet sein, wenn nicht durch einen Zufall zwei Männer anwesend wären, welche unter die Ritter meines schwarzen Adler-Ordens aufzunehmen Ich heute den Beschluß gefaßt hätte, ein Beschluß, welchem das Kapitel mit Acclamation zugestimmt hat. Ich habe die Ueberzeugung, daß weder in dieser Versammlung, noch im ganzen Lande, selbst nicht unter den Feinden, sich eine Stimme erheben wird, die es nicht natürlich finde, daß ich diesen Männern diese größte Ehre des Landes zu Theil werden lasse. Ich habe erst kurz vor der Feierlichkeit vernommen, daß sie anwesend sein würden. Ich sehe den Zufall, der sie zur rechten Zeit hergeführt hat, als ein glückliches Omen an.“

„Ich fordere die beiden jüngsten Ritter und die beiden nächst älteren auf, letztere den General der Kavallerie Grafen von Brandenburg, erstere den General der Kavallerie von Wrangel in ihre Mitte zu nehmen und vor den Thron zu führen.“

Nachdem dies geschehen, sagten Se. Majestät der König:

„Mein lieber Graf von Brandenburg! Sie haben sich große Verdienste erworben. Das Vaterland dankt Ihnen die Erhaltung des Thrones und die Gelung, die unsere Krone und unser Land seit dem Herbst wieder unter den Mächten Europa's erworben hat.“

„Mein lieber General der Kavallerie von Wrangel! Sie waren mein starker Arm in der Zeit der Not, Sie haben sich in ersten und wichtigen Momenten treu und redlich als solcher bewährt. Sie haben das unschätzbare Glück gehabt, das Schwert dabei nicht zu gebrauchen zu müssen; daß Sie es zu führen wissen, hatten Sie uns gezeigt.“

„Ich ertheile Ihnen beiden den schwarzen Adler-Orden und somit die erste Auszeichnung der Monarchie. Ich denke, es wird Ihnen eine angenehme Erinnerung sein, sie an dem Tage empfangen zu haben, an welchem der jüngste Prinz, dem diese Ehre zu Theil werden konnte, in das Kapitel aufgenommen worden ist.“

„Ich fordere Sie jetzt auf, das Gelöbniss auf die Statuten des Ordens zu leisten. Ich werde die betreffenden Paragraphen noch einmal vorlesen lassen. Hören Sie aufmerksam zu.“

Nachdem dies geschehen und die Feierlichkeit zu Ende war, sagten Se. Majestät:

„Jetzt fordere Ich Meine tapferen Reiterführer auf, wie sie es gewohnt sind, die Spize zu nehmen.“

Se. Majestät der König und die Ritter des schwarzen Adler-Ordens verließen hierauf das Thronzimmer.

Tilsit, 23. Okt. [Temme.] Gestern war Temme's Geburtstag, und da auch die Stadtverordneten an diesem Tage eine Versammlung hielten, so stellte ein Mitglied des Kollegiums den Antrag, dem Ober-Appellations-Gerichts-Präsidenten Temme in Münster das Ehrenbürgerecht der Stadt zu verleihen. Bei der Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Magdeburg, 25. Oktober. [Se. Majestät der König] langten heute Nachmittag gegen 3 Uhr, in Begleitung Ihrer königl. Hoheiten der Prinzen Karl und Friedrich Karl, sowie des Erbprinzen von Sachsen-Meiningen Hoheit auf der Eisenbahn hier an, wurden von den Civil- und Militär-Autoritäten am Bahnhofs-Gebäude empfangen und seiten sogleich die Reise nach Schloß Lüdingen zu den daselbst abzuhalten großen Jagden weiter fort. Se. Hoh. Herzog von Braunschweig hatte sich zur Begrüßung Sr. Majestät von Blankenburg ebenfalls eingefunden und schloß sich den allerh. Herrschaften an. Im Gefolge des Königs befanden sich der Fürst Radziwill, die Generale von Wrangel und von Neumann, der Graf v. d. Asseburg, und der geh. Kämmerer Schöning, so wie der russ. General Graf Benckendorff.

(Berl. 3.)

### Deutschland.

Frankfurt a. M., 23. Okt. [Das Interim.] Noch immer sucht man dem Gerüchte Eingang zu verschaffen, daß einige deutsche Staaten sich nicht geneigt zeigten sollen, dem Wiener Vertrage vom 30. September ihre Zustimmung zu Theil werden zu lassen. Eine andere Version spricht von Bedingungen, von welchen die Regierungen jener Staaten die Ertheilung ihrer Zustimmung abhängig gemacht hätten. Es kann indeß wiederholt versichert werden, daß hierorts bis jetzt weder eine bestimmte Verweigerung der Zustimmung, noch auch eine Geltendmachung förmlicher Bedingun-

\*) Außerdem noch 437 Q.-Miles in Pennsylvania von Anthracite-(Felsen-) Kohlen.

gen für die Ertheilung der Zustimmung von Seiten eines oder des andern deutschen Einzelstaates bekannt geworden ist. Es mögen jene Gerüchte zum Theil dadurch veranlaßt worden sein, daß, wie verlautet, einige der größeren deutschen Staaten an die Ertheilung ihrer Zustimmung zu dem Vertrage vom 30. Septbr. gewisse Vorbehalte knüpfen, um ihre Selbstständigkeit nicht preiszugeben und um eine möglichst rasche Beendigung des Interims durch die Herstellung nationaler und freisinniger Central-Institutionen zu sichern. Einer dieser Vorbehalte berührt die Stellung der Bevollmächtigten, welche die Regierung der deutschen Einzelstaaten nach Frankfurt senden werden, um sie bei der interimistischen Bundeskommission zu vertreten. Es würde diesen Bevollmächtigten jedenfalls eine konsulative Befugniß bei allen wichtigen allgemeinen Angelegenheiten zustehen, in der gleichen Weise, wie es zeither bei den Bevollmächtigten der Einzelstaaten dem Reichsministerium gegenüber der Fall gewesen. Diese Vorbehalte sind jedoch keineswegs der Art, daß sie Abänderungen des Vertrages selbst nöthig machen würden; sie sind keine Bedingungen, von welchen der Vertrag noch in Frage gestellt wäre und an welchen dessen Verwirklichung scheitern könnte.

(D. A. 3.)

**Frankfurt,** 24. Okt. [Bedenkliche Vorberei-  
tungen.] Man scheint heute, dem letzten der so ge-  
nannten Herbststage der frankfurter Weinlese, Ruhesö-  
rungen zu befürchten; es sind wenigstens umfassende  
Vorkehrungen und Vorsichtsmäßigkeiten getroffen; Pa-  
trouillen ziehen bereits seit heute Mittag durch die  
Straßen, an der Mainbrücke steht eine halbe Kom-  
panie Österreicher und jenseits des Mains sind zwei  
österreichische Geschütze mit einer Infanterie-Bedeckung  
aufgefahren. Ob bestimmte Anzeichen vorliegen, welche  
eine solche Kraftentwicklung rathsam erscheinen lassen,  
(Köln. 3.)

**München,** 23. Oktbr. [Die heutige Sitzung  
der Abgeordneten] ist besonders bemerkenswerth  
durch die Vorlage des Amnestiegesetzes. Minister v.  
Kleinschrod verliest den Entwurf unter einer allgemeinen  
Spannung, die alsbald dem stummen Gefühl schmerzlicher  
Enttäuschung Platz macht. Der Herr Minister ver-  
liest die Motive zu diesem Gesetze, und hängt dem die  
einige Bemerkung an, daß durch diese Amnestie 8 bis  
9000 Bewohner der Pfalz der gerichtlichen Einschreit-  
ung entzogen werden. Wenn die gerichtlichen Ver-  
folgungen so weit auszudehnen unmöglich war, so sollte  
dies, wie uns dünkt, auch auf die Beurtheilung der  
anderen Fälle ein milderes Licht werfen. Dieser Ge-  
setzvorlage gingen einige Interpellationen voraus.  
Die erste war die bereits mitgetheilte des Fürsten  
Wallerstein. Minister v. d. Pfordten beantwor-  
tete sie, indem er auf früher Gesagtes und auf künf-  
tige Mittheilungen verwies, und zugleich versicherte,  
daß in dem Vertrage vom 30sten September die An-  
nahme der bairischen Vorschläge, wie sie vor Monaten  
gemacht worden, liege; durch das neue Interim  
sei vor Allem eine Zerreißung Deutschlands verhindert.  
Fürst Wallerstein legt ausführlich Verwahrung ein  
gegen einseitiges Verfahren in der deutschen  
Sache ohne Zugabe der Volksvertretung. Der Minister entgegnet mit Wärme, wie er immer  
dies im Auge habe und die baldigste Realisirung dieses  
Wunsches unverrückt anstreben werde. Eine wei-  
tere Interpellation ging von Dr. Jäger aus und be-  
traf die Quartierlast in der Pfalz. Die umfassende  
Antwort des Kriegsministers gibt zu erkennen, daß  
der Kriegszustand in der Pfalz vorerst fortbestehen werde,  
bezüglich der Einquartierung aber, die zum Theil auf  
Wunsch der Gemeinden erfolgte, jede mögliche Erleich-  
terung fortwährend eintrete. — Das Gesetz über die  
provisorische Steuererhebung wurde nach einiger De-  
batte gegen eine Stimme angenommen, jedoch mit der  
Modifikation, daß nur die bis 1. April 1850 fälligen  
Ziele eingehoben werden. Aus der Verhandlung ent-  
nehmen wir, daß die Regierung die Einbringung eines  
Gesetzes beabsichtigt, durch welches die provisorisch für  
ein Jahr 1849 eingeführte Kapital- und Einkommen-  
steuer neuerlich bewilligt werden soll. — Das Referat  
in der deutschen Frage wird noch diese Woche erwartet.

(A. 3.)

**Stuttgart,** 24. Oktober. [Eine Erklärung des  
Premier-Ministers] Herrn Römer lautet in der  
„Württemberg. Blg.“ dahin: „Ich habe den Hrn. Prä-  
sidenten des Reichsministeriums in meinem Leben noch  
nie gesehen, somit auch keine Konferenzen mit ihm ge-  
habt. Eben so wenig habe ich die Ehre gehabt, von  
dem Erzherzog Reichsverweser, der ohne Zweifel  
von meiner Anwesenheit in Frankfurt keine Kenntniß  
hatte, empfangen oder gar zur Tafel gezogen zu wer-  
den. Meine Reise nach Frankfurt hatte überhaupt  
keinen politischen Zweck, sondern einen gesundheitlichen.  
Hierach ist von allem, was über diese meine Reise in  
öffentlichen Blättern zu lesen war, nichts wahr, als  
daß ich am Geburtstage Seiner Majestät des Königs  
von Preußen die preußische Parade mit angesehen  
habe. — Welche Folgerungen aus dieser wichtigen  
Thatsache gezogen werden wollen, überlasse ich dem Er-  
messen des geehrten Publikums. Fe. Römer.“

(D. P. A. 3.)

**Karlsruhe,** 22. Oktober. [Die standrechtli-  
chen Erschießungen] haben jetzt, wie man in gut  
unterrichteten Kreisen erzählt, ihr Ende erreicht und die  
noch übrigen schwer Gravirten werden wohl mit kür-  
zerer oder längerer Zuchthausstrafe, je nach dem Grade  
ihrer Mitschuld, davon kommen. Demnächst werden  
denn auch für die Offiziere und sonstigen Militärbeamten  
die Ehren- und Kriegsgerichte ihren Anfang nehmen.

(D. P. A. 3.)

**Kassel,** 23. Oktbr. [Eröffnung der Sitzun-  
gen.] Heute fand hier die erste Sitzung der Stände-  
Versammlung statt. Der Landeszyndikus erstattet in der-  
selben Bericht des permanenten ständischen Ausschusses  
über dessen Wirksamkeit seit der Vertagung, über dessen  
Tätigkeit während der Ministerkrise, so wie über  
andere, während der Vertagung vorgekommene Erne-  
nnungen ic. Hierauf verkündet der Präsident mehrere  
selbstständige Anträge: 1) des Herrn Lederer: die Re-  
gierung zu ersuchen, allen ihren Einfluß bei der badi-  
schen Regierung dahin zu verwenden, daß den standes-  
rechtlichen Proceduren in diesem Lande Einhalt ge-  
schehe; 2) des Herrn Rauh denselben Gegenstand be-  
treffend; 3) eine Interpellation des Herrn Pfeiffer  
(Staatsprokurator): ob der von den Regierungen  
Preußens und Österreichs unterm 30. Septbr. d. J.  
abgeschlossene Vertrag wegen Bildung einer neuen  
provisorischen Bundes-Centralgewalt bereits der kurbadischen  
Regierung zur Zustimmung vorgelegt worden sei,  
beziehungswise, was dieselbe in dieser Hinsicht zu  
thun gedenke? 4) Antrag des Herrn Kompe wegen  
Revision der Gemeindeordnung ic. — Hr. Henkel ver-  
misste unter den Vorlagen die wegen der Wahlen zum  
deutschen Volkshause. Die Politik der kleinen Staaten  
oder Bundesstaat entbehre aller Garantie, ihre  
Bestrebungen seien eine Sisyphusarbeit ohne Ziel, deshalb  
müsse bei ihnen die deutsche Sache in dem Vor-  
dergrund stehen. Kurhessen habe darin stets den er-  
sten Rang behauptet. Deshalb hätte es der erste Akt  
der Regierung sein müssen, den Entwurf eines Reichs-  
Wahlgesetzes zur Vorlage zu bringen. Er stellt den  
Antrag, die Regierung zu ersuchen, in einer der nächsten Sitzungen den Entwurf des  
fraglichen Wahlgesetzes vorzulegen. Es sei  
kein Weg zur Einheit zu gelangen, mehr vorhanden,  
wenn man nicht Preußen, dessen eifriger Wille doch  
jetzt nicht mehr zu bezweifeln sei, unterstützen. —  
Staatsrat Eberhard entgegnete, daß die Wichtigkeit  
dieser Angelegenheit von der Regierung am wenigsten  
verkannt werde, der Entwurf sei vorbereitet und werde  
in wenigen Tagen der Stände-Versammlung vorgelegt  
werden. — Herr Henkel zog seinen Antrag, als durch  
diese Erklärung erledigt, zurück. — Die Sitzung  
wurde hierauf geschlossen. (R. A. 3.)

**Hamburg,** 25. Oktober. [Festmahl für die  
Ungarn.] Veranstaltet von Mitgliedern der konsti-  
tuierenden Versammlung fand gestern im Hotel de St.  
Petersburg ein Festmahl zu Ehren der hier befindli-  
chen Ungarn Statt, an welchem sich etwa 200 Per-  
sonen beteiligten. General Klapka äußerte sich in  
seiner Erwidderung auf die Anrede des Dr. Giza,  
nachdem er die Weigerung der französischen Republik,  
die flüchtigen Ungarn aufzunehmen, erwähnt, über die  
Sympathien Deutschlands für dieselben und versicherte,  
daß die Ungarn in den Österreichern nicht die Deut-  
schen, sondern nur die Werkzeuge der freiheitfeindlichen  
Politik des österreichischen Kabinetts bekämpft, und  
daß Ungarn auf den lebendigen Hauch Deutschlands  
zu seiner Wiedererweckung rechne. Außer Klapka sprach  
auch noch Ujhazy, der Civil-Kommandant von Komorn.  
Aus der nach dem Mahle gepflogenen Unterhaltung  
ging die übereinstimmende Ansicht der Ungarn und  
namentlich Klapka's hervor, daß Görgey, von Anfang  
an ohne Begeisterung für die Sache des Vaterlandes  
und nur von Eigennutz und Ehrgeiz getrieben, sich  
ohne wirkliche Nothwendigkeit mit seinen 40,000 M.  
den Russen ergeben habe. Kossuth's glühender Vater-  
landsliebe wurde jede Anerkennung gezollt, ihm indeß  
Schuld gegeben, daß er die Sache unnötiger Weise  
auf die Spur gebracht und durch sein Festhalten an  
der republikanischen Form, die Möglichkeit einer günstigen  
Erlösung der Sache unter Englands u. Frank-  
reichs Vermittelung verschert habe. (B. H.)

[Festmahl für Gagern.] Kurz nach 5½ Uhr  
begann heute Abend in dem glänzend erleuchteten und  
ausgezeichneten dekorirten und drappierten großen Saale  
der Tonhalle die Heinrich v. Gagern zu Ehren  
von den Vorstehern des patriotischen Vereins veran-  
staltete Feier. An 5 langen Tafeln nahmen nahe an  
400 Männer Platz. Das hanseatische Militär-Musik-  
korps saß auf der Tribüne-Estrade; die Gallerien  
waren fast ausschließlich mit Damen besetzt. In der  
Nähe der Tribüne waren die 5 Tafeln zu einem  
Halbkreise vereinigt, an welchem die 3 Ehrengäste  
Heinrich v. Gagern, Carl Mathy und Dr. G.  
Rieser saßen. In ihrer Nähe hatten noch Hans  
v. Raum (in seiner schleswig-holst. Uniform) und  
der Bremer Begleiter Gagerns, Herr Meier, Platz  
genommen. Die Mitte des Halbkreises bildete der  
Sitz, den Herr Godeffroy, als Vorsitzender des Festes,  
eingenommen hatte. (Die Reden, welche bei dieser Ge-  
legenheit gehalten wurden, füllten ganze Seiten der  
Hamburger Zeitungen. Wir haben leider keinen Raum  
dafür.)

**Hamburg,** 25. Oktober. [Truppenmarsch.] Heute Nachmittag ist das zweite Bataillon des 7. (nicht 8.) preußischen Infanterie-Regiments hier angekommen, dessen 3. Bataillon gestern hier eingetroffen ist. Morgen folgt das 1. Bataillon. Der Tag ihres Wiederabgangs ist noch unbestimmt.

(H. E.)

**Deckerreichen.** Wien, 23. Oktober.\* [Der Belagerungs-  
zustand. — Das Ereignis zu Arad. — Pil-  
lersdorf.] Mehrfache Anzeichen scheinen auf eine  
abermalige Verlängerung des Belagerungszustandes  
dieses hinzudeuten, nachdem derselbe zu Ende dieses  
Monats mit Gewissheit aufgehoben werden sollte.  
Die Gemächer im Lustschloß zu Schönbrunn werden  
in heizbaren Zustand gesetzt, wonach eine Überwinterung  
des Hofes zu erwarten stände und der Gouverneur hat eine Bekanntmachung erlassen, worin das  
häufige Vorkommen wörtlicher und thätlicher Beleidigungen  
von Militäringividuen drohend hervorgehoben und exemplarische Bestrafung in Aussicht gestellt wird.  
Wir wissen zur Genüge, was dies zu bedeuten habe  
und daß derlei Erkläre stets dann ans Licht zu treten  
pflegen, wenn sich im Publikum die Überzeugung von  
der Nothwendigkeit einer baldigen Aufhebung des  
Ausnahmszustandes festgesetzt hat. Um die Sache  
vollends in ein ominöses Licht zu stellen, ist nach  
langer Pause wieder einmal ein mystischer Schuß ge-  
fallen und zwar am Karolinenthör, in dessen Nähe  
das k. k. Feldzeugamt ist. Alle Welt kennt diese  
nächtlichen Schreckslüsse, deren Urheber niemals ent-  
deckt werden, obschon die Bastie von Soldaten stroft  
und wir uns einer Garnison von 30,000 Mann er-  
freuen, und noch zur Stunde harren wir auf nähere  
Aufschlüsse über jene beiden Franzosen, welche die  
Schildwache in Schönbrunn überfallen haben sollen.  
Bei der gänzlichen Unstichhaltigkeit aller für Aufrecht-  
haltung des Ausnahmszustandes vorgebrachten Gründe  
muß die Zögerung der Regierung in diesem Befestigungs-  
zustand endlich selbst in den Gemüthern der hö-  
heren Klassen den Keim des Misstrauens ausstreuen  
und den Argwohn, als gehe man doch im Stillen  
mit ungeahnten Staatsstreichen schwanger, da unmög-  
lich angenommen werden kann, daß das geringfügige  
persönliche Interesse, das hin und wieder bei dieser  
Sache beteiligt ist, in einer so höchst wichtigen Ange-  
legenheit als maßgebend wirken könne. — Das Er-  
eignis in Arad, wo eine nur zur Hälfte gelungene  
Explosion die Wohnung des Festungskommandanten zerstören sollte, erregt allseitiges Aufsehen, und obschon  
von gewisser Seite jede Absichtlichkeit gelehnt und  
der ganze Vorfall als ein gewöhnliches Unglück hin-  
gestellt wird, so erhält sich dennoch der Glaube an  
ein Rachekomplott für die hingerichteten Generale.  
Bei der Explosion sind einige Soldaten, die zur Dien-  
erschaft des Generals gehörten, getötet worden und  
dem Festungskommandanten wurde nebst einigen klei-  
neren Blessuren die Kniescheibe des linken Fusses zer-  
schmettert. Hoffentlich wird es der Untersuchung gelingen,  
den Thatbestand dieses Ereignisses baldigst fest-  
zustellen, was in den bisher eingelaufenen Berichten  
vermißt wird, und daraus ließe sich denn gar leicht  
wahrnehmen, ob dabei wirklich nur ein unglücklicher  
Zufall im Spiel gewesen oder aber ein wirkliches Att-  
entat vorliegt. — Die Verhaftung des ehemaligen  
Ministers Pillersdorf, die jüngst Ihr Blatt mel-  
det, hat zwar nicht stattgefunden, aber hochgestellte  
Männer haben bereits wie von einem Faktum davon  
gesprochen, weil nämlich das hiesige Kriminalgericht  
auf die vom Appellationsgericht erhaltenen Weisung  
hin auch die Thätigkeit Fischhof's in der Permanenz  
des Reichstags in den Bereich der Untersuchung zu  
ziehen, sofort die Nothwendigkeit der Verhaftung meh-  
erer anderer Reichstagsdeputirten aussprach, worunter  
sich auch Baron Pillersdorf befunden habe. Hierauf  
stellte der Ministerrath bei Sr. Majestät dem Kaiser  
den Antrag, den ganzen Prozeß niederschlagen zu wol-  
len und die angedeuteten Verhaftungen müsten vor  
der Hand unterbleiben.

**N. B. Wien,** 25. Oktober. [Tagesbericht.] Erzherzog Albrecht ist vorgestern nach Mains abge-  
reist, um das dortige Gouvernement anzutreten. — Die k. k. Hofburgwache erhält eine neue Abjustirung.

\*) Obiger Brief ist uns um 2 Mal 24 Stunden zu spät  
zugekommen. Schon seit einiger Zeit bemerkten wir  
mit Leidwesen eine große Unregelmäßigkeit des Ein-  
tressens der an uns gerichteten Briefe aus Wien. An  
wen die Schuld liegt, vermögen wir natürlich nicht  
anzugeben. Doch ersuchen wir einstweilen die geehrten  
Korrespondenten, mit der Aufgabe der Briefe zur Post  
recht plakativ zu sein. Ein anderer Brief aus Wien  
(mit dem Stempelzeichen 24. Oktober versehen) kommt  
uns erst heut über Berlin (Stempelzeichen 25. 10.) zu.  
Die Adresse ist richtig, somit ist dieser Umweg von 90  
Meilen nicht die Schuld unseres Korrespondenten. —  
Wie kommt es aber, daß wir außer dem Verlust der  
jetzt unbrauchbaren Korrespondenz auch noch das  
durch den Umweg vergrößerte Porto tragen  
sollen?

Red.

Stahlgrüne Waffenröcke mit rother Paspoilirung und goldenen Spauetten, russisch-graue Pantalons mit rothen Streifen, Pickelhauben, nach Art der russischen, mit dem k. k. Adler und einem Rosschweif, dieser jedoch nur in Parade. Die Hof-Gendarmerie erhält dieselben Hauben und Waffenröcke mit Achselfchnüren, enge, lederne Hosen, hohe Stiefel und Stulphandschuhe, auf en Pferden krepprothe Schabracken mit dem k. k. Adler. — F.M. Haynau ist von Gräz wieder hier angekommen. — Das Gerücht, daß der Finanzminister seine Entlassung zu nehmen gesonnen sei, falls eine Reduktion der Armee nicht stattfindet, ist bereits in mehrere Blätter aufgenommen worden, bedarf jedoch sehr der Bestätigung. — Die Dislokationstabellen, nach welcher das Armeekorps in Böhmen Winterquartiere beziehen wird, ist bereits vollendet. 16 Städte erhalten Stabsstationen von mindestens 1 Bataillon. Das Hauptquartier kommt nach Prag. Die Bequartirung geschieht in Kasernen und wäre dies nicht ausführbar beim Bürger und Landmann. Die Festungen werden vollständig armirt und bewohnt. — Das den Redemptoristen zur Umwandlung in ein Spital abgenommene Haus auf der Landstraße soll wieder seiner früheren Bestimmung zugeführt werden. — Der Katholikenverein in Linz macht bedeutende Fortschritte und zählt bereits 5000 Mitglieder, worunter der ehemalige Landeschef Graf Barthenheim den thätigsten beigetragen.

O.C. Wien, 25. Oktober. [Die Organisation Ungarns\*). — Auswärtiges.] Mit Ausnahme der ostdeutschen Post, welche ihr Raisonnement noch verschiebt, haben bereits die meisten übrigen Wiener Blätter ihr Urtheil über die gestern kundgemachte Organisation Ungarns abgegeben. Die „Zeit“ findet den im ministeriellen Vortrage ausgesprochenen Grundsatz, daß die alte ungarische Verfassung in Folge der Revolution beseitigt worden sei falsch, und gefährlich. Allein bezüglich Ungarns ist nach unserm Dafürhalten allemal der Gesichtspunkt festzuhalten, daß die Sonderstellung und die Sonderbegünstigungen, deren sich dieses Land Angesichts der andern Provinzen erfreute, allerdings dem Eroberungsrecht verfallen konnte. Das übrigens eine durch die Gewalt der Waffen unter die legitime Botmäßigkeit zurückgeführte Provinz ihr Recht, die Institutionen der übrigen Provinzen zu belehnen, nicht verwirken könne, ist gewiß. Insofern Ungarn als Fremdland zu betrachten war, durfte seine Verfassung ohne Bedenken beseitigt werden. Insofern es jedoch trotz dieser stets ein integrirendes Glied der österreichischen Gesammonarchie gewesen, mußte es den selben Rechten und Freiheiten, wie alle anderen Völkerstaaten und Provinzen, teilhaftig werden. Das übrigens die Berufung auf die §§ 87 und 120 der Reichsverfassung vollkommen genügt, um eine in Bezug auf der bürgerlichen und judiciellen Gesetzgebung Ungarns darin enthaltenen Anomalie auszugleichen, ist die „Zeit“ immerhin so billig, anzuerkennen. Die „Presse“ ergeht sich, wie gewöhnlich, wieder in „Besorgnissen“. Sie sieht das Verfassungsstatut für Ungarn und Italien Jahre lang hinausgeschoben. Möge sie sich trösten! So sicher die übrigen Provinzverfassungen noch im Laufe dieses Jahres zur Promulgation gelangen werden, so wenig wird die Regierung säumen, auch bezüglich Ungarns und Italiens das Nötige zu veranlassen. Möchte ein gereinigter, gebesserter Geist ihrem Bemühen in jenen Provinzen entgegenkommen! Unbegreiflich erscheint uns nun der Umstand, daß sie sich zum Behufe der Ausarbeitung des ungarischen Landesstatuts mit Vertrauensmännern zu umgeben gedacht, beitragen mag, die „Besorgnisse“ der „Presse“ zu erhöhen. Ward doch dieses System auch bezüglich der übrigen Provinzen befolgt! Ungarn aber, das kaum wiedergewonnene, das noch aus tausend Wunden der Revolution blutende Ungarn, die Stätte furchtbarer Völkerkämpfe und politischer Parteien, sollte ohne Wahl und Vorbedacht vom Fleck weg konstituiert werden? Was die „Presse“ gegen den angeblich disparten Organismus der dort einzurichtenden, politischen Behörden vorbringt, ist meist unschlüssig. Eine etwas genauere Betrachtung des Dokuments würde der „Presse“ die Überzeugung verschaffen haben, daß der in Frage stehende Organismus fast durchweg dem in anderen Provinzen bestehenden entspricht. Zwecklose Entwicklung und Vervielfältigung der Geschäfte zu verhüten, ist jederzeit des Ministeriums Bestrebung gewesen und ist es ihm auch in diesem Falle bestimmt nicht untreu geworden. — Gestern ward der außerordentliche türkische Bevollmächtigte Herr Constantin Müssuruth von Sr. Majestät in einer Privat-Audienz empfangen wobei er ein eigenhändiges Schreibens des Sultans überreichte. — Triester Briefe aus Hongkong melden, daß der Gouverneur von Macao, Sir Amaral, von Chinesen in einer abgelegenen Straße ermordet worden ist. Die in Folge dieses Vorgangs entflammt Portugiesen haben das dortige Fort gefürchtet und geschleift. — Die Idee des österreichisch-deutschen Zollvereins gewinnt täglich an

Bedeutung und Anklang in den Kreisen der Regierung. Man sieht der Publikation eines die diesjährige Einigung anbahndenden Artikels entgegen.

\* Wien, 25. Oktbr. [Die öffentliche Stimzung in Bezug auf Ungarn.] Die Aufhebung der bisherigen, ausnahmsweise bestandenen Steuerfreiheit in Ungarn hat an der Börse viel Freude gemacht, da hierdurch dem Finanz-Minister bedeutende Quellen eröffnet werden. Weniger günstige Aufnahme fand das Patent wegen der Sonder-Stellung von Triest. Die hier lebenden Magyaren dagegen machen saure Gesichter über die gestern publizierte neue Organisation Ungarns. Ähnlich ist die Stimzung der Radikalen, mit denen jetzt die sogenannten konservativen Ungarn gemeinsame Sache machen. Diese verkünden für die Zukunft neue heftige Aufstände in Ungarn, wovon freilich die Berichte in den Blättern nichts merken lassen. Es ist in ganz Ungarn eine totale Apathie an die Stelle des wildesten National-Fanatismus getreten.

Wien, 25. Oktober. [Die Wirkung der neuesten Maßregeln in Bezug auf Ungarn. — Metternich, Hurter und der österreich. Gesandte in London.] Die Verordnung über die politische Organisation in Ungarn hat selbst die loyalsten Magyaren nicht wenig überrascht, denn Niemand in Ungarn wollte sich bis jetzt zu der Meinung bekennen, daß die Regierung in der That das Werk der Centralisation dergestalt ausführen werde; die Vernichtung der achthundertjährigen Verfassung, welche übrigens durch die Reformen des verlorenen Jahres einen ziemlich modernen Zuschnitt erhalten hatte, berührt selbst das konservativste Herz, das sich hierbei mit der historischen Erinnerung tröstet, daß das Land schon einmal durch 25 Jahre hindurch keinen Landtag gehabt, und gleichwohl nicht unterdrückt werden konnte. Nicht bereits fungirende Oberdistriktskommissäre, durchgehends den besten Familien des konservativen Adels angehörig, haben sofort ihre Stellen mit der Erklärung niedergelegt, daß sie unter den obwaltenden Verhältnissen ihrem Vaterlande nicht nützlich sein könnten, ein Beispiel, das bald allgemeine Nachahmung finden dürfte und dann leicht von betriebenen Folgen für die Pacification Ungarns werde möchte. Wie ich vernehme, soll der Belagerungszustand des Königreichs auf drei volle Jahre berechnet sein und in der Zwischenzeit lediglich die Militärregalität herrschen. Unter dem Militärregiment soll sodann die Civilverwaltung behutsam organisiert und ins Leben eingeführt werden, so daß bei Wegräumung der Waffenherrschaft das ganze Geschüsse der Landes-Administration vollendet und erprobteständige. — Graf Colloredo-Wallsee soll seine Abberufung von seinem Gesandtschaftsposten in London selbst verlangt haben, indem die dortige Stellung dem Lord Palmerston gegenüber ganz unfeindlich geworden sei. Andere behaupten jedoch, der Graf sei in jene Intrigen verwickelt, welche die Ausweisung des Fürsten Metternich aus England herbeigeführt haben. Diese Angelegenheit hat übrigens auch hier zu der Pensionierung des Dr. Hurter geführt, welcher einst Metternichs Günzling, von Pillersdorf entfernt, vom Fürsten Schwarzenberg neuerdings aber angestellt worden war und sich im Einverständnisse mit seinem verbannten Gönner zu Umtrieben gegen den Feldzeugmeister Zellachich gebrauchen ließ, die plötzlich entlarvt wurden. Durch die Ernennung des Baron Neumann, der schon neben Fürst Esterhazy die Geschäfte geleitet, zum Botschafter am Hofe zu St. James, kommt abermals ein Bürgerlicher in die hohe diplomatische Laufbahn, denn Neumann ist eben nur ein im Dienste Gedelter, während Hübner in Paris vollends Notarier ist.

N. B. Wien, 26. Okt. [Die Zolleinigung mit Deutschland.] Die heutige Wiener Zeitung enthält das ministerielle Programm zu einer allmäßigen Zolleinigung mit Deutschland. Wir entnehmen dem hochwichtigen Aktenstücke einige wesentlichere Grundzüge. Es handelt sich um Vereinbarung der Interessen der 3 großen handelspolitischen Gruppen, der österreichischen, der Zollvereins- und der norddeutschen; — für Österreich insbesondere, aus der Prohibition in die Protektion überzugehen, die inneren Zollschranken zu beseitigen und den Eingang der Rohstoffe zu erleichtern. Hinsichtlich der Manufaktur-Erzeugnisse sollen die Zollschranken zwischen Österreich und den deutschen Staaten innerhalb 4 Übergangssperioden von  $\frac{3}{4}$  —  $\frac{1}{2}$  —  $\frac{1}{4}$  des bisherigen Zollsatzes fallen und die Dauer dieser Übergangsstufen vertragsmäßig im Vorhinein bestimmt werden. Dann erst soll eine völlige Zollvereinigung, jedoch bereits in der 4ten Periode für solche Industriezweige eintreten, welche sich bei gleichkommenden Zollsätzen gegen das Ausland einer ziemlich gleichen Entfaltung erfreuen. Die erste und wichtigste dieser Perioden ist den inneren Zollreformen gewidmet und hier soll schon die möglichste Übereinkunft in den Zolltarifen nach bestimmten Prinzipien erzielt werden. In dem hierüber etwas unklar lautenden Sahe heißt es: Namenslich ermäßigt oder beseitigt Österreich sofort die Zölle auf Roh- und Farbstoffe für die

Industrie und hebt 4 bis 6 Monate später, um für den Aufbrauch jener noch verzollten Stoffe Zeit zu gönnen, die Verbote und Prohibitzölle gegen ergiebigen Schutz gewährende Eingangsölle auf; hierin wird zugleich dem Staatschase Gesetz für den Wegfall jener Zölle gewährt. Gleichzeitig müßten die inneren österreichischen Zollschranken fallen, wenn es nicht vorher schon geschehen. Die andern Stipulationen für diese erste Periode betreffen: den sofortigen gegenseitigen zollfreien Austausch aller einheimischen Roherzeugnisse und Nahrungsstoffe, so wie der rohen Metalle, sofern man sich über Ein- und Ausfuhrzölle gegen jene Länder, die nicht zu den beiderseitigen Zollgebieten gehören, vereinigt; — die gegenseitige freie Durchführung der anzubahnenden und zu schließenden Uebereinkünfte über ein gemeinsames Gewichts-, Maß- und Münzsystem, über übereinstimmendes Wechsels- und Handelsrecht, Privat-Serecht, über Gewerbegezegebung, Heimath- und Niederlassungsrecht, über Regelung der Flusschiffahrt und des Post-, Eisenbahn- und Telegraphenwesens. Sonst bleiben: eine durchgreifende Erleichterung in der beiderseitigen Grenzverwaltung der Zölle, — Annäherung in den Finanzzöllen, zumal von Kolonialwaren, den 3ten, — Schiffahrtsübereinkünfte der 3ten und 4ten Periode vorbehalten. Hiermit hängen die Entscheidungen der Kommission zur Revision des österreichischen Zolltariffs zusammen, ausgehend auf — Aufhebung der Ein- und Ausfuhrverbote und deren Ersatz durch Tarifsätze nach dem Prinzip des vollkommen ausreichenden Schutzes der inländischen Produktion; — Erleichterung der Ausfuhr von Fabrikaten, (die nur einer Controlabgabe unterworfen werden); — Zollfreiheit für Beträgen unter 1 Kr., so wie für den Grenz- und täglichen Verkehr; — nach Innen als Gewichtseinheit den österreichischen, nach Außen den Zoll-Centner. Uebrigens soll zur Beruhigung des österreichischen Gewerbsstandes beiden Theilen vorbehalten bleiben, die vorbereiteten Übergangsstufen noch um 1—2 Jahre zu verlängern und wird als Bedingung des Gelingens vorausgesetzt, daß jeder organische Schritt hietzt durch Mitwirkung der konservativen Körperschaften und der legislativen Gewalt geschehe.

N. B. Wien, 26. Okt. [Tagesbericht.] Den verschiedenen Militär-Kommandanten in Ungarn und Siebenbürgen ist neuerdings die strengste Beobachtung der in Betreff der ung. Banknoten vom F.Z.-M. Haynau erlassenen Proklamationen, in deren letzter ausdrücklich bemerkte war, daß für die abgelieferten Noten keine Entschädigung erfolgen werde, aufgetragen worden. — Das Gesetz über die Einrichtung und den Wirkungskreis des Reichsrathes wird in Kürze erscheinen. Die Ernennung der Mitglieder desselben soll dann gleichzeitig erfolgen. — Das Dienstreglement für die in den Kronländern zu errichtende Gen'sd'armerie ist bereits entworfen. Sie wird in Regimenter mit so vielen Flügeln, als in dem Kronlande Kreise sind, eingeteilt. Ihre Organisation ist rein militärischer Art; sie wird jedoch nur zum politischen Dienste verwendet, fungirt als Landespolizei und vollstreckt Justizbefehle. Die Gen'sd'armen genießen Unteroffiziersrang. — Das für das Jahr 1850 auszuprägende Silbergeld wird nach einem neuen Münzfuß behandelt werden. Ueber den Münzfuß selbst ist noch keine Entscheidung erfolgt. Wahrscheinlich dürfte der in Preußen übliche dabei als Richtschnur dienen. — Ein Transport Gold- und Silberbarren, der zweite seit der Unterwerfung Ungarns, ist von Kremnitz im hiesigen Münzamte angelangt. Die russ. Münzen, welche bei Zahlungen an öffentliche Kassen gelangen, werden dem Münzamt zur Umpräzung eingeliefert. Um dem Mangel an Scheidemünze in Pesth abzuhelfen, wurden für 2 Millionen Gulden kleine Silbermünzen dahin gesendet. — Die hiesigen Buchhändler haben, nach glaubwürdigem Vernehmen, die strenge Weisung erhalten, kein Manuskript zu veröffentlichen, das nicht zuvor der Behörde vorgelegt worden. Das Journal „Die Zeit“ erblickt hierin die förmliche Wiedereinführung der Censur, und knüpft hieran, so wie an die über Civilisten verhängte körperliche Büchtingung, welche vorgestern stattfand, die traurigsten Betrachtungen.

\* Wien, 26. Oktober. [Das Schreiben des Sultans.] Gestern übermachte der türkische Botschafter am Kaiserl. Hofe, Musurus, Sr. Maj. dem Kaiser ein Schreiben seines Souveräns, dessen Inhalt in der Frage der magyarischen Flüchtlinge entscheidend gewesen zu sein scheint. Musurus hatte gleichfalls Konferenz mit dem Minister-Präsidenten Fürsten Schwarzenberg. Seitdem vernimmt man aus guter Quelle, daß sich die Pforte verbindlich macht, keinen Renegaten anzustellen und alle Flüchtlinge unter fester Aufsicht von Widdin nach Candia abzuführen. Dieser Antrag, durch welchen das Einmischen des Lords Palmerston ganz beseitigt wird, soll hiesiger Seite ein geneigtes Ohr gefunden haben. Unser Botschafter in Konstantinopel, v. Stürmer, scheint auf dieses Auskunftsmitteil angetragen zu haben.

Pesth, 24. Oktober. [Hinrichtungen.] Der Erste, der heute das Hochgericht bestieg, war Baron Sigmund von Perenyi. In der vormärzlichen Pe-

\* Wir haben obige Notizen als interessanten Beitrag zu den Ansichten der österreichischen Regierung über die ungarischen Verhältnissen aufgenommen. Red.

riode zweiter Präsident der Magnatentafel und Besitzer des höchsten ungarischen Gerichtshofes, des sogenannten Septenvirats, war er ein eiferiger Anhänger der Revolution, der er gleich in ihrem Beginnen als Mitglied des im Oktober gebildeten Landes-Vertheidigungs-Ausschusses diente. Er folgte dem Landtage auf seinen mehrfachen Wanderungen, und ward im Juni d. J. von Kossuth zum Judex-Curiae der neu creierten Septenviral-Tafel ernannt. Perényi besaß eine scharfe geistvolle Dialektik, durch welche er oft auch dann seine Gegner besiegte, wenn ihnen die gerechtesten Waffen zur Seite standen. Seine Verurtheilung wird im ganzen Lande schmerhaft empfunden werden, überraschen wird sie nur Wenige, — nachdem Batthyány vorangegangen. — Der zweite, Esernatony, fiel heute unter des Henkers Beil. Als erster Mitarbeiter des „Marcius Eisenködike“, eines im Geiste des „Pariser Charivari“ gehaltenen Blattes, entwickelte er eine bedeutende Fähigung für Wit und Satire, und ahmte mit vieler Gewandtheit Courriers Styl nach, indem er unter der Maske von Einfalt die festigsten Diatriben gegen die Dynastie veröffentlichte. Später berief ihn Kossuth als Sekretär in sein Bureau, und verwendete ihn zu einer politischen Sendung nach Paris. — In der That hörte ich heute von Bielen, daß Esernatony noch nicht zurück sei, der Erhängte aber ein gewisser Esernus sei, welcher Ministerial-Rath unter der republikanischen Regierung gewesen. Die nächste „Pesther Zeitung“ wird das Rätsel lösen. — Ueber den Dritten und Letzten, welcher heute sein Leben geendet, den Abgelegten Szacsvay, konnte ich Nichts sonst in Erfahrung bringen, als daß er dem Debrecziner Präsentanten-Hause als Sekretär vorgestanden. — Werden dies die letzten Opfer der rächenden Nemesis sein? Eine aus wohlunterrichteten Kreisen geschöpfte Nachricht unseres heutigen Amtsblattes läßt wohl Ahnliches vermuten; da sie jedoch ihre schöne Hoffnung erst auf dem Grabe einiger Reichstagsmitglieder und Regierungs-Kommissare aufpflanzt, wir aber unter den heutigen Opfern keinen Regierungs-Kommissar entdecken, so wird den Amnestie Erwartenden wohl noch ein wenig Geduld anzuempfehlen sein. (Lloyd.)

### T a l i e n.

## Turin, 18. Oktober. [Aufschlüsse über den letzten Krieg mit Österreich.] Man ist noch wenig über die wahre Ursache des Ausbruches des zweiten piemontesischen Krieges unterrichtet, so wie über die Ursachen seines traurigen Endes. Die Veranlassung war allerdings das Andrängen Aler, welche Italiens Unabhängigkeit von Österreich wollten; allein die Regierung wäre mit Hülfe der Wohlmeinenden noch stark genug gewesen, den Frieden zu erhalten, und sich in das Unvermeidliche zu fügen, wozu auch Frankreich riet. Allein der König wollte Ober-Italien erobern, er hielt sich für einen Gelbherrn und Eitelkeit trieb ihn zum Wiederanfang der Feindseligkeiten. Die Wohlmeinenden, der größte Theil war dagegen, man hatte schon bei dem ersten Kriege gesehen, daß diejenigen, welche das größte Geschrei erhoben hatten, eben nicht die Tapfersten gewesen waren. Die Armee ging ungern in den Krieg, aber die Offiziere, Männer von Ehre, hatten den Willen, ihre Schuldigkeit zu thun, sie haben es bewiesen. Aber der italienische Landmann, der Bürger, sah sich durch den Krieg in seinen Geschäften gestört, und so fand das Heer überall den bösen Willen der Bevölkerung im Lande selbst; so daß es dem Heere sogar an Spionen fehlte, und die Österreichische mitunter gern gesehen würden, weil man dabei die Rückkehr des Friedens erwartete. Dazu kamen die Geistlichen, welche gegen die Konstitution waren, da sie das Volk auflärteten und sie ihren Einfluß zu verzieren fürchteten, wenigstens unter strengere Kontrolle kamen. Ihre Anzahl ist sehr groß, ihre Einkünfte sehr bedeutend, und ihr Leben an manchen Orten eben nicht sehr exemplarisch, weshalb sie mitunter sehr verhaft sind. Der Erzbischof von Turin wagte noch nicht zurückzukehren, und wie viel sich diese Herren erlaubendürfen, beweist ein bekannter Geistlicher, von dem man weiß, daß seine Wirthin seine Tochter ist; die Tochter ist vor Kurzem bereits ebenfalls in ein Gebärhaus gethan worden, und es ist bekannt, daß wo die meisten Geistlichen sind, auch die meisten Findelkinder ausgefegt werden, weshalb auch die Geistlichen die Findelhäuser am meisten in Schutz nehmen. Daß der Vertrach des vormaligen polnischen Generals Romanino das meiste zum Unglück der Piemontesen beitrug, ist bekannt, weniger, daß Chranowski sich auch kein Zutrauen zu erwerben wußte.

### F r a n k r e i c h.

× Paris, 24. Oktbr. [National-Versammlung.] Der Antrag auf Rückberufung der exilierten Fürsten von den Legitimisten verworfen. — Ministerielles. — Aus Rom und Florenz.] Die heutige Kammeröffnung ist durch ein wahrhaftes Ereigniß bezeichnet worden, durch eine Rede Berryer's, dessen Erscheinung auf der Tribüne zu den großen Seltenheiten gehört. Es handelte sich um die Aufhebung der Gesetze von 1832 und 1848, welche die beiden Zweige der Bourbons aus Frankreich verbannen; Herr Berryer reklamierte aber mit vieler Fein-

heit die Ehre des Exils für die Prinzen, das ihnen ihren Namen und ihre Würde läßt, und er bat die Versammlung, nicht durch die Zurückführung monarchischer Führer in den Schoß der republikanischen Gesellschaft den Vorwand zu neuen Bürgerkriegen zu geben. Der Redner eiferte gegen den Ostrazismus Creton's, der den Prinzen keinen andern Weg als die Revolution lassen will, um ihren Platz an der Spitze des Landes einzunehmen. — Die Tragweite dieser legitimistischen Rede konnte der Linken nicht entgehen. Pascal Duprat stürzte auf die Tribüne, um zu erklären, daß er anfänglich ebenfalls den Antrag bekämpfen wollte, daß er jedoch Angesichts der Opposition Berryer's für die Annahme stimme, da er um keinen Preis eine Meinung mit Denjenigen haben möchte, welche „vive la République!“ rufen und an die Monarchie denken. Einige bittere Worte Napoleon Bonaparte's konnten an der Sache nichts ändern, und die Versammlung verwarf nach dem Wunsche Berryer's den Antrag auf Rückberufung der Prinzen mit einer Majorität von 104 Stimmen gegen 103. Ein großer Theil des Berges hat mit gegen den Antrag, ein anderer Theil für denselben gestimmt. — Nach Verwerfung dieser Proposition kam die von Napoleon Bonaparte Betreffs der Freilassung der Juni-Insurgenten zur Debatte. Nach einer Rede Lagrange's wurde die Debatte auf morgen vertagt. — Ein anderes wichtiges Faktum ist, daß der Präsident der Republik im heutigen Ministerrath eine große Entrüstung gegen das Schreiben Fallours zu erkennen gegeben hat, worin sich dieser Minister, wie ich Ihnen neulich mittheilte, mit so vieler Entschiedenheit für Montalembert erklärte, und womit er gewissermaßen den Präsidenten provoziert zu wollen schien. Dieser soll nun sogar das Verlangen geäußert haben, auf dieses Schreiben zu antworten; allein das ganze Kabinett vereinigte sich, unter entschiedenem Tadel Fallours, den Präsidenten von seinem Vorhaben zurückzubringen, um die Verwirrung nicht noch zu vergrößern. Außerdem haben mehrere Mitglieder der tiers-parti Odilon Barrot in einem Schreiben kund gegeben, ihn über die ultra-katholischen Tendenzen des einen Kabinetts-Mitgliedes zu interpellieren, worauf der Minister-Präsident kurzerhand geantwortet hat, daß er das Schreiben des Herrn Fallour als dessen Demission ansiehe. — Dies ist übrigens nicht die einzige Sorge des Ministeriums. Eine heute eingegangene telegraphische Depesche meldet die Freisprechung der am Junikomplotte im Nieder-Rhein-Departement Beteiligten durch die Assisen in Merg. Ihr Vertheidiger war J. Favre. Diese Nachricht hat nicht geringe Sensation im Ministerium verursacht. — Die Bitten des Generals Mostolan und des diplomatischen Agenten Corcelles, aus Rom zurückberufen zu werden, werden immer dringender, und es scheint gewiß, daß beide in Kürze zurückkehren werden. General von Hautpoul wird das Kommando der Armee übernehmen und gleichzeitig einen diplomatischen Charakter erhalten. — Aus Turin wird vom 20. gemeldet, daß der König die durch Rücktritt Pinelli's entstandene Ministerkrise dadurch beseitigt hat, daß er das Parteiuille Pinelli's an den Minister Galvagno und das des Letzteren an den Chevalier Matthieu übergab. Diese Modifikation ist aber im Sinne der Rechten und nicht, wie man es erwartete, in dem Sinne der Linken, und wird nur neue Verwicklungen herbeiführen. — Das toskanische Gouvernement ist nun fest entschlossen, das Parlament in kürzester Frist einzuberufen, und hat die Präfekten bereits mit der Revision der Wahllisten beauftragt. — Die Börse ist wegen der Angelegenheit der ungarischen Flüchtlinge noch immer sehr unruhig.

× Paris, 24. Okt. [Das wirkliche Schreiben des Czaren an den Sultan, in Betreff der polnischen Flüchtlinge.] Vor 14 Tagen etwa brachten die Journale den Text des eigenhändig Schreibens des Czaren an den Sultan in Betreff der ungarischen Flüchtlinge. (S. Wresl. Ztg. Nr. 241). Dieses Schreiben überraschte durch einen insolenten Lakotismus und man konnte es sich nicht gut erklären, daß ein Souverän an den andern sich eines solchen Styls bedienen sollte. Daß diplomatische Noten hart und drohend abgefasset werden, das kommt vor; aber wenn die Majestäten es für nothwendig erachten, eigenhändig an einander zu schreiben, hielt man es hier nicht für gut glaublich, daß es in der angelündigten Weise geschehen sein könnte. Diese Vermuthung hat sich auch gerechtfertigt. In Konstantinopel zirkulirten in der diplomatischen Welt Abschriften von dem Schreiben des Czaren an den Sultan; von diesen Kopien ist eine hierher gekommen, und ich theile sie Ihnen mit, unter voller Garantie der Authentizität. Sie werden sehen, daß der Czar durchaus nicht lakonisch und nebenbei eher einschmeichelnd als befehlend gewesen ist. Das Schreiben lautet wörtlich also:

„Schr. erlauchter und sehr mächtiger Beherrscher und Padischah der Ottomanen! Ich kenne die Gefühle Ew. Majestät und zweifle nicht an dem Anteil, den Sie nehmen wird an der glücklichen Lösung des erbitterten Krieges, der so lange Ungarn verwüstet hat. Ich beeile mich Ihr dieses große Ereigniß mitzutheilen, an wel-

chem meine Armeen so thätigen Anteil genommen haben. Es wird dieses Ereigniß, wie ich hoffe, dazu dienen, eine neue Ära herauszuführen und dem Glücke ein Ende zu machen, in welches der revolutionäre Schwund die moralische und politische Welt fortgerissen hat. Alle diese so grundlos hervorgerufenen anarchistischen Konvulsionen haben so viele Zerstörungen angeschafft, so viel Elend und Leiden verursacht, daß die betroffenen Völker sich nunmehr nach der Rückkehr der Ordnung, des Vertrauens und der Sicherheit sehnen.“

„Die magyarische Insurrektion bedrohte nicht nur die Existenz des österreichischen Kaiserstaates, dessen Integrität ein wesentliches Element des politischen Gleichgewichts ausmacht, sondern auch durch die Solidarität, welche sie mit den verschiedenen revolutionären Centren des Kontinents und namentlich mit der polnischen Propaganda verbund, griff diese furchtbare Insurrektion die Grundpfeiler der sozialen Ordnung an, und es blieb als letzter Rettungsanker dagegen nur die bewaffnete Macht übrig.“

„Ich konnte alsdann nicht zaudern das Gewicht der disponiblen Kräfte meines Reiches in die Wagschale zu legen.“

„Russland ist in Ungarn intervenirt kraft desselben konservativen Prinzips, welches die bewaffnete Unterstützung gut geheißen hat, die ich in reinem Pflichtgefühl im vorigen Jahre Ew. Majestät angeboten habe, um deren in den Donaufürstenthümern verkannte Autorität wieder herzustellen, wo eine aufrührerische Partei sich schmeichelte, subversive Pläne zu Gunsten der allgemeinen Auflösung auszuführen, die sich zu jener Epoche in allen Theilen Europa's manifestierte.“

„Die göttliche Vorsehung hat unsere Anstrengungen gesegnet. Jenseits der Donau, wie in den Ebenen der Theiss hat Russland seine Mission mit Selbstverleugnung erfüllt. Seine Armeen sind in jenen Ländern erschienen, um daselbst den Triumph der guten Ordnung und der Legitimität zu sichern.“

„Ich beauftrage den General, Fürsten v. Radziwill, der die Ehre haben wird, dieses Schreiben Ew. Majestät zu überreichen, Ihr von den Details und von Allem, was in Ungarn vorgefallen ist, Rechenschaft zu geben. Ich wünsche mir um so mehr Glück zu dem glücklichen Ausgange dieses Krieges, als die Wiederherstellung der Ordnung in Ungarn nothwendiger Weise einen heilsamen Einfluß ausüben wird auf die moralische Pacifikation der ottomanischen Donau-Provinzen, die in der prekären Lage, in der sie sich noch befinden und in Folge der stattgehabten Unruhen noch so viele revolutionäre Keime in sich tragen. Sie mehr ich den Ernst dieser Situation erwäge, um so mehr schäfe ich die weise, feste und korrekte Haltung der Delegirten der hohen Pforte bei der durch Bem in die Moldau versuchten bewaffneten Invasion, welche den offen zugestandenen Zweck hatte, daselbst einen Aufstand zu erregen.“

„Die Prinzipien, welche diese Allianz zwischen unsren beiden Reichen guttheissen und welche durch die ottomanischen Behörden an der Doau, in ihrer Haltung gegenüber der magyarischen Banden, die sich auf das ottomanische Territorium geworfen haben, so glänzend an den Tag gelegt worden sind, geben mir die innerste Überzeugung, daß Ew. Majestät eine Frage, die mir sehr am Herzen liegt, der strengsten Aufmerksamkeit Ihrer Minister anempfehlen werde. Sie betrifft die Schritte, die ich meinem Gesandten bei der hohen Pforte zu thun b. auftrage, Befreis. einiger polnischen Flüchtlinge, die, nachdem sie sich des Hochverrats gegen meine Regierung schuldig gemacht, zuletzt einen so strafbaren Anteil an den Ereignissen genommen, die Ungarn verwüstet haben.“

„In dem aufrichtigen Verlangen, daß keine Wolke sich zwischen unsren beiden Reichen erheben möge, lege ich einen ganz besonderen Wert auf die befriedigende Lösung dieser Angelegenheit.“

„Zudem ich auf die günstige Aufnahme rechne, die die Vorstellungen des Herrn von Litoff bei der Regierung Ew. Majestät finden werden, bitte ich Dieselbe die Versicherung der Gefühle hoher Achtung und unvergleicher Zuneigung anzunehmen, mit denen ich bin.“

„Warschau, den 26. August 1849.“

**G r o ß b r i t a n n i e n.**  
London, 22. Oktober. [Besorgnisse.] Der „Globe“ berichtet, nach den neuern Nachrichten aus Petersburg fange man dort an, Besorgnisse zu hegen. Kriegerische Rüstungen waren im Gange und die russische Flotte zu Sebastopol hatte den Befehl erhalten, in 4 Tagen segelfertig zu sein. Viele Dampfschiffe lagen fertig, um Schleppdienste zu thun.

**S p a n i e n.**  
★ Madrid, 19. Oktbr. [Absehung und Wiedereintritt des Ministeriums Narvaez.] Die Minister hatten gestern mehrere Berathungen über das Budget von 1850, und trennten sich alsdann, um sich zu dem Besuch einer Opernvorstellung auf dem Hoftheater vorzubereiten. Während der stattgehabten Be- (Fortschreibung in der zweiten Beilage.)

# Zweite Beilage zu N. 252 der Breslauer Zeitung.

Sonntag den 28. Oktober 1849.

(Fortsetzung.)

rathungen trug sich aber Folgendes in den hohen Regionen zu: Schon vorgestern hatte die Königin zu ihrem ersten Majordomus, dem Grafen Piro Hermosa, gesagt, daß das Ministerium geändert werden müste, weil die Minister dem Könige nicht gefielen. Der Graf Hermosa glaubte, daß die Königin scherze. Gleichwohl beeilte er sich einige angemessene Worte über die Verdienste des gegenwärtigen Kabinetts zu sagen. — Die Sachen standen so, als die Königin am Abend einen Brief von ihrem Gemahl erhielt, der sie entschieden aufforderte, „sich wie am schnellsten aus den Klauen Narvaez und seinen Kollegen zu befreien“ (wörtlich). Die Königin beeilte sich dieses Schreiben ihrem ersten Majordomus mitzuteilen, indem sie hinzufügte: „Damit Du siehst, daß ich gestern Abend Recht hatte, hier der Brief meines heuren Gatten: theile ihn Deinem Bruder, den Marineminister mit, der seinerseits ein Gleches an dem Conseil-Präsidenten thun wird.“ Es erfolgte dies auf der Stelle. — Narvaez säumte nicht einen Augenblick, seine Kollegen zusammenzurufen, und es wurde beschlossen, daß die gemeinschaftliche Demission der Kabinetsmitglieder zu den Füßen ihrer Majestät niedergelegt werde, da das Kabinett nicht mehr das Vertrauen der Krone besitze. General Narvaez begab sich in das Sprechzimmer und die Königin empfing aus seiner Hand die Kollektiv-Demission, des Ministeriums; sie behielt das Schreiben mit dem Bemerkten, daß sie antworten werde. Die Minister zogen sich zurück. Die Königin und der König wohnten der Opernvorstellung bei. Da die Demission des Generals Narvaez angenommen worden war, so wurde das neue Kabinett folgendermaßen zusammengesetzt: Conseil-Präsident und Kriegsminister, General Graf Éléonard; Minister des Innern, General Balbon; Finanzen, Armees, Beamter des Rechnungshofes; Justiz, Manresa, Beamter zweiter Ordnung; Auswärtiges, Graf Colombi, Gesandter in Lissabon; Marine, Bustillas, der gegenwärtig die Flottille der italienischen Expedition kommandiert. Die Anwesenden der genannten Minister leisteten der Königin den Eid. Mit Ausnahme des Generals Leonard sind sämtliche Minister weder Mitglieder der Deputirtenkammer, noch des Senats. — Die Überraschung ist allgemein. Federmann betrachtet diese Kombination als einen unvorhergesehenen Staatsstreich oder als einen ephemeren Theaterkoup. Die Börse ist in Bestürzung.

Nachschrift vom 20sten. Das neue Ministerium hat kaum Zeit gehabt, sich zu konstituieren. Nach einem Interim von kaum einigen Stunden hat das Ministerium Narvaez die Leitung der Geschäfte wieder übernommen.

## Lokales und Provinzielles.

### Sitzung der

Stadtverordneten-Versammlung  
am 25. Oktober.

Vorsitzender Dr. Gräßer. Anwesen 102 Mitglieder  
der Versammlung.

Das Protokoll der vorhergehenden Sitzung wird verlesen und  
genehmigt.

Unter den Mittheilungen befanden sich: der Bau-Report für die Zeit vom 22. bis 27. Oktober, nach welchem 36 Maurer, 5 Steinseger, 11 Zimmerleute und 163 Tagearbeiter bei städtischen Bauten beschäftigt waren; das Verzeichniß der gegenwärtig fungirenden 47 Feuer-Kommissarien mit Angabe ihrer Wohnungen und der Nummern der von ihnen zu beaufsichtigenden Löschpflichtiger; ein Erkenntniß des königlichen Obertribunals in der Prozesssache der Dorfgemeinde Morgenau wider die Stadtgemeinde Breslau. Durch das Urteil wird die flagende Dorfgemeinde mit ihrem Antrage, — die Stadt-Gemeinde zu verpflichten, die Morgenau Oder- und Ohlaudämme dergestalt zu verstärken und zu erhöhen, daß sie überall eine Kronenbreite von 8 Fuß erhalten. — abgewiesen.

**Berpachtungen.** Zur weiteren dreijährigen Berpachtung des sogenannten kleinen Heringskellers unter dem Einwandhouse war der Lizitationstermin abgehalten worden, zu welchem sich aber nur der bisherige Pächter als Bieter eingefunden hatte. Sein mit 41 Thalern abgegebenes Gebot betrug etwas über die Hälfte des bisherigen Pachtgeldes; dies bestimmte mehrere Mitglieder zu dem Vorschlag, die Pachtdauer auf ein Jahr zu befranken, um die bessere Verwertung des Kellers in der Hand zu behalten, wenn in Folge eines belebteren Verkehrs eine stärkere Nachfrage nach dergleichen Lokalen sich wieder einstelle. Gegen diesen Vorschlag wurde andererseits eingewendet, daß man das Lizitations-Prinzip gefährde, wenn man nachträgliche Abänderungen an den dem Ausgeboten zum Grunde gelegten Bedingungen vornehme, und daß in einem solchen Falle jedem Lizitanten frei stehe, von seinem Gebote zurückzutreten. Bei der Abstimmung entzich sich die Versammlung im Einverständniß mit dem Magistrat für die Annahme des offerirten Pachtbetrages und für die Erhellung des Aufschlages auf die in den Lizitations-Bedingungen festgesetzte dreijährige Mietzeit.

**Wahlen.** Zum Vorsteher des Mathias-Bezirks wählte die Versammlung den Hausbesitzer Konditor Herrn Scholz. **Bewilligungen.** Auf den Antrag der Armen-Direktion

wurde genehmigt, daß zwei der städtischen Armenpflege ohne nähere Bestimmung zugesellene Vermächtnisse im Betrage von 110 Thalern zur Bekleidung armer Schulkinder verwendet werden können. Zur Vollendung des Wehrrücks am Strauchwehr bewilligte die Versammlung die erforderlichen Mittel, desgleichen die mit 866 Thalern berechnete Etats-Ueberreichtung zur Ausführung der Uferbauten an der Oder und Weistritz bei Herrnproß und Peißnitz.

**Verschiedenes.** Die Rechtfertigungsschrift des Stadtraths Herrn Ludewig bezüglich des Artikels in der neuen preußischen Zeitung vom 12. Oktober mit der Überschrift „städtische Bank und Kirchengut“ überwies die Versammlung auf den hinreichend unterstützten Antrag des Justizrats Herrn Gräff einer besonderen Kommission mit dem Auftrage, den von Herrn Ludewig gestellten Antrag einer Prüfung zu unterwerfen, und sowohl über deren Resultat als über die prinzipielle Frage, inwiefern die bei Fassung eines Beschlusses in geheimer Sitzung anwesenden Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung zur Geheimhaltung eines solchen Beschlusses verpflichtet seien? in der nächsten Sitzung gutachtlich zu berichten. In die Kommission sind gewählt die Herren: Busch, Burghart, Lüdke, Lückstädt, Galetschky, Siebig, Krug, Lindner, Voigt, Wolter und Gräff.

Von der Kirchen- und Schulen-Kommission lagen zwei Gutachten vor, über das Gefuch mehrerer Bewohner der Schweidnitzer Vorstadt um Vermittelung, daß sie ihre kleinen Töchter in die Privatschule des Lehrers Herrn Rudeck schickly schicken dürften, und über den für die beiden Elementarschulen in dem neuen Schulhause in der Tauenzienstrass entworfenen Etat auf die Zeit vom 1. Oktober bis ult. Dezember 1849. Referent war Herr Beyer II. In Betreff des Gefuchs trug die Kommission darauf an, daß die Versammlung dasselbe beim Magistrat befürworten möchte; in Betreff des Etats lautete das Gutachten, daß gegen denselben nichts zu erinnern sei und empfahl die Genehmigung mit dem Beifügen, draf auf anzutragen, daß der erste Lehrer an der katholischen zweiklassigen Elementarschule vom 1. Januar 1850 ab mindestens so hoch bezoldet werde, als der zweite Lehrer an der evangelischen dreiklassigen Elementarschule. Beide Gutachten erhob die Versammlung zum Besluß unter Erweiterung des letzteren durch den Antrag, Magistrat möge von der Schulen-deputation untersuchen und prüfen lassen, ob nicht die Anstellung einer Lehrerin in weiblichen Arbeits an der katholischen Elementarschule ebenfalls ein Bedürfnis sei.

Herr Dr. Davidsso referierte über die von der Hospital- und Waisenhaus-Kommission vorgenommene Untersuchung, ob die Anlage einer Kohlenfeuerung in der Küche des Krankenhaus zu Alerhellen, nach Beschaffenheit der Dertlichkeit, zulässig sei. Die Kommission räumte, gestützt auf das Urtheil von Baukundigen, welche sie bei der Lokalrecherche zugezogen hatte, die Zulässigkeit zwar ein, bezweifelte aber die Errichtung des beabsichtigten Ersparnisses, weil die Kohlenfeuerung den Umbau des erst im vorigen Jahre einer Hauptreparatur unterworfenen Heerdes und die Anschaffung gusseiserner Kochgeschirre erfordere, wozu ein Anlage-Kapital von mindestens 600 bis 800 Thlrn. bewilligt werden müsse.

Die Zinsen von diesem Kapital mit der Ausgabe für den auf mehr als eine Tonne täglich zu veranschlagenden Kohlenbedarf würden dem gegenwärtigen Aufwande ziemlich gleich kommen, da nach genauer Ermittelung täglich eine Bierkelkaster Holz in der Hospitalküche konsumirt werde, der Werth dieses Holzes aber nicht über 5 Thaler für die Kasten zu veranschlagen wäre, indem es nur aus den geringeren Sorten des Hospital-Horste bestehet, nach denen von Seiten der Privaten kein großer Begehr sei. Die Versammlung war mit der Ansicht der Commission zwar nicht völlig einverstanden, entschloß sich indes dafür, die Anlage zur Kohlenfeuerung in der Hospitalküche so lange zu verschieben, bis der Heer eine Hauptreparatur oder einen Neubau nothwendig machen werde. Zwei andere Vorschläge der Commission, betreffend die Beseitigung der sogenannten Theeküchen in den einzelnen Krankensälen und die Einrichtung der Defen in einigen Krankenstuben zur Kohlenfeuerung wurden angenommen und zum Besluß erhoben.

Das Gutachten der Stadtbaudeputation über die in einer früheren Sitzung beantragte Abhilfe der Nebelstände, welche das Orlaubete bei trockener Jahreszeit erzeugt, sprach sich dahin aus, daß man bei Neubauten an der Orlau auf Anlegung von Senkgruben und Kassation der in die Orlau mündenden Kloaken dringen, bei niedrigem Wasserstande durch Einschüben der Gerinne der oberen Spannung Oderwasser in das Orlaubette bringen und von Zeit zu Zeit durch Straßenanschlag die Bekanntmachung in Erinnerung bringen müsse, welche die Verunreinigung der Orlau verbietet. Die Deputation versprach demnächst ein Projekt für die gründliche Beseitigung der Nebelstände auszuarbeiten und vorzulegen. Die Versammlung trat den Vorschlägen der Deputation bei. — Ein Gutachten derselben Deputation entwickelte die Gründe, aus denen die ebenfalls in einer früheren Sitzung auf das schriftliche Gesuch einiger Hausbesitzer in der Schweidnitzer Vorstadt beantragte Pflasterung der Agnesstraße von der Commune für jetzt nicht übernommen werden könne. Die Straße ist Privatstraße und die Übernahme derselben von den Adjacenten zuerst zu bedenken, daß sie von den Adjacenten zuerst gepflastert werden müsse. Dies ist bis jetzt noch nicht geschehen. Die gegenwärtigen Besitzer der dort erbauten Häuser werden deshalb von der Polizeibehörde auch angehalten, die Straße mit Schutt zu befüllen, um eine Abwasserleitung derselben zu ermöglichen. Die Deputation hält übrigens die Pflasterung der Straße, wegen der geringen Passage darauf, für kein dringendes Bedürfnis, glaubt vielmehr, daß die von den Wässer zu bewerkstelligende Erhöhung durch Schutt zur Erhaltung vorläufig genüge. Die Versammlung erklärte in Folge dieser Auskunft ihren früheren Antrag für erledigt und ging den Magistrat an, die Petenten auf ihre Vorstellung der Sachlage gemäß zu bescheiden.

Magistrat hatte der Versammlung eine von ihm entworfene Petition an die Kammer, betreffend die Unwendbarkeit des Gesetzes vom 11. Juli auf die Dienstvergehen der Gemeindebeamten, mit dem Antrage zugestellt, sich über den Beitritt zu der Adresse zu erklären. Die Petition geht von dem Gesichtspunkte aus, daß durch das Gesetz vom 11. Juli, betreffend die Dienstvergehen der nicht richterlichen

Beamten, auch die rechtliche Stellung der Gemeindebeamten einer durchgreifenden Veränderung unterworfen wird; im Interesse der letzteren trägt sie die rege gewordenen Bedenken gegen einzelne Bestimmungen des Gesetzes vor und weist darauf hin, daß durch dessen Anwendung auf die Gemeindebeamten die als Bedürfnis allseitig anerkannte Selbstständigkeit der Gemeinden beeinträchtigt werden würde. Eine solche Beeinträchtigung erblickt sie, in der durch jenes Gesetz dem zeitweiligen Ministerium beigelegten Befugnis, den Gemeindebeamten zu zwingen, die Gemeinde-Angelegenheiten, statt im Sinne und Geiste der Gemeindeglieder in dem des Ministeriums zu verwalten, will er nicht seines Amtes entzieht werden, in der Anwendung des Grundgesetzes, den die Verordnung vom 11. Juli aufstellt und durchführt, auf die Gemeindebeamten, indem dieselbe einer Aufhebung des den Gemeinden zugestandenen Wahlrechts völlig gleich kommt, in ihren Folgen aber noch schlimmer als diese sei, weil dadurch der Gemeindebeamte in einen unhilflichen Zwiespalt versetzt werde. Denn wie soll er seine Verantwortlichkeit gegen die Gemeindevertretung mit seiner unabdingten Abhängigkeit von der Staats-Regierung vereinbaren, wenn die Anforderungen beider in Hinsicht auf Gesinnung und Wahl soviel, wie auf die Ausübung seines Amtes, sich vielleicht direkt widersprechen und eine Grenze für die Einwirkung der Staats-Regierung gefährlich nicht festgestellt ist? Die Adresse erachtet sonach die Gleichstellung der Gemeindebeamten hinsichtlich der Voraussetzungen ihrer Staatsbarkeit und Abegbarkeit mit den Staatsdienern als dem Geiste des Gemeindelebens durchaus widersprechend und als von dem Staatsinteresse nicht gefordert, da die Gemeindebeamten nicht eigentliche Organe der Regierung sind. Analog das bei Disciplinar-Untersuchungen vorgeschriebene Verfahren, so zeigt sie, daß die Gemeindebeamten entschieden nachtheiliger gestellt sind, als die Staatsdiener, indem diese von Behörden gerichtet werden, die auf den gleichen Prinzipien mit ihnen ruhen, während die Gemeindebeamten, vor diesen Richter gestellt, diese unmöglich als ein Gericht von Genossen ansehen können, und nicht die Verhügung haben, daß das subjektive Ermessens, welches über ihr Schicksal entscheidet, auf die genaue Kenntnis und Würdigung aller thathaften Voraussetzungen sich gründen wird. — Im Interesse eines gesunden Staatslebens, im Interesse des Conservatismus wird das Verlangen gestellt, daß nicht durch Ausdehnung des Gesetzes vom 11. Juli auf die Gemeindebeamten, das Weigewicht der jedes Mal herrschenden Partei auf alle Theile des Staats-Organismus lähmend drücke, daß nicht Heuchelei und Servilismus das Gemeindeleben überwuchern, daß vielmehr freie und selbstständige Organe erhalten werden, welche in Zeiten der Gefahr durch ihre Freimüthigkeit die Regierung vor einseitiger Richtung bewahren und dadurch Katastrophen vorbeugen, unter deren Erschütterungen die Gegenwart noch leidet. Die Kammer werden angegangen: die Unwendbarkeit des mehrverhängten Gesetzes auf die Gemeindebeamten auszuschließen, deren Verhältnisse durch ein besonderes auf die Freiheit und Selbstständigkeit der Gemeinde gegründetes Gesetz zu regeln, falls aber die Entscheidung über ihre Dienstvergehen in die Hände unmittelbarer königlicher Verwaltungs-Beamten zu legen. — Die Versammlung schloß sich dieser Petition durch Mitvollziehung an.

Die Redaktions-Kommission der Stadtverordneten.  
Dr. Gräßer. Krug. Galetschky.

† Breslau, 27. Oktober. [Polizeiliche Nachr.] In dem Zeitraum vom 22. bis 26. d. M. wurde ein in einer Kammer in dem Hause Nr. 15 am Ringe, in welche Diebe mittelst Einsteigens durch ein Fenster gelangt waren, gestandener Schuh gewaltsam erbrochen und aus demselben 80 Rtl., bestehend in doppelten und einfachen Louisd'ors, Dukaten und Thalerstückchen, eine goldene Kette mit einer mit Diamanten besetzten Broche, 60 Rtl. an Werth, ein silbernes mit blauen Steinen besetztes Armband, ein Paar goldene Ohrringe, ein goldener Siegelring mit Gold-Lopas und drei goldene diverse Ringe gestohlen.

Am 26. wurde von einem auf der Karlsstraße gestandenen Wagen ein Ballen mit verschiedenen leinernen Waren entwendet.

In der Nacht vom 26. zum 27. wurden mittelst Herausbrechens einer starken eisernen Stange, welche vor ein Kellerfenster des in der Weißgerbergasse befindlichen Hauses Nr. 1 angebracht war, aus dem Keller 100 Flaschen Rothwein, 4 Flaschen Champagner, 2 Centner Soda-Seife und verschiedene andere Colonial-Waren gestohlen.

In der beendigten Woche sind (excl. eines todgeborenen Mädchens) von hiesigen Einwohnern gestorben: 26 männliche, darunter 5 an der Cholera, und 25 weibliche, zus. 51 Personen. Von diesen starben an Abzehrung 4, Alterschwäche 3, Bräune 1, Cholera 5, Lungenentzündung 1, Unterleibsentzündung 2, Scharlachfeier 1, nervösem Fieber 1, Zehnfieber 1, Unterleibsleiden 2, Herzleiden 1, Krämpfe 5, Krebschaden 1, Keuchhusten 1, Lungenlähmung 1, Lebenschwäche 2, Schlagfluss 3, Stickfluss 1, Ruhr 1, Lungenschwinds. 3, Luftröhrenschwinds. 5, Typhus 1, Brustwassersucht 1, Gehirnwassersucht 1, allg. Wassers. 2. Unter diesen starben in öffentlichen Krankenanstalten und zwar in dem allgemeinen Kranken-Hospital 7, in dem Hospital der Elisabethinerinnen 2, und in dem Hospital der barmherzigen Brüder 3. Den Jahren nach befanden sich unter den Verstorbenen unter 1 Jahre 19, von 1 bis 5 Jahren 11, von 5 bis 10 Jahren 1, von 10 bis 20 Jahren 3, von 20 bis 30 Jahren 4, von 30 bis

40 Jahren 8, von 40 bis 50 Jahren 8, von 50 bis 60 Jahren 3, von 60 bis 70 Jahren 5, von 70 bis 80 Jahren 3, von 80 bis 90 Jahren 1.

Stromabwärts sind auf der oberen Oder hier angekommen: 25 Schiffe mit Eisen, 23 Schiffe mit Zink, 32 Schiffe mit Steinkohlen, 2 Schiffe mit Gyps, 4 Schiffe mit Weizen, 2 Schiffe mit Raps, 77 Schiffe mit Brennholz, 2 Schiffe mit Nugholz, 1 Schiff mit Zinkblech, 1 Schiff mit Kalksteinen, 1 Schiff mit Gerste, 1 Schiff mit Rappskuchen, 1 Schiff mit Mehl, 1 Schiff mit Steinsalz, 1 Schiff mit Brettern, 16 Schiffe mit Ziegeln, 18 Gänge Bauholz und 4 Gänge Eisenbahnschwellen.

**Breslau**, 27. Oktbr. [Adresse an das Ministerium.] Die für heut Abend 6 Uhr nach dem kleinen Saale zum „König von Ungarn“ berufene Versammlung war von etwa 12 Mitgliedern besucht. Gegenstand der Berathung waren zwei Adressen, von denen eine dem Minister-Präsidenten, die andere dem Minister v. Manteuffel am Jahrestage des Eintritts des jüngsten Ministeriums überreicht werden soll. Herr v. Quernheim legte zwei Adressentwürfe vor. Eine Kommission von 4 Mitgliedern wurde mit deren Redaktion und weiteren Ausführung betraut. Beide Adressen sollen behufs Sammlung von Unterschriften in den Vereinen hiesiger Stadt wie der Provinz die größtmögliche Verbreitung finden, und dann dem Abgeordneten des Landkreises, Major Wallmouth, zur Überreichung an die Herren Minister über sandt werden. Die oben erwähnte Kommission besteht aus den Herren: Generalleutnant v. Safft, Eisenbahndirektor Lehwald, v. Neglein und Löwi (Vertreter des Landwehrvereins.)

### Theater.

Das neue Lustspiel von Löffler, „Rosenmüller und Finke,“ das am Freitag zum ersten Mal auf unserer Bühne gegeben wurde, hat zunächst den negativen Vorzug, daß es nicht mit dem Anspruch auf große Bedeutung auftritt. Das Lustspiel provoziert keine Tendenzen, sondern gibt sich als ein harmloses Produkt der guten Laune und Unterhaltung und bringt mit dieser schmucklosen Einfachheit schon ein wohlthuendes Gefühl in dem Zuschauer hervor. Aber auch der positive Werth des Stücks ist nicht gering anzuschlagen, wenn man dasselbe nämlich mit dem Maßstab beurtheilt, mit dem es eben nur gemessen sein will. Das Stück will unterhalten, und es erreicht dieses im vollen Maße, trotz des eigentlich gehaltlosen Stoffes. Die ungesuchte Intrigue spinnt sich wie ein leichter Faden durch das ganze Stück fort; die Situationen sind gerade nicht spannend, aber durchweg von einer heiteren und muntern Färbung, so daß wir von Anfang bis zu Ende in bester Laune verbleiben. Höchst geschickt ist die Zeichnung der Charaktere gerathen, deren mannigfache Kontraste den stofflichen Mangel sehr reichlich ersetzen. Leicht hingeworfen, wie diese Zeichnung es ist, enthält sie doch so manches Typische und Originelle, das uns sehr ergötz hat.

Allerdings kommt es bei solchen Stücken am meisten darauf an, daß die Darstellung, die in leichten Umrissen gegebenen Züge zu einem vollen Bilde gestalte, und wir freuen uns, sagen zu können, daß die stattgehabte Darstellung auf unserer Bühne diese Anforderung zur besten Zufriedenheit ausgeführt hat.

Herr Kläger (Kaufmann Bloom) war von Schreitel bis Sohle das Abbild eines kaufmännischen Geistes, ausgestattet mit allen jenen feinen Schattenzügen, vermöge deren das gestaltende Talent jeder Figur das Gepräge der Wahrheit giebt. Der Gegensatz dieses Charakters, Hauptmann Bloom, wurde durch Herrn Kellek sehr wirksam zur Anschauung gebracht. Nicht minder trefflich wurden die Gegensätze der beiden Söhne der Bloom dargestellt. Herr Baumeister, der vollendete Kavalier, in Haltung wie in Sprache; Herr Guinand, der musterhafte hasenflüchtige Kaufmann. Eine höchst ergötzliche, wenn auch nur episodenhafte Figur, ist der Komptoirist „Habermann,“ der mit seinen trocknen Wissen den Principal zur Verzweiflung bringt. Herr Schöbel versteht solche Rollen ganz brav zu spielen.

Von den Frauenfiguren ist das Fräulein v. Kronau, das muntere, lebenslustige Mündel des Kaufmanns Bloom, die bedeutendste, wenn auch nicht bedeutend. Fräulein Heyne spielt sie nicht ohne Humor. Fräulein Schwelle, Madame Stosz und Madame Baumeister führen ihre untergeordneten Partien ebenfalls mit Geschick aus; nicht minder Herr Stosz als Großhändler aus der Residenz.

Das Publikum nahm das Stück mit vielem Gefallen sehr freundlich auf und rief die Darsteller mehrere Male hervor.

M. R.

**Schweidnitz**, 25. Oktober. [Kämmererei verhältnisse.] Die Ereignisse des vorigen Jahres sind, wie bereits anderwärts bemerket worden, nicht ohne Einfluß auf die Kämmerereiverhältnisse der städtischen Kommune gewesen. Wie sich aus dem vor Kurzem im Druck erschienenen Berichte über die hiesige Kämmererei-Verwaltung über das Jahr 1848, der in sorgfältiger Ausführung den früheren gebührend

gewürdigten nicht nachsteht, ergiebt, so hat sich das Kämmerereivermögen um 4233 Rtl. 5 Sgr. 11 Pf. gemindert. Die wirkliche Einnahme hat sich auf 59,132 Rtl. 13 Sgr. belaufen, die Ausgabe auf 64,697 Rtl. 18 Sgr. 6 Pf.; Vorschüsse waren am Ende des Jahres 1847 vorhanden 632 Rtl. 26 Sgr. 2 Pf., am Ende des Jahres 1848 dagegen 1964 Rtl. 25 Sgr. 9 Pf.; bringt man die am Ende des Monats Dezember vorhandenen mehreren Vorschüsse von 1331 Rtl. 29 Sgr. 7 Pf. von der Ausgabe in Abrechnung, so ergiebt sich die oben genannte Summe für die wirkliche Verminderung des Kämmerereivermögens. Die ausgeliehenen Kapitalien der Stadt haben sich zu Ende des Jahres 1847 belaufen auf 11,710 Rtl. 14 Sgr. 10 Pf., zu Ende des Jahres 1848 auf 8705 Rtl. 8 Sgr. 5 Pf.; die Passiva betrugen zu Ende des Jahres 1847 2000 Rtl., durch die neu aufgenommene Schuld von 3000 Rtl. wuchsen dieselben auf 5000 Rtl. Der Fond der Dienstablösungskasse betrug zu Ende vor Jahres 119,159 Rtl. 14 Sgr. 5 Pf., von welcher Summe 109,146 Rtl. 25 Sgr. 4 Pf. durch wirkliche Ablösungen, 10,012 Rtl. 19 Sgr. 1 Pf. durch Ersparnisse erworben waren. Von dem Ablösungsquantum kommen 55,600 Rtl. auf abgelöste Spanndienste, 75,077 Rtl. 25 Sgr. auf abgelöste Handdienste, 37,077 Rtl. 17 Sgr. 4 Pf. auf abgelöste Kaufdienste und Marktgroschen, 6,666 Rtl. 5 Sgr. 3 Pf. für abgelöste Naturalzinsansetzefälle, 2232 Rtl. 10 Sgr. 9 Pf. für abgelöste Erb-, Schulter- und Hühnerzinsen, Jagdgeld u. s. w. — An beständigen Gefällen kommen zur Einnahme 2804 Rtl. 15 Sgr. 10 Pf., an unbeständigen 845 Rtl. 2 Sgr. 11 Pf. Die Verwaltung des Steinbruchs zu Nitschendorf brachte 263 Rtl. 28 Sgr. 2 Pf., die des Stadttheaters 170 Rtl. 29 Sgr., die des Aichungsamtes 34 Rtl. 27 Sgr., die des Marstalls 307 Rtl. 29 Sgr. 5 Pf., die des Naturalzinsamtes 1505 Rtl. 24 Sgr. 8 Pf., die der Stadtmage 211 Rtl. 10 Sgr. Nebenschuß; an Pacht- und Administrationsgefällen gingen ein 267 Rtl. 13 Sgr. Die Verwaltung der Stadtziegeli ergab einen Überschub von 2306 Rtl. 12 Sgr., die der Forsten 7846 Rtl. 24 Sgr. 5 Pf.; bei der Bauverwaltung war ein Zuschuß von 12,162 Rtl. 19 Sgr. erforderlich. An Gerichtsgefällen wurden eingenommen 2754 Rtl. 15 Sgr. 5 Pf., an Komunalabgabenbeiträgen, 11,156 Rtl. 21 Sgr. 7 Pf., an Kommunalzuzuschlagssteuer 4127 Rtl. 8 Sgr. 11 Pf.; das Dritttheil des Mehrertrages der Mahl- und Schlachsteuer, das für die Monate April bis Dezember 1848 von dem hiesigen königl. Haftsteueramt an die Kämmererei gezahlt wurde, belief sich auf 3116 Rtl. 9 Sgr. 5 Pf. Die Rekte, die bei den gesammelten Einnahmen am Ende des Jahres 1848 verblieben, belaufen sich auf 3989 Rtl. 19 Sgr. 5 Pf. An Besoldungen, Diäten, Pensionen, Prämien und Neujahrsrelatiusgeldern wurden verausgabt 11,513 Rtl. 1 Sgr. 5 Pf., an öffentlichen Abgaben und beständigen Gefällen 1352 Rtl. 19 Sgr. 5 Pf., an publischen Stadtunkosten und Bedürfnissen für das Rathaus 3116 Rtl. 6 Sgr. 4 Pf., an Kriminal- und Prozeßkosten 1479 Rtl. 3 Sgr. 8 Pf., an Armen- und Wohlthätigkeits-Anstalten 4795 Rtl. 24 Sgr., von denen 4020 Rtl. 26 Sgr. 1 Pf. der Stadt-Armenkasse zuflossen; für die Verwaltung der Kirchen und Schulen wurde aus der Kämmererei ein Zuschuß von 4107 Rtl. 19 Sgr. 3 Pf. gewährt. Die Ausgaben für die Kirchen erstreckten sich, da das Patronatsrecht von besonderen Korporationen ausgetheilt wird, nur auf Öffertönen, sixtie Holzzelde und Neujahrsrelatiusgelder.

\* **Wien**, 23. Oktbr. Um zweiten Tage der fünfzehnten Sitzung der zweiten Schwurgerichtssession (periode) hierselbst treten in der Wanselowschen Prozeßangelegenheit 16 neue Zeugen auf. Ihre Aufgabe ist, über die in vorigem Herbst zu Löwenberg, Gebhardsdorf, Ullersdorf und Spiller abgehaltenen Volksversammlungen nähere Auskunft zu geben, resp. Zeugnis abzulegen, was der Angeklagte dabei für eine Rolle gespielt habe. Verschiedene Aussagen, welche der ic. Wanselow in der Voruntersuchung gethan und in der gegenwärtigen Sitzung von dem Präsidenten zum Vortrage gebracht werden, erfahren von dem Angeklagten entweder eine Berichtigung oder gänzliche Negirung. Die Aussagen der 16 gegenwärtigen Zeugen sind eben so unklar und unsicher wie diejenigen, welche am Tage zuvor gethan wurden. Viele haben dieses und jenes sprechen hören, können aber nicht behaupten, ob es aus dem Munde des Angeklagten geflossen, oder der Ausdruck eines Andern gewesen sei. Einige sind sogar weder Augen noch Ohrenzeugen von dem gewesen, was in den bezeichneten Volksversammlungen vorgekommen sein soll. Ihr unsicheres Wissen um die fragliche Angelegenheit basirt sich nur auf Hörensagen und die mitunter gewiß sehr falschen Mittheilungen Anderer. Der eine Zeuge behauptet sogar, daß ihm und Andern in der Voruntersuchung Worte zur schriftlichen Niederlegung in den Mund gegeben worden seien, die er gegenwärtig als ehrlicher Mann durchaus widerrufen müsse. Der Angeklagte habe weder über noch gegen den König gesprochen; es könne daher auch bei ihm von keiner Majestätsbeleidigung die Rede sein. Die Gesamtaussagen bilden wiederum einen großen Wirrwarr, ein Durcheinander, was sich sehr schwer ordnen und in ein Verhältnis bringen lassen dürfte, durch dessen Beschauung ein sicheres Urtheil zu fällen wäre. Der Angeklagte, der Gerichtshof, der Staatsanwalt und die Geschworenen haben in dieser öffentlichen Prozeßverhandlung eine fürchterliche Geduldsprobe zu bestehen. Die Zeugenvernehmung erreicht kein Ende. Es werden nach den 16 vernommenen am dritten Tage wiederum 15 neue ins Feuer geführt. Die meisten davon sind Entlastungszeugen und stellen den Angeklagten zum Theil in einem Lichte dar, dessen Schein sehr zu dem Glauben berechtigt, der Angeklagte müsse für nicht schuldig erklärt werden. Die Bertheidigungsrede des Defensors ist sowohl in rhetorischer als juridischem Hinsicht ein Meisterstück zu nennen. Eine

schnellende Dialektik und scharfe Begründung der entlastenden Fakta ziehen sich gleich einem fesselnden Bande durch dieselbe und geben wiederum der Hoffnung Raum, daß die eben nicht scharf begründete Schuld des Angeklagten fallen und das Verdict der Geschworenen auf nichtschuldig lauten werde. Dies ist aber nicht der Fall gewesen. Wanselow wurde für „schuldig“ erklärt und von dem Gerichtshof zu einer Gefängnisstrafe von 9 Monaten mit Unrechnung dreier Monate der neunmonatlichen Untersuchungshaft und zu den Prozeßkosten verurtheilt. Der Verurtheilte ließ sofort durch seinen Bertheidiger nach der Publikirung des Urtheils dem Gerichtshof die Einlegung der Nichtigkeitsbeschwerde mittheilen und eine 14tägige Freilassung gegen Kautio beantragen. Der Gerichtshof ist auf letzteres eingegangen und Wanselow heute Morgen mit Extrastop nach Löwenberg abgereist.

**Oppeln.** Im Dienst-Bereich des königl. Appellations-Gerichts zu Ratibor wurden ernannt: der Ober-Gerichts-Assessor Langer, zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Rybnik, und zum Notar im Departement des Appellationsgerichts in Ratibor; der Appellations-Gerichts-Referendarius Arndt, zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Rosenburg; der Kreis-Kandidat Wolff, zum Appellations-Gerichts-Auskultator. — Verlebt: der Auskultator Samberger und der Appellations-Gerichts-Referendarius Hirschberg zu Breslau, an das Appellations-Gericht in Ratibor. — Ausgeschieden: der Ober-Gerichts-Assessor Stökel zu Pleß, wegen seines Übertritts in den Verwaltungsdienst.

**Liegnitz.** Die kommissarische Verwaltung des Landrath-Amtes zu Löwenberg ist dem Kammer-Gerichts-Assessor v. Lüttich, und die des Landrath-Amtes zu Freistadt dem Regierungs-Referendarius Sachse bis auf Weiteres übertragen worden. — Der Hülfslehrer Baumgart zu Michelsdorf, Kreis Landeshut, zum Substituten cum spe succendi seines Vaters, des Cantors und Schullehrers in Michelsdorf, Kreis Landeshut; und der bisherige fünfte Lehrer an der Stadtschule zu Striegau, Hornig als Lehrer und Cantor an der evangelischen Schule und Kirche zu Liebau bestätigt.

### Mannigfaltiges.

— (Die Glitterwochen der Lola Montez) und des Herrn Heald haben ein schnelles Ende genommen. Ein Privatschreiben aus Tortosa berichtet, daß es zwischen dem jungen Chepaare bereits zu Debatten gekommen sei, die mit Thätlichkeit geendet hätten. Die Gräfin Landsfeld hat ihrem jungen Gemahl einen Dolchstich applicirt! Herr Heald jedoch bezweifelnd, daß dergleichen mit ehelichem Glück vereinbar sei, ist fogleich geslohen, und hat die waffenkundige Donna in einem Gathofe zu Tortosa ohne alle Hülfsmittel gelassen, so daß sie sich an den englischen Konsul hat wenden müssen. Wen gelüstet es, der Nächste zu sein? (Konst. 3.)

Kurhessens Verbrauch an Kriegs-Material ist massenhaft. Wie wenig aber auch dieser Posten gesucht wird, das zeigt folgende Anekdote: Als vor einiger Zeit Se. königl. Hoheit auf der Jagd den Oberst-Lieutenant v. Urf darauf anredete, daß er das Kriegs-Ministerium übernehmen möge, soll derselbe geantwortet haben: „Ich? lieber Steine klopfen!“ (Köln. 3.)

— C.B. [Zur Geschichte der elektro-magnetischen Telegraphen.] Seitdem die preußische Regierung, als die erste in Deutschland, die Benutzung des elektromagnetischen Telegraphen dem Publicum verstattet hat, sind über diese interessante Einrichtung mehrfache Angaben gemacht worden, die nicht ganz genau waren. Es scheint daher nicht überflüssig, diese durch folgende historische Mittheilung auf den wahren Sachverhalt zurückzuführen. In Preußen beschäftigte sich zuerst Dr. Kramer, Mathematiker und Physiker des Gymnasiums zu Nordhausen, mit der Konstruktion eines elektromagnetischen Telegraphen, und es gelang ihm, 1845 einen solchen auszuführen; derselbe war etwas komplizierter Natur und zugleich mit der Einrichtung versehen, die Depeschen auf einen langen Papierstreifen abzudrucken. Dr. Kramer trat seine Erfahrung gegen ein mäßiges Honorar an den jetzt verstorbenen Uhrmacher Leonhardt ab, welcher dieselbe bei der Einrichtung des Telegraphen der Thüringer Eisenbahn von Halle bis Eisenach anwandte. Dr. Kramer konstruierte nun nach einem neuen Prinzip einen anderen elektromagnetischen Telegraphen, ließ sich denselben patentieren und wandte ihn für die Niederschlesisch-Märkische, Köln-Mindener und Hamburger Bahn an. Die Konstruktion ist einfach, der Druckapparat, der zu dem überflüssig ist, blieb weg. Die dritte Konstruktion ist die des Artillerie-Lieutenants Siemens, welche bei der Linie nach Frankfurt a. M. und der Stettiner Bahn in Anwendung gekommen ist. Bei den Staats-Telegraphen ist die leichtere Konstruktion beliebt worden. Zugleich hat Lieutenant Siemens mit seiner Konstruktion die Isolierung der Drahte von jedem den galvanischen Strom percolia vorgeschlagen, wodurch es möglich wurde, die Drahte, anstatt frei über der Erde auf Stangen zu führen, in die Erde zu legen. Eine Beschädigung derselben, die inmitten des Bahndamms



**Theater-Nachricht.**

Sonntag, 25ste Vorstellung des Abonnements von 70 Vorstellungen. Neu einstudiert: „Faust.“ Große Oper in 3 Aufzügen, Musik von Louis Spohr. — Personen: Faust, Herr Rieger, Mephistopheles, Herr Prawit, Graf Hugo, Herr von Rainer, Kunigunde, Fräulein Bünke, Gulf, Herr Puschmann, Wohlhalde, Herr Müller, Wagner, Herr Hirschberg, Moor, Herr Knebel, Kaylinger, Herr Mosewius, Nöschen, Fräulein Meyer, Franz, Herr Campe. Scydar, Frau Baumüller. Eine Hexe, Fräulein Teubert. (Für heute: Einlaß 5½ Uhr. Anfang 6 Uhr.)

Montag, 26te Vorstellung des Abonnements von 70 Vorstellungen. Zum 2ten Male: „Rosenmüller & Heinke“, oder: „Abgemacht.“ Lustspiel in 5 Aufzügen von Dr. Carl Löpfer.

**Berlobungs-Anzeige.**

Die am heutigen Tage geschlossene Verlobung meiner jüngsten Tochter Josephine mit dem Kaufmann Herrn Hugo Röthig hier, beehe ich mich, Verwandten und Freunden hierdurch ergebenst anzusehen.

Reichenbach i. S., den 25. Oktbr. 1849.

Berwittwete T. Neugebauer.

Als Verlobte empfehlen sich:  
Josephine Neugebauer,  
Hugo Röthig.

**Entbindungs-Anzeige.**

Die gestern früh glücklich erfolgte Entbindung meiner lieben Frau Agnes, gebornen Heinke, von einer gesunden Tochter beehe ich mich Freunden und Bekannten hierdurch anzusehen.

Kosel, den 25. Oktober 1849.

Himml, königl. Landrat.

**Todes-Anzeige.**

Das heute früh 3½ Uhr erfolgte Ableben meiner geliebten Frau Fanny, geb. Weisert, zeige ich tief betrübt Verwandten und Freunden, statt besonderer Meldung an.

Birnbaum, 24. Oktober 1849.

Schirach, Obergerichts-Assessor.

**Todes-Anzeige.**

Nach fünftätigem Krankenlager starb heute unsere brave, vielgeliebte Mutter, Schwieger- und Großmutter Rosalie Marie, geborn. Gräßer, in dem ehrenvollen Alter von 70 Jahren.

Ratibor, den 25. Oktober 1849.

Die tiefgebeugten Hinterbliebenen.

**Technische Section.**

Montag, den 29. October, Abends 6 Uhr. Herr Dr. phil. Schwarz über die königliche Gewehrfabrik in Suhl.

**Verein für Geschichte und Alterthum Schlesiens.**

Montag den 29. October um 6 Uhr, im Lokale der Gesellschaft für vaterländische Kultur (Börse, Blücherplatz). G. A. Stenzel, über das Steuerbewilligungrecht der schlesischen Stände bis zum Jahr 1740.

Montag, den 29. October um 6 Uhr General-Versammlung des Vereins für physiologische Heilkunde.

Meine populären physikalisch-chemischen Vorlesungen finden Dienstag und Donnerstag von 6—7 Uhr Abends im Elisabeth-Gymnasium statt und beginnen Donnerstag den 1. Novbr. Billets zu der ersten — physikalischen — Abtheilung von 12 Vorlesungen à 1 Ehre, sowie das Programm sind in den Buchhandlungen der Herren Kern und Schuhmann zu haben. Dr. Delbrück.

Hente, Sonntag den 28. October:

**Fünftes und vorletztes grosses Concert**

des Kapellmeisters

**B. BILSE**

mit seiner 34 Mann starken Kapelle  
**Im Concert-Saal**  
**Karls-Strasse No. 37.**

Aufang 4 Uhr. Ende 8 Uhr.

Zur Aufführung kommen u. a.: Die Waffenweihe aus den Hugenotten, — Ein Strauss von Strauss, — Potpourri aus Martha und die Ouvertüren zu Tell, Freischütz und Stradella.

Morgen, Montag den 29. Oct:  
**Sechstes und letztes Concert.**

Billets à 5 Sgr. sind in der königl. Hof-Musikalien-Handlung der Herren Ed. Bote u. G. Bock, Schweidnitzer Strasse No. 8, zu haben.

Sowohl unserm vollständigen **Musikalen-Leib-Institut**, als auch der reichhaltigen deutschen, französischen und englischen **Lesebibliothek** können täglich neue Teilnehmer unter d. billigsten Bedingungen beitreten. F. E. C. Leuckart in Breslau, Kupferschmiedstr. 13, Schuhbrück-Ecke.

**Buchhandlung Ferd. Hirt in Breslau (Ring Nr. 47.)**

Bei Ferdinand Hirt in Breslau (Naschmarkt Nr. 47), A. Kestler in Ratibor und A. E. Stock in Krotoschin ist zu haben:

**! Wichtige politische Denkschrift!!****Oesterreich, Preußen und West-Deutschland im Drei-Staaten-Bunde.****Zur Verständigung des deutschen Volkes.**

Dritte Ausgabe. Gehestet nur 5 Sgr.

Die dieser Ausgabe vorhergegangene Denkschrift, unter demselben Titel, hat überall, selbst im Norden, für dessen Bedürfnis sie am wenigsten berechnet gewesen, die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich gezogen. — Sie hat sich fast ausschließlich dort vergriffen. — Das dieser neuen Bearbeitung, bestimmt den Grundideen jener Schrift in den weitesten Kreisen Eingang zu verschaffen, dieselbe Aufnahme bereitet werde, ist nicht zu bezweifeln. Volksvertreter und Staatsmänner aller Nationen, die Grossdeutschen wie die Dreikönigsbündler, die geschlagenen Erbkaiserlichen, ja selbst die Regierungen werden diesem Vorschlage zur Gestaltung des deutschen Reichs ihre volle Beachtung nicht versagen können.

Bei Otto Wigand, Verlagsbuchhändler in Leipzig, erscheint und ist in Breslau bei Ferdinand Hirt (Naschmarkt Nr. 47), in Ratibor bei A. Kestler, in Krotoschin bei A. E. Stock, sowie in allen anderen Buchhandlungen zu haben:

**Der große deutsche Hausschab.**

Eine Quelle des Reichthums und der Wohlfahrt für Jedermann. Belehrungen und Aufklärungen über alle Zweige des menschlichen Wissens aus dem Gebiete der Naturwissenschaften, der Länder- und Völkerkunde, der Geschichte und Geographie, des Staats- und Völkerrechts, des Handels und der Gewerbe, der Haus- und Landwirtschaft, der Literatur und schönen Künste.

**Mit über 2000 in den Text gedruckten Abbildungen.** In Lieferungen v. 4 Bg. (à 16 Splt.) umfassend den Raum von 10 Oktav-Bg.

Preis einer Lieferung 3 Sgr.

Inhalt der ersten zehn Lieferungen: 1) Einleitung. 2) Die Sternkunde, von Dr. G. A. Jahn. 3) Über Seifenfabrikation und Beleuchtung, von Dr. R. Wagner. 4) Die socialistischen und Kommunistischen Lehren unsrer Tage, vom Professor L. Stein. 5) Die Entstehung der Erdoberfläche, vom Prof. Burmeister. 6) Erklärungen des Kalenders, von Dr. G. A. Jahn. 7) Der schwäbische Erdbeil oder das Südpol-Festland, von G. Winderlich. 8) Münzen, Maße und Gewichte aller Länder, von Dr. W. Hoffmann. 9) Die Chemie und ihre Anwendung auf Künste und Gewerbe, von Dr. R. Wagner. 10) Der gegenwärtige Standpunkt der Staatsökonomie, von Dr. G. Frank. 11) Die Homöopathie und das homöop. Heilverfahren, von Dr. Franz Hartmann. 12) Deutscher Volks- und Sittenspiegel, von G. Winderlich. 13) Die Hauswirthschaft in ihrem gesammten Umfange, von W. Löbe. 14) Die Lüsterscheinungen oder die Witterungslehre, von Dr. G. A. Jahn. 15) Die Kunst gesund zu leben, von Dr. G. A. Schubert. 16) Die Banken, Leihkassen, Sparkassen und Versicherungsanstalten aller Art. 17) Franklins Leben, Grundsätze und Lehren, nach dessen eigenen Schriften.

Jede Lieferung wird einzeln für 3 Sgr. verkauft.

In Breslau bei Ferdinand Hirt (Naschmarkt Nr. 47), in Ratibor bei A. Kestler, in Krotoschin bei A. E. Stock ist vorrätig, sowie durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

**Musenflänge aus Deutschlands Leierkasten.****Mit 160 Holzschnitten.**

Ein sehr spaßhaftes Büchlein. Unter den unendlich vielen Lieder- und Gedichtsammlungen einzig dastehend, enthält es fast nur Unsin, aber mit Bewußtsein gemachten Unsin und der verfehlte seine Wirkung nicht. Da findet sich die Wanderlust: „Nach Italien, nach Italien, möcht ich, Alter, jetzt einmaligen.“ Eduard und Kunigunde, das neue Lied vom Heceler, die Hüssten vor Naumburg, ein schönes neues Lied von dem weltberühmten Struwwel-Putsch, Fieschi, der graue Bösewicht, Eschel, der Ardentär und noch viele andere, alle mit feinen Holzschnitten geziert, für 10 Silbergroschen.

**Medicinische Schriften für Nichtärzte.**

Bei Ferdinand Hirt in Breslau (Naschmarkt Nr. 47), A. Kestler in Ratibor und A. E. Stock in Krotoschin sind zu haben:

**Die Engbrüstigkeit und das Asthma sind heilbar.**

Eine Darstellung dieser Krankheit in ihren Grundformen, ihren verschiedenen Arten und Verwickelungen mit organischen Verlegungen des Herzens, Katarrh, Verdauungsschwäche u. s. w. Oder praktische und theoretische Untersuchungen über das krankhafte Asthma, nebst Bemerkungen über das bei jeder Abart dieser Krankheiten besonders anwendbare Heilverfahren. Von Professor Francis Hopkins Ramadge, M. Dr. Mitglied der königlichen medicinischen Fakultät zu London, Oberarzte an dem Hospital für Asthma, Auszehrung und sonstige Brustkrankheiten ic. gr. 8. Geh. 15 Sgr.

**Dr. Belliol's radikale Heilung**

der Scrofeln, Flechten und galanteu Krankheiten, so wie alter chronischen Krankheiten des Kopfes, der Brust und des Unterleibes. Nebst Rathschlägen über die körperliche und geistige Erziehung der Kinder und über die Lebensweise der Greise.

Nach der siebenten Auflage. gr. 8. Preis 25 Sgr.

Vorstehendes Werk des berühmten Pariser Arztes hat in Frankreich so große Anerkennung gefunden, daß binnen wenigen Jahren sieben Auflagen davon erschienen sind. Es ist ein wahrhaft medicinisches Haus- und Hülfsbuch für Jedermann, da es alle die Krankheiten und Gebrechen behandelt, welche unsre Generation vorzüglich heimsuchen. Dr. Belliol zeigt, daß der Flechten-, Krä-, scrophulöse, venerische, blüsse, scorbutische und rheumatische Stoff nach der Reihe fast die einzige Quelle aller unsrer organischen Affectionen ist, und diesen vielverbreiteten chronischen Lebeln hat er seine besondere Aufmerksamkeit während seiner bedeutenden Praxis gewidmet.

**Champagner-Liqueur!**

Durch Bereitung dieses sehr gelungenen Champagner-Liqueurs glaube ich in der Kunst der Liqueur-Fabrikation das Außerordentlichte geleistet zu haben. Dieser Liqueur muss nicht nur schön, wie dieses der allerbeste Champagnerwein nur thun kann, schmeckt sehr angenehm und ist seines Aromas wegen sogar dem mousstirenden Wein vorzuziehen. Die Bouillies dürfen nicht, wie dieses beim Champagnerwein der Fall ist, sofort geleert werden, sondern können Monate und Jahre lang angebrochen dastehen, ohne in irgend einer Beziehung auch nur im mindesten zu leiden. Ich mache die Herren Aerzte auf diesen Liqueur ganz besonders aufmerksam, da er die Wirkung des Champagnerweins vollkommen erreicht und durch den Genuss dieses Champagner-Liqueurs es selbst dem ärmeren Kranken möglich wird, sich in Gefahr zu stärken und zu erquicken. Auch die Herren Konditoren dürften diesem Liqueur Beachtung schenken. — Der feste Preis für 2 Bouillies ist gegen Baarzahlung 20 Sgr. In meiner Frühstückstube, die so eingerichtet ist, daß sie selbst der feinste Mann ohne genüt zu sein, ruhig besuchen darf, lasse ich diesen Liqueur einzeln verabreichen, wodurch sich ein jeder sehr bald die Überzeugung verschaffen kann, daß ich über diesen Liqueur nicht zu viel gesagt.

Num., Sprit- und Liqueur-Fabrik von S. Tropowitz, Neumarkt Nr. 6, im fliegenden Adler.

**Altes Theater.****Wiener Affen-Theater.**

Heute Sonntag und Morgen Montag große Vorstellung der vierfüßigen Künstler-Gesellschaft. Zum zweiten Mal die Ascension oder das Thurmfest à la Kolter. Die Unterzeichne erlaubt sich einem geehrten Publikum ergebenst anzuseigen, daß ihr Aufenthalt hier nur noch von sehr kurzer Dauer sein wird, und dieselbe wird in diesen letzten Vorstellungen Alles aufstellen, um sich ein freundliches Andenken zu sichern.

Einlaß 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.

Johanna Schreyer.

Bei F. Kuhn in Eisleben ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben, in Breslau bei Gräf. Barth u. Comp., Herrenstraße 20:

National = Freiheits = Niederhalle.

Eine Sammlung der beliebtesten National-, Freiheits-, Vaterlands- und Wehrlieder für vierstimmigen Männergesang. 1. Heft. Preis 3½ Sgr.

Frohlich, Commers-Viederbuch für Deutschlands Liedertafeln. 2. Auflage. Preis 10 Sgr.

**Bekanntmachung.**

Behufs Verdingung des Landfracht-Transports der von dem unterzeichneten Montirungs-Depot an die königlichen Truppen und anderen Behörden zu versendenden Militär-Bekleidungs-rc. Gegenstände auf 3 Jahre, und zwar vom 1. Januar 1850 bis incl. den 31. Dezember 1852 ist ein Termin auf

den 30. Oktober d. J.

im Bureau derselben, Dominikanerpfl. Nr. 3, anberaumt. Die Annahme der verschiedenen Submissions-Differenzen findet nur im Termine in der Stunde

von 10 bis 11 Uhr Vormittags von den cautiousfähigen Interessenten selbst oder deren Bevollmächtigten statt, welche auch der Punkt 11 Uhr erfolgenden Öffnung derselben beiwohnen haben.

Die dieser Entreprise zu Grunde liegenden Bedingungen können während der Amtszeiten in dem gedachten Bureau eingesehen werden.

Breslau, den 23. Oktober 1849.

Königliches Montirungs-Depot.

**Bekanntmachung.**

Höherer Bestimmung zu folge sollen die in dem unterzeichneten Artillerie-Depot vorhandenen Gegenstände, welche zum Gebrauch bei der Artillerie nicht mehr geeignet sind und in Guß- und Schmiedeeisen, verschiedenen Schneide- und Bohrwerkzeugen, Feilen, Tauen, Stricken, Reitzeugstücken rc. bestehen, öffentlich an den Meistbietenden verkauf werden.

Es ist hierzu ein Termin auf den 1ten November d. J. Vormittags um 9 Uhr, im Sandzeughause auf der Sandstraße, angesetzt und werden Kauflustige dazu mit dem Bemerkern hierdurch eingeladen, daß der Kaufpreis nach erfolgtem Zuschlage gleichbaar erlegt werden muß.

Breslau, den 20. Oktober 1849.

Königliches Artillerie-Depot.

**Freiwilliger Verkauf eines Rittergutes.**

Zum Verkauf des Ritterguts Schönwalde hiesigen Kreises habe ich im Auftrage des Herrn Besitzers einen Termin auf den 1. November d. Vormittags

10 Uhr

anberaumt, und lade zahlungsfähige Kauflustige hierzu unter dem ergebensten Bemerk ein, daß die näheren Kaufsbedingungen bei dem Herrn Premier-Lieutenant Schröter zu Breslau, (Altüberstraße Nr. 46) sowie bei mir zu erfahren sind, daß jedoch der Termin nicht, wie früher angezeigt worden, in Schönwalde, sondern hier in meiner Kanzlei abgehalten werden wird.

Frankenstein, den 25. Oktober 1849.

Der königliche Rechts-Anwalt und Notar Ruppell.

**Bücher-Auction.**

Den 6. November c. Nachmittags 2 Uhr beginnt in Nr. 42 Breitestraße die Auktion der zum Nachlass des Dr. Weisschmidt gehörigen Bücher, und wird die folgenden Tage des Nachmittags fortgesetzt. Der Katalog ist in den Buchhandlungen der Herren Mor und Comp. und Göschorski, sowie beim Antiquar Schlesinger, Kupferschmiedestrasse Nr. 31 einzusehen. Bestellungen von Auswärtigen übernimmt der zuletzt gedachte Antiquar Herr Schlesinger.

Am Schlusse dieser Auction wird eine Sammlung Bücher des hieselbst verstorbenen Gehrs an der Realsschule, Dr. Steiner vor kommen; das Verzeichniß dieser Bücher wird später im Auctions-Kommissarius.

**Gelen-Verkauf.**

In dem hiesigen Walde beginnt der Verkauf von Gelen-Nugholzern rc. auf dem Stamm, am 1. November d. Kauflustige wollen sich an das Wirtschafts-Amt, oder an den Förster Stiller hieselbst wenden.

Hennersdorf-Peterwitz, Grottkauer Kreises, (1 Meile vom Bahnhof Bösdorf,) den 17. Oktober 1849.

Ein Lehrling, der die Spezerei-Handlung erlernen will, wird gesucht Ohlauer-Strasse Nr. 65, im Gewölbe.

# Dritte Beilage zu № 252 der Breslauer Zeitung.

Sonntag den 28. Oktober 1849.

## Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn.

Dem § 54 des Gesellschafts-Statuts gemäß werden:  
 a) die Baurechnungen nebst Belägen über die Verwendung von 13½ Millionen Thalern Aktien-Kapital,  
 b) die Betriebsrechnungen nebst Belägen für die Jahre 1845, 1846 u. 1847 vom 22ten d. M. ab auf 6 Wochen in der Hauptklasse auf dem hiesigen Bahnhofe der Gesellschaft zur Einsicht eines jeden Actionärs derselben ausgelegt sein. Wenn also innerhalb 14 Tagen nach der Auslegung, also bis zum 17. Dezember d. J., keine Erinnerungen der Actionäre gegen diese Rechnungen bei der Direktion oder dem unterzeichneten Verwaltungsrath eingehen, so werden wir über dieselben der Direktion Decharge ertheilen. Berlin, den 13. Oktober 1849.

Der Verwaltungs-Rath  
der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn-Gesellschaft.

## Für Gartenfreunde.

Die wenige Beachtung, welche zeither dem Weinbau hier im Allgemeinen gewidmet wurde, hat meiner besondere Vorliebe für diesen Zweig der Pomologie einen Impuls gegeben, ihm meine ungetheilte Aufmerksamkeit und rege Ausdauer zuzuwenden. Zu diesem Zwecke habe ich aus südlichen Gegenden viele neue vortreffliche Sorten bezogen, dieselben genau beobachtet und die Überzeugung gewonnen, daß in unserem nördlichen Deutschland noch so wenig gute Sorten bekannt sind, und so schöne herrliche Eseltrauben gezogen werden können. Um nun meine trefflichen Sorten allgemein verbreitet zu wissen, empfehle ich hiermit die jungen wurzelkräftigen Stöcke meiner Rebschule. Für jetzt bin ich im Besitz von 130 Sorten, für deren Rechtigkeit ich beim Verkauf bereitwillig Garantie leiste. Diejenigen Sorten, deren Früchte ich nicht selbst gezogen oder kennen gelernt habe, gebe ich nur dann ab, wenn dies geschehen. Kataloge mit genauer Beschreibung der Sorten werden Schuhbrücke Nr. 74 im Comtois gratis verabreicht. G. A. Held, Kaufmann.

## Ausverkauf.

Wegen gänzlicher Aufgabe des Geschäfts verkaufe ich meine sämtlichen Vorräthe von Tuch, Bouckskin und div. andern Waaren zu den billigsten, aber festen Preisen. E. Leinz, Elisabetstr. Nr. 5, im goldenen Lamm.

## Englische Wasch-Garnituren

in dunkelblauen, grünen, rothen und bunt chinesischen Mustern sind in allergrößter Auswahl vorrätig.

Durch direkte Verbindung mit engl. Fabriken, welche mir ausschließlich für ganz Deutschland ihre Niederlagen übertragen haben, ist es mir möglich, diese Waschservice in grösster Form, bestehend aus Wasserkanne, Waschbecken, Nachtgesirr, Zahnbürstenbehälter und Seifnapf zu den Preisen von 4, 5 und 6 Rtl. complet zu liefern, auch jedes zerbrochene Stück einzeln nachzugeben.

Aufträge von ausserhalb werden in Dutzenden so wie einzeln prompt ausgeführt. Berlin, im October 1849.

Julius Lange,

Markgrafenstrasse Nr. 45, Taubenustrassen-Ecke.

## Wirklicher Ausverkauf

von Damen- und Herren-Kleidungsstücken.

am Ringe (Naschmarkseite) Nr. 50, 2 Treppen.

Um mit meinem Bestande von Damen- und Herren-Kleidungsstücken aus meinem vor Kurzem niedergelegten Geschäft möglichst schnell zu räumen und dadurch die zum Lager dienende Wohnung zu weiterer Vermietung frei zu bekommen, verkaufe ich nachstehende Kleidungsstücke weit unter der Hälfte des Kostenpreises: 1) für Damen: seidene Hüllen für 10 bis 12 Rthl., Ganz-Lamahüllen für 7 bis 8 Rthl., Halb-Lamahüllen für 4 bis 5 Rthl. 2) für Herren: Bekleider, Westen u. dgl. Moritz Stern, am Ringe Nr. 50.

## Veritable Extrait d'Absinthe,

echt Schweizer Piqueur, bei Magenübeln, Unverdaulichkeiten sehr bewährt, gleichzeitig Präservativmittel gegen Cholera, empfiehlt sich wiederum und empfiehlt solchen die Originalflasche 1 Rthlr. Karl Brieger, Ohlauerstrasse Nr. 38, zu den 3 Kränzen genannt.

## Achte importierte Havannah-Cigarren

zum Preise von 25 bis 80 Rthlr.,

sowie ein gut assortiertes Lager von

## Hamburger und Bremer Cigarren

von 8 bis 20 Rthlr. empfiehlt einer gültigen Beachtung:

J. W. Seppelt,  
Schweidnitzerstrasse Nr. 4, im grünen Adler.

Die Preßhesen-Fabrik des Dominium Gießmannsdorf bei Neisse empfiehlt beim Beginne der Brennperiode den Herren Brennereibesitzern ihre täglich frisch fabricirte triebkräftige Preßhese, und werden Aufträge sowohl direkt als auch von unserer Haupt-Niederlage des Hrn. W. Schiff in Breslau prompt ausgeführt.

## Echtes Gallipoli-Baumöl (Lecceröl)

Moritz Werther und Sohn, Ohlauerstrasse Nr. 8.

offiziell billigt: Zu ganz herabgesetzten Preisen wird auf dem alten öberschlesischen Kohlenplatze wegen baldiger Räumung desselben ein noch bedeutendes Quantum Steinkohlen verkauft.

Einem geehrten Publikum empfiehlt ich mein neu errichtetes Spezerei-Waaren, Cigarren- u. Tabak-Geschäft

Ohlauerstrasse Nr. 65.

Robert Raymond.

## Achte Apollo-Kerzen, à 11 Sg.,

4, 5, 6 u. 8 Kerzen pro Packet, bei Abnahme von 10 Packeten à 10½ Sgr., bei grösseren Partien noch billiger empfiehlt:

Eduard Nickel, Albrechtsstraße Nr. 7,

im Segen Jakobs, im 2. Viertel vom Ringe, das die Haus v. d. Ecke der Schuhbrücke.

Unser eifriges Bestreben, unsere werten Kunden stets gut zu bedienen, hat uns veranlaßt, bei dem jetzt so starken Begehr nach

## Mänteln, Mantelets und Mantillen

in unserem Geschäftslökle eine solche Einrichtung zu treffen, daß jede der geehrten Käuferinnen bei noch so großem Andrang mit der größten Bequemlichkeit bedient werden kann. Wir machen ein sehr geehrtes Publikum mit dem ergebenen Be- merken darauf aufmerksam, daß wir jetzt im Besitz aller unserer aus Paris gesandten Modelle sind, und solche unter persönlich geleiteter Aufsicht in unserm Atelier so täuschend kopiren lassen, daß es schwer fallen dürfte, Original von Kopie zu unterscheiden.

Gleichzeitig erlauben wir uns, außer unserem großen Lager von Seiden- und Wollenstoffen, sowohl in glatt, karriert und gestreift, auch auf acht französische Chibets in allen Couleuren, von welchen wir das so beliebte Isly besonders erwähnen, aufmerksam zu machen. Napolitains in reiner Wolle und in den neuesten Dessins sind ebenfalls in sehr reicher Auswahl vorrätig.

## Gebrüder Littauer,

Ring Nr. 42, erste Etage.

Unter Lager eleganter fertiger Damen-Mäntel, Burnusse und Vintes ist durch neue Sendungen auf das Vollständigste assortirt, so daß wir neue und geschmackvolle Dessins zu dem Preise von 6 Rtl. an liefern, auch empfehlen wir unser stets assortirtes Lager französischer und sächsischer Stickereien, Gardinen- und Negligezeuge, wie auch eine große Auswahl Steppröcke zu den billigsten Preisen.

## Jungmann Gebrüder,

Naschmarkt Nr. 52, Stockgassen-Ecke



## Preußische National-Cigarren

100 Stück 1 Rthl. 15 Sgr.

25 Stück in eleganten Cartons 12 Sgr.,

empfiehlt: J. W. Seppelt,  
Schweidnitzerstr. Nr. 4, im grünen Adler.

Damen-Mäntel, Burnusse und Mantelets, nach den neuesten Pariser und Wiener Modells treu kopiert, von den diesjährigen beliebtesten Stoffen in Seide und Wolle sauber gearbeitet, sind in großer Auswahl und billig vorrätig bei

## Joseph Prager,

S. Ohlauerstrasse 8.

NB. Auch werden Bestellungen hierauf in kürzester Zeit plünktlich besorgt.

## Ein Landgut

in einer sehr freundlichen Gegend dieser Provinz, nicht fern vom Riesengebirge belegen, wird zum Kauf angeboten. Das Gut enthält ein Areal von circa 150 Magdb. Morgen des fruchtbarsten Bodens an sorglich bestelltem Ackerland, ergiebigen Wiesen, Obstgärten und gut bestandenem Eichen- und Birkenholz, nebst einem Inventar von 15 jungen Kühen, 4 tüchtigen Ackerferden und vollständigem Wirtschafts-Geräth. Die geräumigen Hofsgebäude sind massiv und in gutem Stande; das zweistöckige, ebenfalls massive schöne Wohnhaus ist mit 9 heizbaren Zimmern so bequem als anständig eingerichtet. Der Preis für dieses Gut ist zu 12,000 Rthl. normirt; die Einzahlung auf ein Drittel der Kaufsumme, unter Vorbehalt näherer Vereinbarung, vorläufig bestimmt.

Durch Familien-Verhältnisse zu einer Veränderung des Wohnorts veranlaßt, wird eine baldige Realisierung des beabsichtigten Verkaufs gewünscht. Anmeldungen werden unter der Adresse A. Z., poste restante Glogau, portofrei erbeten, wonach spezielle Auskunft über die Verhältnisse dieses Gutes und erforderlichenfalls eine Situations-Zeichnung der ganz geschlossenen Grundfläche, so wie eine bildliche Darstellung der Lage des Wohnhauses mit den Hofgebäuden eingesendet werden wird.

## Zwei junge Mädchen.

Zwei Mädchen, gebüttet und solide erzogen, im Stick- und Weißnähen und andern Handarbeiten sehr geübt, wünschen in irgend einem Ladengeschäft unter annehmbaren Bedingungen engagiert zu werden.

Nähere Mittheilungen werden Nikolaistrasse Nr. 15, im Laden erhalten.

!! E. Brück, Schneidermeister !!  
Karlsstrasse Nr. 27, in der Fechtshule, oder auch Karlsstrasse Nr. 21, im Haustaden, empfiehlt sich als Tuchstopfer und reinigt zugleich alle möglichen Flecken in Tuch, Wolle, Seidenzeug und Wäsche sauber, und gibt ihnen dauerhaften Glanz wieder. Alles zum billigsten Preise.

## Conditorei.

Wir erlauben uns ganz ergebenst, ein geehrtes Publikum zu benachrichtigen, daß von heute ab auch bei uns die Einrichtung getroffen worden ist, den Herren Gästen in unserem Lökle das Rauchen gewöhnen zu können und empfehlen wir unser Etablissement unter Versicherung guter Bedienung, nebst zeitgemäßen Preisen einer gültigen Beachtung und bitten um zahlreichen Besuch.

J. Wazau u. C. Mayke,  
Schweidnitzerstrasse 52.

## Pfälzer Tabak,

feinstes Deckblatt, ist wiederum vorrätig bei Karl Friedländer,  
Ring Nr. 16, Becher-Seite.

## Wollene

Gesundheits-Jacken,  
elastische Leib-Binden, Unter-Beinkleider, Strümpfe und Socken empfiehlt in grösster Auswahl:

Herrmann Littauer,  
Nikolaistr. Nr. 15, dicht an den 3 Königen.

Eine bequem eingerichtete freundliche Wohnung nebst nöthigem Zubehör ist sofort oder Termin Weihnachten zu beziehen und das Nähere hierüber Nikolaistrasse Nr. 7 im Tabakladen zu erfragen.

## Etablissements-Anzeige.

Hiermit erlaube ich mir die ergebenste Anzeige zu machen, daß ich Nikolai-Strasse Nr. 17 ein Friseur-Geschäft eröffnet habe, und empfehle meinen aufs Beste eingekleideten Salon zum Haarschneiden und Frisieren, so wie alle Arten seiner Haar-Arbeiten, als: Perücken, Scheitel, Locken, Flechten etc., und empfehle besonders eine ganz neue Art Perücken ohne Federn, welche an Natürlichkeit und Leichtigkeit alles Frühere übertreffen. Ich werde stets bemüht sein, durch prompteste Arbeit und billigste Preise das in mich gesetzte Vertrauen im hohen Grade zu rechtzertigen.

Michaelis, Friseur,  
Nikolai-Strasse Nr. 17, im Eckladen.

Ein Candidat der Theologie oder des höhern Schulamtes kann in der Lehranstalt des Unterzeichneten vom 1sten Januar 1850 ab eine Anstellung finden. Die näheren Bedingungen werden auf frankte Anfragen gern mitgetheilt werden.

Ohlau, 25. Oktober 1849.  
Dr. Richter.

### V i t t e!

Herr Lederhändler Hübner von hier wird bringend gebeten, seine am 15. I. M. auf dem hiesigen Bürgerberge gehaltene glänzende Rede dem Druck zu übergeben.

Goldsberg, den 23. Oktober 1849.

Unus pro multis.

### Schweizerhaus.

Sonntag den 28. Oktober: Konzert.

### Wiener Elysium.

Täglich Concert. Entrée 2½ Sgr.

### Fürstensgarten.

Heute Sonntag Konzert.

### Wintergarten.

Heute: Abonnements-Konzert.  
Hiermit die ergebene Anzeige, daß mit dem 15. November die Sonntags-Abonnements geschlossen werden und halbe Abonnements nicht statfinden.

### Liebichs Lokal.

Heute, Sonntag den 28. Oktober:

### Großes Konzert.

### Weiß-Garten.

(Gartenstraße Nr. 16.)  
Sonntag den 28. Oktbr. Nachmittag u. Abend-Konzert, Dienstag, den 30. Oktbr. Abend-Konzert der Philharmonie unter Direction des Herrn Johann Göbel. Entrée für Herren 2½ Sgr. für Damen 1 Sgr. Anfang 3½ Uhr. Ende 9 Uhr.

### Im Glashause

heute, Sonntag den 28. Oktober Konzert. Entrée für Herren 1 Sgr.

### Urania.

Montag, den 29. Oktober:

### Extra-Vorstellung.

Auf mehrfaches Verlangen:

1) Die Wiener in Berlin.

2) Paris in Pommern.

### Zelt-Garten.

Heute Sonntag den 28. Oktober: Unterhaltungs-Wenstel nebst Blumen-Verlosung. Entrée 2½ Sgr., wofür ein blühendes Topfgewächs gewonnen wird. Anfang 2 Uhr.

### Zum Wurst-Pitnik,

Montag den 29. Oktbr. lädt ergebnest ein: Lange, im schwarzen Bär in Pöpelwitz.

### Zur Lichtegansfeier

Montag den 29. Oktbr. Abends 7 Uhr lädt ganz ergebnest ein Kwiatkowski, Restaurateur im goldenen Schwert, Neuschefstrasse Nr. 2, erste Etage.

Zur Kirmes nebst Wurstabendbrot auf Sonntag und Montag, den 28. und 29. Oktober, lädt ergebnest ein: Boldt, Cafetier in Schafgotschgarten.

Zum Wurst-Abendbrot auf Montag den 29. Oktober lädt ergebnest ein: Anders, im letzten Heller.

### Für Daguerreotypisten.

Gute französische und Berliner Daguerreotypi-platten, Berliner einfache Rahmen, dergleichen Steinpapp in braun, Gold und grüner Bronze, Eis, geschnitten Rahmen und Pariser Fassungen der verschiedensten Art empfiehlt zu billigen Preisen:

Vobethal, Daguerreotypist,  
Dianauerstraße Nr. 9.

Das Restaurations-Lokal nebst Garten neue Gasse Nr. 8, zum Tempelgarten benannt, ist sofort anderweitig zu verpachten und das Nähere bei Unterzeichnetem zu erfahren.

Administrator Ausche,  
Altbüßerstraße Nr. 47.

Ein Knabe rechtlicher Eltern, der Lust hat, Gürtler und Brorsearbeiter zu werden, findet bald ein Unterkommen beim Gürtlermeister Liedecke, Stockgasse Nr. 28.

Feinst Dampf-Kaffee's, täglich frisch gebrannt, empfehlen:

A. S. Wendiner u. Comp., Karlsstraße Nr. 11.

Ungarische Weintrauben sind wieder angekommen Malergasse Nr. 11.

### immer vergnügt!

Jetzt klopf der Winter an die Thür und lädet ein ins Warme. Drum kehrt, Ihr Gönner, ein bei mir, Ich öffn' Euch froh die Arme. Ihr findet, was das Herz begehr, In Speisen und Getränken; Bestellt ist Keller, Küch' und Heerb, Ihr dürft Euch nicht beschränken. Da gibt es Wein u. Grogg u. Punsch, Und Bairisch-Bier zu trinken, Es wird sogar auf Euren Wunsch Berliner Weißbier blinken.

Und findet an Politik Ihr irgend ein Behagen, So wird die Zeitung ganz gewiß Mehr, als Ihr fraget, sagen. Auch wird ein freundlich Birthsgesicht Euch stets entgegenlachen, Drum, Gönner, eilt und zaudert nicht, Mein Haus gefüllt zu machen.

Bischof, Restaurateur, Ring Nr. 48.

### Geschäfts-Eröffnung.

Hiermit die ergebene Anzeige, daß ich hier selbst eine

### Watten-Fabrik

unter der Firma

### C. Busé

Hummerei Nr. 16 par terre errichtet habe. Gleichzeitig empfiehlt ich außer allen Nummern meines Fabrikats ganz besonders die so sehr beliebte Wiener Flor-Watte ohne Leim zu den billigsten Preisen zur geneigten Annahme.

### Der Ausverkauf

von

### Modewaaren

Ring Nr. 60, Ecke der Oderstraße, wird fortgesetzt und empfiehlt:

schwarze Toffette, bunte Seidenzeuge, ächten leinenen Battist, foulards und Barege-Röben, Ball-Röben, französische Double-Kong-Shawls, Bücher in allen Größen und Gattungen, weiße gestickte Battist-Bücher, seidene Hals- und Taschen-Bücher, eine große Auswahl Westen, Velour d'Ouret, Möbel-Kattune und Damaste, schwarze Lastings, glatte und gemusterte Crleans, schwarze und couleure Twills, Mügen-Plüche, Bukskin-Handschuhe, Teppiche und gemalte Rouleur zu auffallend billigen Preisen:

### H. Kinkel u. Sohn.

Echt importierte Havanna- und Hamburger Cigarren empfing und empfiehlt preiswürdig:

Rudolph Müller, Klosterstr. 1v, Ecke der Feldgasse.

Zu verpachten: ein Gasthof 1. Klasse, 3 Meilen von Breslau, 7 Morgen Acker, für 300 Rtl. jährl. u. Knaben oder Mädchen finden ein Engagement in einer Pension bei Hrn. Tralles, Messerg. 39.

C. W. Schubert, Ofenbaumeister, Margarethenstraße Nr. 10, empfiehlt sich zur Anfertigung jeder Art von Ofenarbeit.

Ein Buchdrucker, Seiger und Drucker, sucht Kondition. Näheres auf frankte Briefe durch Hrn. Klempner Günther, Orlauerstr. 87 in Breslau.

### Garten-Verpachtung.

Bei dem Dominium Autobnäß bei Breslau ist ein gut eingerichteter, über 3 Morgen großer Gemüsegarten mit Spargel, Weinanlagen und Obstbäumen zu verpachten.

Die Milchpacht auf dem Dom. Romberg, Kr. Breslau, ist bald oder zum Neujahr anzutreten.

### Für Pharmaceuten.

Zum Leimin Weihnachten werden Gehüfe-Stellen nachgewiesen von der Droguerie, Handlung Karl Grundmann successoros.

Ein verheiratheter junger Kaufmann, dessen Geschäft der gross in Konkurrenz wegen nicht mehr rentirt, sucht ein möglichst dauerndes Unterkommen als Buchhalter, Factor, &c. Nähere Auskunft ertheilen die Herren Lange und Comp. in Breslau.

Es wi. d zum vierhändigem Klavierspiel Jemand verlangt, und kann sich derselbe mit Ausnahme der Sonntage täglich von 8 bis 12 und Nachmittags von 2 bis 6 Uhr, Neuschefstrasse Nr. 67 im Kürchner-Gewölb melden.

Gute 7octavige Flügel stehen zum billigsten Verkauf auch zum Verleihen Herrenstr. 24.

Gutsbesitzer können durch das Geschäftszimmer, Spandauerstraße Nr. 36 in Berlin reiche Damen nachgewiesen erhalten.

Ein geprüfter Actuarius, so wie ein gewandter Secretair mit juridischen Kenntnissen finden sofortige Anstellung, wenn sie sich Montag den 29. Oktober, Nachmittags zwischen 3—6 Uhr, bei dem Portier des Gasthauses zum weißen Adler melden und ihre Zeugnisse mitbringen.

In einer bedeutenden Provinzialstadt im Großherzogthum Posen, dicht an der schlesischen Grenze, ist ein Gasthof, massiv, mit bedeutenden Stallungen, bei ganz solider Anzahlung zu verkaufen und sofort zu übernehmen. Näheres unter der Adresse H. C. postreale Festenberg.

Gute, auch gebrauchte Flügel, stehen billig zu verkaufen und zu verleihen: Nikolaistraße Nr. 43, 1 Stiege.

Moderne Hut- und Haubenbänder, letztere von 1 Sgr. die Elle an, offerit die Band- und Spiken-Handlung Schweißnizer Straße Nr. 1, eine Tr., von C. Münster.

Die höchsten Preise für getragene Herrenkleider zahlt A. Boskowitz, Schweißnizer-Straße Nr. 44.

### Verpachtung.

Eine Nestoration mit Tanzsaal, Billard- und Kegelbahn ist sofort zu vergeben. Näheres Blücherplatz Nr. 4 im Gewölbe.

Ein sehr schöner Mahagoni-Flügel von vorzüglichem, kräftigen Tone ist zu verkaufen. Nachweis Niemerzeile Nr. 17.

Haarfärbungs-Mittel, à Pot = 15 Sgr., welche, graue und rothe Haare dauernd dunkelschwarz zu färben, empfiehlt: C. A. Bartsch, Reuschestr. 2, 2 Stiege.

Eine Vaude, nahe am gewesenen Fischmarkt, dem Rathaus gegenüber, ist bald oder Term. Neujahrs zu vermieten. Näheres in der Schuhmacher-Vade neben an.

Kegerberg Nr. 9 ist im 2. Stock ein möbliertes Zimmer zu vermieten. Das Nähere ist zu erfragen daselbst im 2. Stock bei der verwitw. Professor Raabe.

Karlsstraße Nr. 15 ist der zweite Stock zu Ostern zu begeben.

### Zu mieten

werden gesucht 2 auch 3 große Remisen auf dem Ringe oder in dessen Nähe; Öfferten werden Ring Nr. 40 im Gewölbe erbettet.

### Zu vermieten.

Orlauerstraße Nr. 56 ist die zweite Etage von 6 oder 8 eleganten Zimmern zu vermieten.

Gut möblierte Quartiere in jeder beliebigen Größe, sind für Tage, Wochen und Monate zu vermieten, Ritterplatz Nr. 7, bei Fuchs.

Ein möbliertes Zimmer ist sofort zu vermieten Herr. straße Nr. 2, 3. Etage.

### Fahrplan der Breslauer Eisenbahnen.

Abg. nach Oberschles. Pers. 7 Uhr, 2 Uhr; nach Oppeln 5 Uhr 40 M. Abends. Ank. aus 3 U. 30 M., 8 u. 20 M. Ab.; von Oppeln 9 U. 45 M. Reg.

Abg. nach Berlin Pers. 7 U. 15 M., 5 U. 15 M. Güter 12 U. 15 M. Mitt.

Ank. von Freiburg tägl. 7 U. 15 M., 5 U. 18 M. Mittwoch 1 U. 18 M.

Abg. von Schweidnitz tägl. 7 U. 10 M., 5 U. 15 M. Freitag 1 U. 15 M.

Auktionen in Breslau.

29. Oktober Vorm. 9 Uhr und Nachmitt. 2 Uhr, Breitestr. Nr. 42: Kleidungsstücke, Möbel und Hausgeräth.

29. Oktober Vorm. 11½ Uhr, Breitestraße Nr. 42: eine fast neue Sederchaise, 1 paar fast neuen Geschirre, 1 gutes Reitzeug und 6 Ellen graues Manteltuch.

### Börsenberichte.

Berlin, 26. Oktober. Eisenbahn-Aktien: Köln-Mindener 3½% 94½ bez. Krakau-Oberschlesische 4% 66 bez. Prior. 4% — Friedrich-Wilhelms Nordbahn 53½% 2½ bez. Niederschlesisch-Märkische 3½% 84½ bez. Prior. 4% 93½ Br., ¼ Gl., Prior. 5% 102½ Br., Ser. III. 5% 100% Gl. Niederschlesisch-Märkische Zweigbahn 4% — Prior. 5% 89 Gl. Oberschlesische Litt. A. 3½% 106½ Br. Litt. B. 103½ Br., 106½ Gl. Geld- und Fonds-Course: Freiwillige Staats-Anleihe 5% 106½ Br., 106½ Gl. Staats-Schuld-Scheine 3½% 88½ Br., 88½ Gl. See-handlungs-Prämien-Scheine 100% Br., 100% Gl. Posener Pfandbriefe 4% — ½% 90 Br. Preußische Pfandbriefe alte 4% — neue 4% — Polnische Partial-Obligationen 500 Gl. 81½ Br., à 300 Gl.

Die Börse war heute wiederum äußerst geschäftlos und Kurse von Fonds bis auf die Bank-Anteile, die um circa 2% niedriger verkauft wurden, etwas matter; Eisenbahn-Aktien vielseitig offerirt, von diesen namentlich Krakau-Oberschlesische 2½% g. wichen.

Wien, 26. Oktober. Die Börse für Fonds etwas williger und in neuen 4½% Anlehen wieder bis 83½% gemacht. Eisenbahn-Aktien fast unverändert. Comptanten und Anteilen noch Devisen zu etwas höheren Kursen gefragt. Mailand bleibt angeboten. 2½% U. 5% Metal. 94½% bis 7½%. Nordbahn 108½% bis 109

Breslau, 27. Oktober. (Amtlich.) Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten 95½ Gl. Kaiserliche Dukaten 95½ Gl. Friedrichsd'or 112½ Br. Polnisches Courant 95% Gl. Desterreich. Banknoten 106 Gl. Staats-Handlungs-Prämien-Scheine 101 Br. Freiwillige Preußische Anleihe 106 Gl. Staats-Schuld-Scheine per 1000 Rtl. 3½% 88½ Br. Breslauer Stadt-Obligationen 3½% 96½ Gl. Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4% 100 Br., 4% 98½ Gl., 3½% 93½ Br. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rtl. 3½% 94½ Gl., Litt. B. 3½% 94½ Gl. Polnische Anleihe 1835 à 500 Gl. 81½ Br. — Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schneidnitz-Freiburger 4% 78½ Br., Priorität 4% — Oberschlesische Litt. A. 106½ Br., Litt. B. 103½ Gl. Krakau-Oberschlesische 65 Br. Niederschlesisch-Märkische 94 Br. Friederisch-Serie III. 100% Gl. Neisse-Brieger 41 Br. — Wachsel-Course: Amsterdam 2 Monat 142½ Br. Wilhelms-Nordbahn 53½ Br. — Wachsel-Course: London 3 Monat 6, 26½ Br. Paris 2 Monat 81½ Br. Wien, 2 Monat —

Nebalterieur: Nimb 6.